

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



4 / 2014

1989 – Aufbruch in die Freiheit



Die Alexanderplatz-Demonstration in Ost-Berlin am 4. November 1989
Foto: Bernd Settnik / Bundesarchiv Bild 183-1989-1104-437

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 und der Weg zur deutschen Einheit jähren sich in diesem Herbst zum 25. Mal. Das Jahr 1989 markiert einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Europas und der Welt: Es brachte neue Freiheiten und Demokratie für die Länder hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang. Gleich zwei Tagungen beleuchteten die Welt im Wandel seit dem globalen Epochenjahr 1989. Sie ordneten die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten, aber auch die Demokratiebewegung in Ostmitteleuropa bewusst in einen weltweiten Rahmen ein.

Siehe Seite 3

Digitalisierung und Grundrechte

Aktuelle verfassungspolitische Fragen zu erörtern und dabei Gelegenheit zur Grundsatzdiskussion zu geben: Dies ist das Ziel der neuen Veranstaltungsreihe „Forum Verfassungspolitik“, die die Akademie in Kooperation mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier begründet hat. Die Premiere des Forums war prominent besetzt (u.a. mit Generalbundesanwalt Range und Verfassungsschutzpräsident Maaßen). Die Konferenz widmete sich dem Verhältnis von Freiheit und Sicherheit – ein drängendes Thema, schaut man nur auf die bekannt gewordenen weltweiten Abhöraktionen und Spähprogramme ausländischer Geheimdienste.

Siehe Seite 11



Hans-Jürgen Papier ist Mitbegründer unseres Forums Verfassungspolitik

Foto: Haas

Weitere Themen im Heft:

Medien im Krieg – Krieg in den Medien	S. 13
Bilder der Gesellschaft	S. 17
Filmgespräch mit Tom Tykwer und Edgar Reitz	S. 19
Was Macht mit uns macht	S. 20
Demografischer Wandel	S. 22
Ehrbarer Kaufmann	S. 26
Marktwirtschaft in der Globalisierung	S. 27

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Welt im Wandel – das globale Epochenjahr 1989	3
1989 – Aufbruch in die Freiheit	6
25 Jahre Friedliche Revolution	9
Digitalisierung bringt Grundrechte in Gefahr	11
Krieg in den Medien – Medien im Krieg	13
Fotos vom vergessenen Leid nach dem Krieg	16
Bilder einer Gesellschaft	17
Internet essen Kino auf?	19
Was Macht mit uns macht	20
Chancen und Probleme des demografischen Wandels	22
Gute Bildung – gute Arbeit	24
Wiederbelebung eines alten Ideals	26
Fundamente sozialer Marktwirtschaft in der Globalisierung	27
„Die Krise ist noch nicht vorbei“	29
China – die gebremste Supermacht?	32
Neue Konjunktur alter Werte	34
Umdenken bei der transatlantischen Sicherheitspolitik	36
Polarisierung im Kongress führt zur Funktionsunfähigkeit	38
Holocaust und DDR-Geschichte als Schwerpunkte	39
Fundierte Beiträge und Berichte (Leserbrief)	40
Intensivierung der Politischen Bildung im Vordergrund	41
Ende der Dienstfahrten / Tag der Offenen Türen	42
Abschied von der Redaktion / Landkreislauf	43
Weihnachtswunsch der Akademie im Jahr 1982 bleibt unerfüllt	44
Sommer, Sonne und politische Bildung	45
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	46
Pressespiegel	48
Namen und Nachrichten	52

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Volker Benkert (Vertretung Dr. Michael Mayer)
Zeitgeschichte

Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer (beurlaubt)
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaiser
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder
*Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit*

Dr. Manfred Schwarzmeier
*Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung*

Jörg Siegmund M.A.
*Pers. Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation*

Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

StRin Barbara Weishaupt
Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Sebastian Haas

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)

Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Antonia Kreitner / Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Welt im Wandel – das globale Epochenjahr 1989

Der Mauerfall 1989 und der Weg zur deutschen Einheit jähren sich in diesem Herbst zum 25. Mal. Welche Bilder gehen uns durch den Kopf, wenn wir an das Jahr 1989 denken? Sofort erscheinen die DDR-Flüchtlinge an der westdeutschen Botschaft in Prag vor unserem geistigen Auge, gefolgt von den Montagsdemonstrationen in Leipzig oder den anrührenden Szenen am Grenzübergang an der Bornholmer Straße in Berlin am 9. November 1989. Die Welt erscheint 1989 schwarz-rot-gold eingefärbt; ja selbst George Bush, Michail Gorbatschow, Francois Mitterrand und Margaret Thatcher werden vermeintlich zu Statisten des Wiedervereinigungsprozesses.

Die Tagung „Welt im Wandel: 1989 als globales Epochenjahr“ ordnete die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten, aber auch die Demokratiebewegung in Ostmitteleuropa bewusst in einen weltweiten Rahmen ein. Am ehesten im Bewusstsein ist sicher noch die gewaltsame Niederschlagung der Protestbewegung in China im Juni 1989. Gerade diese eignet sich in besonderem Maße als Beispiel dafür, wie sehr die Entwicklung in Asien mit den Veränderungen in Europa verknüpft ist.

DDR in prekärer Lage

Michael Mayer, Zeithistoriker an der Akademie, betonte dabei den Zusammenhang zwischen der gewaltsamen Räumung des Tiananmen-Platzes in Peking und der Transformation in der DDR. So sei die SED-Führung einerseits interessiert gewesen, aus den Erfahrungen der Volksrepublik China zu „lernen“. Aus diesem Grunde habe eine Delegation unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Egon Krenz, Ende September/Anfang Oktober 1989 China besucht. In seinen Gesprächen mit führenden chinesischen Politikern sei es ganz gezielt um die Frage gegangen, in welcher Weise Oppositionsbewegungen unterdrückt werden könnten. Die DDR-Führung habe sich zu jener Zeit bereits durch die Ausreisebewegung, aber auch die anschwellenden Proteste im Land in einer prekären

Lage befunden. Das Schlagwort der „chinesischen Lösung“ habe nicht ohne Grund seit längerem in der DDR kursiert. Andererseits jedoch, so Mayer, habe die massive negative Reaktion der westlichen Welt auf die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung, aber auch die sehr kritische Haltung der sozialistischen Staaten, die DDR-Führung dazu veranlasst, einem gewaltsamen Vorgehen im eigenen Land vorsichtiger gegenüber zu stehen. Das „Njet“ der Sowjetunion gegenüber einer militärischen Intervention in der DDR habe letztlich das Ende des SED-Regimes eingeläutet.



Gerhard A. Ritter zählt zu den bedeutendsten Historikern in Deutschland

Fotos: Prume

Der Berliner Historiker Gerhard A. Ritter ergänzte, dass die Volksrepublik China die DDR seit Frühjahr 1990 als einen in Abwicklung befindlichen Staat angesehen hätte, weshalb man eine Normalisierung der angeschlagenen Beziehungen zur Bundesrepublik angestrebt habe. Ritter verwies zudem

noch auf die Haltung anderer asiatischer Staaten zur Wiedervereinigung. Japan hatte zum Beispiel ein großes Interesse an einem wiedervereinten Deutschland, da sich dies positiv auf seinen Handel mit der EU auswirken würde.

Keine Intervention provozieren

Der Leiter der National Security Archives in Washington D.C., Thomas Blanton, untersuchte die Interaktion zwischen den USA und der Sowjetunion im Kontext des Wandels 1989.



Thomas Blanton: Zurückhaltung der USA gegenüber der Reformpolitik Gorbatschows

Washington zeigte größte Zurückhaltung in Hinblick auf die Reformpolitik Gorbatschows, aber auch bezüglich der Demokratiebewegung in Ostmitteleuropa. Man traute der ganzen Entwicklung nicht so recht, war man doch 40 Jahre lang durch den Kalten Krieg geprägt worden. Vielleicht würde Gorbatschow ja einer Palastrevolution im Kreml zum Opfer fallen. Die USA wollten die Reformer in Ostmitteleuropa nicht zu sehr unterstützen, um keine sowjetische Militärintervention zu provozieren. Letztendlich sollte sich diese amerikanische Vorsicht als segensreich für die Region erweisen: Denn auf diese Weise entstand ein geopolitisches Machtvakuum, das von der antikommunistischen Oppositionsbewegung erfolgreich für sich genutzt werden konnte.



Dies war jedoch im Westen nicht immer ausreichend bekannt. Horst Teltchik, ehemaliger Leiter der außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramts und enger Vertrauter von Helmut Kohl betonte, wie unsicher man sich lange über das Verhalten der Sowjetunion im Wiedervereinigungsprozess war. Eine Intervention der Roten Armee in der DDR habe man im Herbst 1989 jedoch nicht befürchtet, schließlich hätte Moskau auch die Transformation in Polen in den Monaten zuvor hingenommen. Dennoch sei direkt nach dem Mauerfall die Sorge groß gewesen, dass Schüsse fallen könnten, insbesondere als DDR-Bürger die Zäune der sowjetischen Kasernen zu überklettern begonnen hätten. Für Teltchik ist es deshalb „eines der größten Wunder, dass kein Schuss gefallen ist“.

Einbindung der Opposition

Andreas Rödter von der Universität Mainz untersuchte den Souveränitätstransfer von Ost nach West. Während die sich im Sommer 1989 formierende Oppositionsbewegung in der DDR letztlich an politischen Prozessen beteiligt worden sei (z.B. dem Runden Tisch), hätte die Massenbewegung auf den Straßen nicht politisch partizipieren können. Letztlich sei die

„Straße“ ein informelles Bündnis mit dem westdeutschen Kanzler Kohl eingegangen. Die Entscheidung hierzu sei sehr riskant gewesen, da man zu diesem Zeitpunkt, im Winter 1989, noch nicht hätte absehen können,



Horst Teltchik war im Herbst 1989 enger Vertrauter Helmut Kohls im Kanzleramt

wie die ersten freien DDR-Volkswahlwahlen im März 1990 ausgehen würden. Erst als deutlich geworden sei, dass die Massenbewegung tatsächlich auch die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert habe, sei das zuvor geschlossene informelle Bündnis auch demokratisch legitimiert worden.

Nach diesem Souveränitätstransfer von Ost nach West sei es im Folgen-

den zum Transfer der staatlichen Ordnung gekommen. Die globale Perspektive der deutschen Entwicklung sieht Rödter in ihren Auswirkungen auf die europäische Integration, die sich danach deutlich vertiefte (Maastricht-Vertrag 1992). Zudem bestehe für weiterhin geteilte Staaten, wie etwa Korea, nun ein friedliches Modell der Wiedervereinigung.

Gegen Triumphalismus

Mary Sarotte von der Harvard University zeigte auf, wie wenig sich nach 1989 die globale Sicherheitsar-



Mary Sarotte: „1989 eine wichtige Chance vertan, Russland besser in Europa zu integrieren“

chitektur änderte. Insbesondere die USA hätten Wert darauf gelegt, keine neuen Strukturen zu schaffen, sondern die bekannten und scheinbar erfolgreichen Institutionen einfach auf Ostmitteleuropa zu übertragen. Man sei also von einem „Prefab-Modell“ ausgegangen, bei dem wie bei einem Fertighaus bereits vorgefertigte („prefabricated“) Teile für die gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur verwendet wurden. Sarotte wandte sich dabei gegen den in den USA vorherrschenden Triumphalismus, wonach das Land der Sieger des Kalten Krieges sei. Vielmehr sei 1989 eine wichtige Chance vertan worden, Russland besser in Europa zu integrieren.

Frédéric Bozo von der Pariser Universität Sorbonne schilderte die französische Sicht auf die Entwicklung von 1989. So habe Frankreich in jenem Jahr



Der Fall der Berliner Mauer am 9. November wurde zum Symbol des Epochenjahres 1989
Foto: wikimedia commons



mit großem Aufwand den 200. Jahrestag der Französischen Revolution gefeiert und damit seinen Anspruch auf Weltgeltung untermauert.

Skeptischer Mitterrand

Zugleich habe Staatspräsident Mitterrand in den Jahren vor dem Mauerfall eine intensive Ostpolitik betrieben und beinahe alle Staaten der Region besucht. Ihm sei klar gewesen, dass es zu einer Demokratisierung der Staaten in Ostmitteleuropa kommen werde. Auch habe er sich auf ein Ende der in der Nachkriegszeit geschaffenen Strukturen vorbereitet, die ihren Anfang in der Konferenz von Jalta 1945 gehabt hätten. Ihm sei es dabei vor allem darum gegangen, den abzuse-

Tim Geiger bearbeitet am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin eine Aktenedition zur Rolle beider deutscher Außenministerien im Prozess der deutschen Einigung. Er verwies auf das Vertragsgeflecht zur Wiedervereinigung, das sehr viel mehr umfasst als den „2+4-Vertrag“ vom 12. September 1990 „über die Abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“.

Sicherheitstrauma der UdSSR

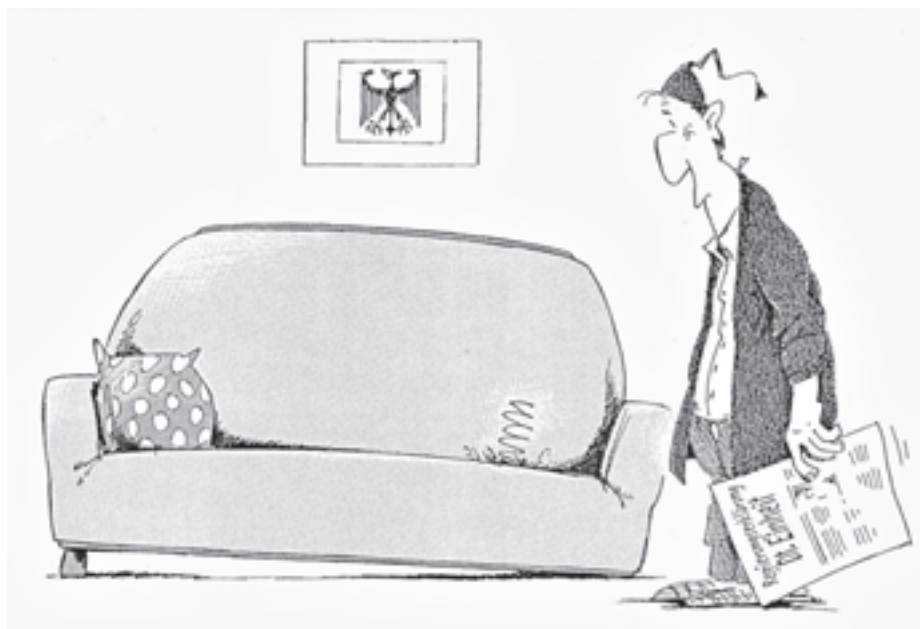
In unmittelbarem Zusammenhang damit standen vielmehr bilaterale Verträge des vereinigten Deutschland mit der UdSSR und Polen, aber auch Neuregelungen im Verhältnis zu den ver-

überwinden und einer Vereinigung Deutschlands zuzustimmen – sogar als Mitglied in einer gewandelten NATO.

Veronika Heyde von der Universität München konzentrierte sich auf die Frage, welchen Anteil die von der Forschung lange Zeit vernachlässigte KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und der daraus entstandene KSZE-Prozess an den Umbrüchen des Epochenjahres 1989 hatten. Anhand der Beispiele DDR und Sowjetunion verwies sie auf die unterschiedliche Entwicklung der Opposition in Reaktion auf die Schlussakte. Während in der Sowjetunion vornehmlich die stärkere Einhaltung der Prinzipien über Menschenrechte und Grundfreiheiten eingefordert wurde, pochten Andersdenkende in der DDR zudem auf die Ausreise und demonstrierten so der SED die mangelnde Legitimität und Attraktivität des Landes.

Rolle der KSZE

Die repressiven Maßnahmen durch den Staatsapparat provozierten einen Zuwachs der Ausreiseanträge. Sie gipfelten im Sommer 1989 in eine durch die SED nicht mehr zu kontrollierende Situation. Auch in der Sowjetunion konnten die staatlichen Repressionen den durch die Folgekonferenzen entstandenen Demokratisierungsdruck nicht aufhalten.



Zeichnung: Mester

henden Wandel zu begleiten und zugleich Stabilität zu wahren. Der Fall der Mauer habe vor allem deshalb Befürchtungen bei Mitterrand ausgelöst, da die rasche Abfolge von Ereignissen in der DDR nicht mit seinen Wünschen nach Bewahrung von Stabilität vereinbar gewesen sei. Erst als Helmut Kohl der Vertiefung der europäischen Integration zugestimmt und zugleich versichert habe, dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland dem Frieden und der Stabilität in Europa dienen werde, habe Mitterrand seine Bedenken gegen die Überwindung der deutschen Teilung zurückgestellt.

bündeten drei Westmächten. Geiger erörterte den engen Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigung und internationalen Abrüstungsverhandlungen, insbesondere den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Erst die durch diese Verhandlungen erzielte effektive Begrenzung der Offensivfähigkeit der Militärbündnisse Warschauer Pakt und NATO sowie vor allem die vertragliche Fixierung der Höchststärke künftiger gesamtdeutscher Streitkräfte auf maximal 370.000 Mann hätten der UdSSR ermöglicht, ihr historisch verständliches Sicherheitstrauma zu

Doch als Gorbatschow ab 1985 seine dringend benötigten innenpolitischen Reformen einleitete, erkannte er in der KSZE die Möglichkeit, den produktiven Dialog zwischen West und Ost derart zu gestalten, dass sich der Westen wieder zur Kooperation in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereichen bereit erklärte. Im Gegenzug akzeptierte er die vom Westen geforderte Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. ■

Michael Mayer

1989 – Aufbruch in die Freiheit

Einblicke in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ostmitteleuropa

Das Jahr 1989 markiert einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Europas: Es brachte neue Freiheiten und Demokratie für die Länder hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang. Doch was hat sich seither dort verändert? Ist Freiheit noch immer ein Leitmotiv im politischen Diskurs? Welche Bilanz kann man nach 25 Jahren mit Blick auf den Zustand von Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft ziehen? Diese und andere Fragen zur Entwicklung, zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Länder des ehemaligen Ostblocks standen im Fokus der Tagung „1989 – Aufbruch in Freiheit“.

Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung in München, setzte sich in seinem Eröffnungsvortrag mit der Frage „Der Fall des Eisernen Vorhangs: Geburtsstunde des modernen



Werner Weidenfeld: „Politiker im Westen waren auf den Zusammenbruch nicht vorbereitet“
Fotos: Freymüller

Europas?“ auseinander. Dabei konnte er als damaliger Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit nicht nur die Expertise des Politikwissenschaftlers, sondern auch die Erfahrungen des Zeitzeugen mit interessanten Anekdoten zu Hintergründen und Protagonisten einbringen. Weidenfeld beschrieb den Mauerfall als kontextgebundenen, mehrdimensionalen Prozess, dessen weiterer Verlauf keiner ausgearbeiteten Strategie folgte. Zu unwahrscheinlich schien den dama-

ligen Entscheidungsträgern in den westlichen Ländern der Zusammenbruch des Ostblocks, als dass sie darauf vorbereitet gewesen wären. Zu wenig waren auch die dortigen Oppositionellen auf die Frage, was nach dem Untergang der alten Ordnung folgen sollte, eingestellt. Er resümierte, dass der Fall des Eisernen Vorhangs nicht zu einem Kontinent der Uniformität, sondern zu sehr unterschiedlichen Ausprägungen von Demokratie und Bürgerrechten, gesellschaftlichem Wohlstand und außenpolitischen Orientierungen geführt habe.

„Samtene Revolution“

Einen anderen Blick auf die Ereignisse von 1989/90 und ihre Nachwirkungen vermittelte das

Zeitzeugengespräch mit der Publizistin und Journalistin Lída Rakušan (Radio Free Europe, Tschechisches Fernsehen und Tschechischer Rundfunk).

Rakušan berichtete von ihrer bewegenden Zeit, die sie nach der Emigration aus der Tschechoslowakei nach Deutschland infolge des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 erlebte. Aus ihrem deutschen Exil übermittelte sie als Radioredakteurin des amerikanischen Senders Radio Free Europe unzensurierte Nachrichten

in die kommunistische Tschechoslowakei und diente auch als Sprachrohr der Dissidenten um Václav Havel. Sie schilderte ihre Erlebnisse rund um die Wende sowie die anschließende Zeit in Tschechien, die sie bis heute als politische Kommentatorin kritisch begleitet.



Lída Rakušan: Sprachrohr der Dissidenten um Václav Havel aus dem Exil

Auf den 9. November angesprochen, schilderte sie die damalige „Friedhofsruhe“ in der Tschechoslowakei. Das dortige Schlüsseldatum war erst der 17. November, wonach sich die Ereignisse derart überschlugen, dass bereits am 29. Dezember der vormalige Staatsfeind Václav Havel zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Land des Lächelns

In der Zeit der „Samtenen Revolution“ empfand sie die Tschechoslowakei als ein „Land des Lächelns“, zumal der Kommunismus von einer wahren Euphorie vertrieben schien. Auch wenn die Euphorie sich so nicht bis heute hielt, könne der tschechischen Gesellschaft, aber auch dem politischen System in den nachfolgenden 25 Jahren insgesamt eine positive Entwicklung bescheinigt werden.



Über „Freiheitserwartungen – Triebkräfte des Umbruchs 1989?“ referierte Angela Siebold von der Universität Heidelberg. Sie wies dabei auf die vielschichtigen Dimensionen und Bedeutungen des Freiheitsbegriffs hin, der aufgrund spezifischer Erfahrungen und Erwartungen offen und wandelbar sei.

Aufbruch in welche Freiheit?

So habe sich Freiheit als Widerstandsmotiv gegen die kommunistischen Regime bis 1989 an den wirtschaftlichen und politischen Freiheiten des Westens in Form von Reisefreiheit, Meinungsfreiheit oder auch der Freiheit von Bevormundung bei der Besetzung öffentlicher Ämter orientiert.



Der spätere Staatspräsident Václav Havel bei einer friedlichen Demonstration in Prag im November 1989
Foto: wikimedia commons

Mit dem Umbruch seien neue Erfahrungen verbunden gewesen und damit auch neue Freiheitserwartungen gewachsen, etwa die Freiheit der nationalen Selbstbestimmung oder Einheit von Volksgruppen. Siebold fasste ihre Überlegungen dahingehend zusammen, dass bis 1989 ein negativer Freiheitsbegriff im Sinne einer Abwehr von Zwängen vorgeherrscht habe, während nach 1989 positive Freiheitsdefinitionen als „Freiheit zu etwas“ minierten, die es auszugestalten gelte.

Anton Sterbling von der Hochschule der Sächsischen Polizei zeichnete ein eher pessimistisches Bild von der aktuellen Situation in vielen ostmitteleuropäischen Ländern, wobei der Fokus seiner Analyse auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn lag.

Schwache Zivilgesellschaft

Zu den Ursachen der demokratischen Konsolidierungsprobleme und Krisenerscheinungen zählte er unter anderem den unvermindert großen Einfluss der traditionellen Eliten und die instabilen, oft auf einzelne Personen ausgerichteten Parteiensysteme, die eine populistische Politik begünstigten. Hinzu kämen die schwachen zivilgesellschaftlichen Strukturen in die-

sen Staaten. Innergesellschaftliche Spannungen seien zudem durch die enttäuschten Erwartungen im Kontext des Beitritts zur EU verschärft worden. Sterbling meinte, dass die Völker Ostmitteleuropas 25 Jahre nach dem Umbruch weniger um Freiheit rängen, sondern vor allem nach einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands verlangten.

Drei Beiträge setzten sich mit der Entwicklung von Demokratie, Wirtschaft

und gesellschaftlichen Aufarbeitungsstrukturen in den postsozialistischen Staaten auseinander.

Euphorie und Ernüchterung

Mit Blick auf die politische Dimension verwies Aron Buzogány auf das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“, worunter er die parallele Verwirklichung von Demokratie, Marktwirtschaft und oft auch nationaler Einheit verstand. Obwohl dies tendenziell zu einer Überforderung einzelner Länder geführt habe, zog er mit Blick auf die Etablierung demokratischer Strukturen eine überwiegend positive Bilanz – anerkennend, dass für viele Menschen in dieser Region wirtschaftlicher Wohlstand eine größere Bedeutung genieße als demokratische Errungenschaften. Auch unter ökonomischen Gesichtspunkten kam Joachim Ahrens von der Privaten Hochschule Göttingen zu einem insgesamt positiven Fazit. Nach einer Transformationsrezession zu Beginn der 1990er Jahre hätte sich die Wirtschaftslage in allen Ländern erholt und der Übergang zur Marktwirtschaft sei gelungen. Gleichwohl sei die Entwicklung in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich verlaufen, so dass sich divergierende Wirtschaftsmodelle, Wachstumspotentiale und Lebensstandards herausgebildet hätten.

Angelika Barbe, Fachreferentin zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bei der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, wünschte sich eine stärkere Sensibilisierung der Gesellschaften für den Umgang mit den Opfern diktatorischer Regime. Durch Anwendung der Drei-V-Strategie (Verschweigen, Verharmlosen und Verleumden) gelänge es früheren Eliten immer noch, die Aufarbeitung trotz Öffnung der Geheimdienstakten zu behindern. Mit Blick auf einige Entwicklungen in Ostmitteleuropa, vor allem aber auch in China warnte sie vor Naivität und Verharmlosung, denn „Diktaturen sind Dikta-



turen, auch wenn sie nicht im gleichen Gewand auftreten.“

Wie wird sozialer Zusammenhalt in den neuen Demokratien hergestellt? Was sind prägende sinnstiftende Ideen, die in der Zeit der Transformation, aber auch der zunehmenden Globalisierung Orientierung bieten? Und welche Positionierungsstrategien verfolgen die jungen Demokratien nach Überwindung der Bipolarität des Kalten Krieges? Diesen Fragen widmete sich die Schlussrunde.

Stotternder Reformmotor

Sabine Riedel von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin argumentierte, dass der in Ostmitteleuropa immer mehr aufscheinende Nationalismus schon im Kommunismus angelegt war. Angesichts der die Gegenwart prägenden Ungewissheiten nähmen nationalistische Tendenzen zu. Dabei gehe es um das Verhältnis zwischen den jeweiligen ethnischen Mehrheiten



Nationalistische Parteien wie die Ataka in Bulgarien stellen die EU vor große Herausforderungen
Foto: HomoByzantinus

ungen gestellt: Zum einen gelte es, mögliche Fragmentierungen und Sezessionstendenzen ihrer Mitgliedstaaten zu verhindern. Zum anderen werde die Union selbst durch die Zunahme nationalistisch-populistischer Akteure, etwa durch ihre Wahl ins Europaparlament, herausgefordert. Zwar seien nationalistische Parteien nicht grundsätzlich anti-europäisch, doch verfolgten sie in der Regel ein anderes Europamodell, welches mit den gegenwärtigen Strukturen unvereinbar sei und diese destabilisiere.

Matthias Middell, Direktor des Global and European Studies Institute an der Universität Leipzig, spürte der geopolitischen und -strategischen Positionierung

der Staaten in Ostmitteleuropa in der multipolaren Weltordnung nach 1989 nach. Trotz Globalisierung und Entgrenzung als übergreifende Entwicklungen verlören die Staaten als verfassungsrechtliche Gebilde nicht an Bedeutung. Vielmehr vervielfältigte das Jahr 1989 ihre geostrategischen Optionen und steigerte teils auch ihr

Selbstverständnis als Akteure innerhalb der neuen Weltordnung – wobei durchaus zwischen einzelnen Staaten unterschieden werden müsse.

Kein monolithischer Block

Die Staaten Ostmitteleuropas bildeten nicht (mehr) einen monolithischen Block, als der sie oft gesehen werden. Gemein ist ihnen, dass sie als Antwort auf die neue Weltordnung einen neuen Regionalismus, verwirklicht in dem Projekt der europäischen Integration, sehen. Dies entspreche der grundsätzlichen weltpolitischen Entwicklung, in der das System der Vereinten Nationen durch neue globale Zentren und andere zwischenstaatliche Akteure mit größerer regionaler Verankerung ersetzt werde.

Geeint wird die ostmitteleuropäische Region zudem durch die spezifischen Herausforderungen, die aus ihrer Randlage an der Außengrenze der Union erwachsen. Wie aber die konkrete Politik aussehen und wie die Union im Detail ausgestaltet sein müsse, darüber bestünde keine einheitliche Vorstellung. Auch Ostmitteleuropa ist in der multipolaren Weltordnung angekommen. ■

Jörg Siegmund / Andreas Kalina



Sezessionstendenzen in Osteuropa: Aufruf zur Beteiligung am Referendum über die Unabhängigkeit Transnistriens von Moldawien und den Beitritt zur Russischen Föderation im Jahr 2006
Foto: wikimedia commons

ten und den Minderheiten und ebenso um Fragen der Staatsbürgerschaft für exterritoriale Bevölkerungsgruppen. Als Folge werden die Grenzen zwischen den Nationen, aber auch (potenzielle) Grenzziehungen zwischen den unterschiedlichen Ethnien akzentuiert. Die EU zeigt sich als stotternder Reformmotor vor große Herausforde-

25 Jahre Friedliche Revolution

Mauerfall und Deutsche Einheit als Kernthemen
unserer politischen Bildungsarbeit

War im April 1989 in einer wissenschaftlichen Studienkonferenz der Akademie gemeinsam mit dem Collegium Carolinum München gerade noch Rückschau auf die kommunistischen Machtübernahmen in Mittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg gehalten worden, da wurden die Regime wenig später eines nach dem anderen in weitgehend friedlichen Revolutionen quasi hinweggefeht. Und das 36 Jahre nach dem blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR sowie 21 Jahre nach dem „Prager Frühling“ von 1968 in der damaligen Tschechoslowakei.

Millionen von Menschen hatten die über halb Europa ausgebreitete kommunistische Macht nach der Barbarei des Nationalsozialismus und den Schrecken des Zweiten Weltkriegs (zunächst) begrüßt und als Verheißung empfunden. Viele andere hatten sich der neu etablierten Gewaltherrschaft nur widerstrebend gebeugt. Diese Menschen, die seit den Aufständen der fünfziger Jahre (nicht zu vergessen der Ungarnaufstand von

1956) Stück für Stück und Jahrzehnt um Jahrzehnt an Selbstbewusstsein gewannen und sich zu neuen sozialen und politischen Bewegungen formierten, sind letzten Endes der Grund für die Sensation von 1989.

Welch tiefen Eindruck der Arbeiteraufstand von 1953 etwa im Bewusstsein der DDR-Machthaber hinterlassen hatte, wurde im Sommer 1989 deutlich. Es war Stasi-Chef Erich Mielke,

der mit Blick auf den Höhepunkt der Fluchtwelle aus der DDR und die beginnenden Montagsdemonstrationen die bange Frage stellte: „Genossen, steht uns ein neuer 17. Juni bevor?“

Druck der Straße

Vor nunmehr 25 Jahren geschah dann, womit nur die Wenigsten gerechnet hatten: Die versteinerten Verhältnisse in der DDR kamen in Bewegung, und unter dem Druck ihrer Bürger auf den Straßen („Wir sind das Volk!“) musste sich die kommunistische Staatsmacht geschlagen geben. Dem Rücktritt der SED-Führung unter Honecker folgte die Öffnung der Mauer am 9. November 1989. Ein Jahr später war die DDR bereits Geschichte und Deutschland vereinigt. Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 gilt die Deutsche Frage als gelöst.

Die Ereignisse von 1989/1990 sind von größter historischer Bedeutung für Deutschland und ganz Europa. Unsere Akademie beschäftigt sich seit jenen epochalen Tagen ausgiebig und intensiv mit der Zäsur von 1989 und den daraus entstandenen Folgen.

Thematisiert wird eine breite Fülle von Fragestellungen, die die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 bis heute und sicher auch noch in der Zukunft aufwerfen. Untersucht werden innere und äußere Faktoren und die Hintergründe des Umbruchs in der DDR vom Herbst 1989, wie auch die Wege zur Demokratie über „singende“, „friedliche“ und „samtene“ Revolutionen in den einzelnen mittel- und osteuropäischen Ländern.



In der Nacht des 9. November 1989 fällt die Berliner Mauer

Foto: Andreas Krüger



Aus den vielfältigen Aktivitäten der Akademie in der frühen Umbruchphase wären beispielsweise die Informationsveranstaltungen für Übersiedler aus der DDR über die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland von Anfang 1990 zu nennen.

Seminare für Übersiedler

Dabei ging es nicht um praktische Eingliederungshilfen, sondern vielmehr um Fragen der politischen und gesellschaftlichen Integration in eine pluralistische Demokratie. Ebenso widmete sich die Akademie in spezifischen Tagungen Fragen der Integration von Aussiedlern aus Siebenbürgen (Rumänien) sowie von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion.

Regelmäßig wurde und wird, in teils hochkarätig besetzten Fachkongressen, der Verlauf des bundesdeutschen Vereinigungsprozesses analysiert und diskutiert. In der Euphorie der staatli-

chen Einheit und der Einführung der D-Mark im Osten Deutschlands unterschätzten nicht nur die meisten Politiker, sondern auch die Bürger die Schwierigkeiten, die es auf dem Weg zur Herstellung der inneren Einheit in Deutschland zu bewältigen galt.

Experten und Zeitzeugen

Darüber darf die konkrete Lebenswirklichkeit in den ehemaligen realsozialistischen Regimen nicht in Vergessenheit geraten. Neben ausgewiesenen Experten kommen in den einschlägigen Akademieveranstaltungen insofern auch immer wieder Zeitzeugen zu Wort. Unter ihnen sind zu nennen: Joachim Gauck, Markus Meckel, Rainer Eppelmann, Bärbel Bohley, Ehrhart Neubert, Lutz Rathenow und Freya Klier.

Wichtige Kooperationspartner der Akademie in diesem Themenbereich waren bzw. sind neben den Landeszentralen und der Bundeszentrale für

politische Bildung beispielsweise das Kuratorium Unteilbares Deutschland, die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, das schon genannte Collegium Carolinum München, der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin, der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (vormalige „Gauck-Behörde“), das Institut für Zeitgeschichte München, der „Bürgerbüro e.V. – Verein zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin“ oder etwa auch der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V.

Eines ist dabei ganz klar: Für die Akademie bleiben die vergangenen kommunistischen Regime sowie die 1989 einsetzenden Umbrüche nie versiegender Quell und elementarer Bezugspunkt innerhalb des ihr vorgegebenen Auftrags grundlegender Demokratietrierziehung. ■

Steffen H. Elsner



Auf der Bösebrücke am Grenzübergang Bornholmer Straße werden DDR-Bürger am 10. November 1989 von Westberliner Schülern begrüßt
Bundesarchiv Bild 183-1989-1118-028 Hans-Peter Lochmann

Digitalisierung bringt Grundrechte in Gefahr

Forum Verfassungspolitik mit prominenter Besetzung

Aktuelle verfassungspolitische Fragen zu erörtern und dabei Gelegenheit zur Grundsatzdiskussion zu geben: Dies ist das Ziel der neuen Veranstaltungsreihe „Forum Verfassungspolitik“, die die Akademie in Kooperation mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier begründet hat.

Die Premiere des Forums widmete sich dem Verhältnis von Freiheit und Sicherheit – ein drängendes Thema, schaut man nur auf die bekannt gewordenen weltweiten Abhöraktionen und Spähprogramme ausländischer Geheimdienste. „Was sind unsere aus dem Grundgesetz folgenden, vom Bundesverfassungsgericht in mehreren Grundsatzentscheidungen konkretisierten verfassungsrechtlichen Freiheitsrechte noch wert?“, fragte Papier angesichts der jüngsten Entwicklungen. Wenn Rechtsgarantien wie der Schutz der personenbezogenen Daten in der Praxis gefährdet sind, heißt es, Wege zu finden, diese Garantien effizienter durchzusetzen, so Papier.



Hans-Jürgen Papier: „Rechtsgarantien effizienter durchsetzen“

Nach wie vor gelte die vom Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen hervorgehobene Feststellung: Wer nicht mehr überschauen kann, wer in einer Gesellschaft was, wann und bei welcher Gelegenheit über einen weiß, der wird in seiner Per-

sönlichkeit und in seiner Ausübung von Freiheitsrechten gefährdet.

Gefahr durch „Vermachtung“

In Zusammenhang mit der Digitalisierung der Gesellschaft ist nicht nur der Individualrechtsschutz wichtig, sondern auch der Schutz der Funktionsfähigkeit der Kommunikationsordnung



Wolfgang Hoffmann-Riem: „Funktionsfähigkeit der Kommunikationsordnung schützen“

insgesamt, so der Hamburger Verfassungsrechtler und ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Wolfgang Hoffmann-Riem. Spezifische Gefährdungen entstehen durch die globale Dimension der Informations- und Kommunikationsstrukturen sowie die „Vermachtung“, insbesondere durch die auf diesem Sektor weltweit tätigen Unternehmen.

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen hat oftmals den Eindruck, dass etwa beim Umgang mit Daten Wirtschaftsunternehmen mehr vertraut

werde als den Behörden, deren Beamte einen Amtseid abgelegt haben. „Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit“, so Maaßen. In Deutschland würden wir sicher leben, die Gefährdungslage sei jedoch durchaus angespannt. Sicherheit müsse hart erarbei-



Hans-Georg Maaßen: „Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ Fotos: Haas

tet werden – nicht nur durch die Sicherheitsbehörden, dies sei auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Islamistischer Terrorismus

Generalbundesanwalt Harald Range hob hervor, dass die schrecklichen Straftaten des sogenannten NSU gezeigt hätten, dass man jederzeit alle Formen des gewaltorientierten politischen Extremismus sorgfältig und intensiv im Auge behalten und verfolgen müsse. Derzeit ginge eine besonders große Gefahr vom islamistisch orientierten Terrorismus aus. Dies zeige sich nicht nur an der hohen Zahl der Anschläge und Opfer, sondern auch der Anzahl der verhinderten Anschläge. Das hohe Gefährdungspotenzial dieser Form des Terrorismus läge insbesondere in seiner Internationalisierung, seiner Vielfältigkeit und Wandlungsfähigkeit sowie seiner Fähigkeit zur dauerhaften Ausbreitung von Angst und Schrecken.



Der Verfassungsrechtler Heinrich Amadeus Wolff von der Universität Bayreuth machte verschiedene gemeinsame Tendenzen der modernen Sicherheitsgesetze aus. Dazu zählten unter anderem die standardmäßige Evaluationspflicht, die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, die „Hochzonung“ von Sicherheitsaufgaben, die intensivierte Zusammenarbeit der einzelnen Sicherheitsbehörden und die Vergrößerung der Schnittstellen und Doppelzuständigkeiten.

Auch im Bereich der Sicherheit gäbe die Verfassung einen Rahmen, in denen der Gesetzgeber einen Gestaltungsspielraum besitzt. Er dürfe aber nicht alles: Spezifische Anforderungen bestünden insbesondere bei geheimen Informationseingriffsbefugnissen. Dazu gehören allerhöchste Anforderungen an Bestimmtheit und Verhältnismäßigkeit, spezielle Meldepflichten und angemessene Kontrollstandards. Ob diese strengen Anforderungen bei allen Neuerungen eingehalten werden, sei oftmals stark umstritten, so Wolff.

Eingriffe beschränken

Thomas von Danwitz, Kammerpräsident am Gerichtshof der Europäischen Union, war maßgeblich an dem Urteil aus dem April 2014 zur Ungültigkeit der Richtlinie über die sogenannte Vorratsdatenspeicherung beteiligt. Er hob hervor, dass der Gerichtshof den besonderen Stellenwert von Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ausdrücklich anerkannt hat. Auch wenn diese Zielsetzung dem Allgemeinwohl dient, könne sie für sich genommen Eingriffe in die Privatsphäre noch nicht rechtfertigen. Um den hochwertigen Schutz der Privatsphäre zu gewährleisten, ließen sich keine Zugeständnisse machen: Eingriffe in die Privatsphäre seien auf das absolut Notwendige zu beschränken.

Peter Schaar, ehemaliger Bundesdatenschutzbeauftragter und jetziger Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, rückte bestimmte, neuere technologische Entwicklungen in den Fokus, die hinsichtlich der Privatsphäre besonders sensibel sind.

Das „Cloud-Computing“ bedeute eine wesentliche Änderung der Vernetzung und Informationsverarbeitung und habe zur Folge, dass ein oder mehrere Dritte Kenntnis- und Kontrollmöglich-

fährungen der Privatsphäre als solche oftmals nicht unmittelbar erkennbar sind.

Kontrollverlust über Daten

Die häppchenweise Preisgabe von Informationen führe dazu, dass ich nicht erfassen kann, ob dies zu einer Gefährdung des Persönlichkeitsbildes reicht. Nach außen wirke der Vorgang der Informationspreisgabe relativ harmlos. Jedoch sei damit verbunden,



Zeichnung: Tomaschoff

keiten über die Informationen besitzen. Beim „Ubiquitous-Computing“ würden Daten nicht nur dann gesammelt, wenn wir uns dessen bewusst sind. Durch „Big Data“, ebenfalls ein Paradigmenwechsel in der Informationsverarbeitung, würde die verfassungsrechtlich gebotene Zweckbindung und Erforderlichkeit der Datenerhebung in Frage gestellt. Einen weiteren Gefährdungsbereich sieht Schaar in den neuen, „datengetriebenen“ Geschäftsmodellen, die riesige Datenmengen sammeln und ausnutzen können.

Matthias Rossi, Verfassungsrechtler an der Universität Augsburg, sieht eine besondere Gefahr darin, dass Ge-

dass der Einzelne die Kontrolle darüber verliert, was mit den Daten wirklich geschieht. Beachten müsse man auch, dass es mittlerweile soziale Realität ist, sich etwa an sozialen Netzwerken zu beteiligen. „Heutzutage kommt man nicht umhin, E-Mail nicht zu nutzen“, sagte Rossi.

Hinsichtlich der Entwicklung eines angemessenen rechtlichen Instrumentariums sieht Rossi die grundrechtliche Abdeckung des Infrastrukturrechts und die Infrastrukturverantwortung des Staates als zukünftige Akzentsetzungen, die gewisse Schutzlücken ausfüllen können. ■

Gero Kellermann

(siehe Presseschau, S. 49)

Krieg in den Medien – Medien im Krieg

Krieg ist alltäglich – irgendwo auf der Welt gibt es immer Krieg. Tag für Tag und Sendung für Sendung erreichen uns im Fernsehen, im Radio, im Internet und in der Zeitung Schreckensnachrichten und -bilder aus allen Winkeln der Erde. Doch von den meisten Kriegen erfahren wir nichts: Weil die Konflikte für die Großmächte zu unbedeutend sind und weil keine Reporter und Kameralleute am Ort des Geschehens sind – oder nicht sein dürfen.

Das Internet und die digitalen Medien haben auch den Journalismus aus Kriegs- und Krisengebieten verändert. Mit kleinen mobilen Geräten können Berichte, Filme und Fotos in Echtzeit rund um den Globus verschickt werden. Soziale Netzwerke und Blogs haben die gewohnte Monopolstellung der Korrespondenten und Agenturen aufgeweicht. An ihre Seite sind viele professionelle und semi-professionelle Journalisten, Bürgerreporter und Amateure getreten. Für die Nachrichtenredaktionen bedeuten dieser Wandel und die immer stärker und schneller anwachsende Flut von Informationen eine enorme Herausforderung. Die rasant gestiegene Schlagzahl der Nachrichtenverbreitung erhöht gleichzeitig das Fehlerrisiko. Denn häufig gibt es nur subjektive Berichte und Bilder von Beteiligten, Tätern, Opfern oder Augenzeugen. Auf der Tagung „Krieg in den Medien – Medien im Krieg“* trafen sich Wissenschaftler und Journalisten zur Diskussion dieser Fragen.

„Drohnen-Journalismus“

Martin Durm kam unmittelbar vor der Tagung zurück aus dem umkämpften Nord-Irak. Erfahrung in Kriegs- und Krisengebieten hat er reichlich. Von 1996 bis 2001 war er ARD-Korrespondent im Studio Kairo. 2011 war er an der Berichterstattung über die Revolten in Ägypten, Libyen, Jemen und Syrien beteiligt. 2013 stand er neben

seinem Kollegen Jörg Armbruster, als dieser in Aleppo angeschossen und schwer verletzt wurde. Er sagt heute: „Wir sind als Reporter verdammt unwissend. Wir stehen hochprofessionellen Teams von Nachrichtenfälschern gegenüber.“ Nach seiner Ansicht trägt das Internet eher zur Verwirrung als zur Aufklärung bei: „Das Netz ist voller spekulativem Material ohne Quellen.“



Martin Durm: „Das Internet trägt eher zur Verwirrung als zur Aufklärung bei“ Fotos: Freymüller

Wenn viele Journalisten Kriege nur noch virtuell wahrnehmen und nicht mehr an die Front gehen („Drohnen-Journalismus“), beschädige das die Glaubwürdigkeit und sei eine Abwertung derjenigen, die noch hingehen und Gefahren auf sich nehmen. Das Hinfahren lohne sich immer. „Man muss die Ängste und Spannungen

aufnehmen“, sagt Durm. Wenn man Empathie mit den Opfern empfinde und sich auf deren Leid einlasse und dieses dem Publikum vermitteln könne, mache Kriegsberichterstattung Sinn: „Es lohnt sich, wenn sich Nähe einstellt.“ Um Gefährdungen zu minimieren, sei man gelegentlich auf Milizen und deren Schutz angewiesen. Gleichzeitig begibt sich der Reporter in eine Abhängigkeit („Eine ekelhafte Verbrüderung und Kollaboration“).

Durm lobte die im Hintergrund arbeitenden „Stringer“. Das sind sprach- und ortskundige Mitarbeiter aus dem Land, die unentbehrlich sind. „Ohne sie sind wir wie ein aus dem Nest gefallener Vogel“, sagte Durm. Aber aus Sicherheitsgründen müssen ihre Namen verschwiegen werden, auch wenn ihre Arbeit so wichtig sei. In Bezug auf den Terror des sogenannten „Islamischen Staats“ fürchtet Durm ein Berichterstattungsmonopol der Terroristen. „Wenn sich aus dem Westen kein Journalist mehr dort hintraut, haben sie die Macht über die Bilder und Nachrichten. Dann haben wir nur noch die pure Propaganda des IS“, sagt der erfahrene Auslandsreporter Durm.

Stefan Klein, Chefkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, ergänzt: „Der IS sieht Journalisten als Feinde. Er treibt die Medien vor sich her. Das ist eine neue Qualität. Wir wissen kaum noch etwas aus diesem Gebiet.“ In mehr als 40 Berufsjahren im Journalismus – davon 17 Jahre als Korrespondent in Afrika und Asien – hat Klein viele Kriege, Krisen und Katastrophen gesehen und erlebt. Er sagt: „Es geht nicht um Abenteuer. Es geht um die Annäherung an Tatsachen und die Wahrheit. Das ist im Krieg noch schwieriger als im Frieden.“ Klein berichtete von Aufpassern der jeweiligen Kriegsparteien und Regierungen, sogenannten „mindern“. Diese „Begleitung“ sei oft der Versuch der Bevormundung und Zensur gewesen.

* In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Der Auslandskorrespondent lebe – gerade in Afrika – ständig mit Unzulänglichkeiten und Beschränkungen. In diesem riesigen Kontinent sei die Sprache oft ein Problem: „Auf dem Land kommt man mit den Kolonialsprachen nicht sehr weit.“ Sicherheitsfragen und logistische Probleme ließen dem Reporter oft keine Wahl, als sich einer Gruppe von „embedded journalists“ anzuschließen. So bestehe die Gefahr, einseitig Sichtweisen einer Kriegspartei zu übernehmen. Klein empfahl seinen Kollegen, öfter mal das Fragezeichen zu benutzen. „Es ist die ehrlichste Form. Wir nähern uns der Wirklichkeit an, aber wir kennen sie nicht immer. Die ständige Frage muss lauten: Bin ich nah genug dran? Die Wirklichkeit ist nicht schwarz-weiß – sie besteht aus Grautönen.“

Weitab der Fronten und Krisenherde arbeitet Michael Wegener als Leiter des Content Centers bei ARD aktuell in Hamburg. Dort werden Bilder, Filme



Michael Wegener ist der Leiter des Content Centers bei ARD aktuell in Hamburg

und Texte aus dem Internet gesichtet und auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft. Das umfasst die Bild- und Themenrecherche in klassischen Quellen wie Agenturen, aber auch das Durchsuchen der sozialen Netzwerke. Wegener sagt: „Die Verifikation der Quellen ist ein Indizienprozess.“ Es gebe viele Beobachter, die Fehler in der Berichterstattung erkennen und danach oft schadenfroh ins Netz stellen. Trotz intensiver Prüfungen seien Fehler nicht ganz auszuschließen. Die Verifikation des Bild- und Videomaterials, die Prüfung der Quellen und der Austausch

und Abgleich mit Experten sei von enormer Bedeutung. So sollen den Zuschauern möglichst sorgfältig geprüfte Bilder im Fernsehen und Netz präsentiert werden. Denn Vertrauen und Glaubwürdigkeit seien schnell und leicht verspielt, sagte Wegener.

Nadine Bilke ist die stellvertretende Leiterin der Online-Redaktion des ZDF. Außerdem hat sie über die Qualität der Kriegs- und Krisenberichterstattung promoviert. So hat sie zwei Sichtweisen auf das Tagungsthema:



Nadine Bilke plädiert für einen „konfliktsensitiven Journalismus“

Wissenschaft und Praxis. Sie beobachtet eine „Medialisierung des Krieges“. Die soziale und die Medienrealität verschwimmen. Medien seien längst zu einem Faktor des Geschehens geworden. Zwischen dem ersten und zweiten Irak-Krieg habe sich die Zahl der Berichterstatter vervielfacht. Ein Sender in den USA habe 2003 in vier Tagen 50 Live-Schaltungen mit seinen Reportern gesendet.

„Konfliktsensitiver Journalismus“

Die Frage des Kriegsreporters, der die Welt um sich herum sehr verengt aus dem Sehschlitze des Panzers betrachtet, dürfe nicht lauten: „Was ist wahr?“, sondern: „Was ist richtig?“ Bilke plädierte für einen „konfliktsensitiven Journalismus“ über Kriege. Der lege Wert auf Wahrhaftigkeit, Richtigkeit, Relevanz sowie Einordnung in den Zusammenhang. So könne dem „Information overflow“ begegnet werden. An die Stelle von Propaganda trete damit Orientierung in einer komplizierter werdenden Welt.

Mit den ethischen Problemen der Kriegs- und Krisenberichterstattung beschäftigte sich Markus Behmer, Medienprofessor an der Universität Bamberg.

Abstumpfung vermeiden

An erster Stelle nannte er den zunehmenden Konkurrenzkampf und den Wettbewerb um Einschaltquoten und Auflagenzahlen, den wachsenden Aktualitätsdruck, die Abhängigkeit von Anzeigenkunden, den Verlust an Distanz zu Themen und Personen sowie die mangelhafte Ausbildung der Journalisten. Der Zwang zur Bebilderung nehme zu. Dadurch würde gelegentlich die Würde der Opfer verletzt. Es sei aber auch keine Lösung, die Brutalität des Krieges auszublenden. Die Gratwanderung zwischen Authentizität und gleichzeitiger Sensibilität sei eine tägliche Herausforderung für alle Journalisten. Eine Abstumpfung des Publikums müsse auf jeden Fall vermieden werden.

Die internationale Hilfsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ kümmert sich um in Not geratene Journalisten und versteht sich als Kämpfer für eine globale Informationsfreiheit. Recherchieren, anklagen, unterstützen – so fasste ihr Geschäftsführer Christian Mihr



Christian Mihr: „Die Informationsfreiheit ist weltweit gefährdeter denn je“

die Aufgaben zusammen. Die Organisation setzt sich weltweit für den Schutz und die Sicherheit von Medienschaffenden und für Informationsfreiheit ein. Mit Kampagnen und Lobbyarbeit kämpft sie gegen Zensur und Verfolgung von Journalisten. Die

Arbeit wird nicht leichter. Immer mehr Journalisten kommen bei ihrer Arbeit ums Leben – 2013 waren es weltweit 71. Und immer mehr werden entführt oder inhaftiert.

„Medialer Dauerbrenner“

Der Mainzer Publizistikprofessor Jürgen Wilke hat in seinen vielen Forschungen herausgefunden: „Kriege waren in den Medien schon immer ein Dauerbrenner.“ Das beginnt in den Bauernkriegen, als erste gedruckte Flugschriften – auch schon mit Bildern – von den Kämpfen berichteten. Von Anfang an waren diese Texte Propaganda mit einer sehr subjektiven Sicht. Friedrich der Große war selbst als Kriegsberichterstatter tätig und hat so Öffentlichkeitsarbeit gezielt betrieben. Napoleon kannte bereits die Macht der öffentlichen Meinung und wollte sie beherrschen. Er produzierte auf seinen Feldzügen eigene Zeitungen auf mitgeführten Druckereien. Der Krim-Krieg von 1853 bis 1856 war der erste, aus dem Fotos überliefert sind. Sie sind allesamt inszeniert; der Krieg wird ästhetisiert. Im deutsch-französischen Krieg 1870/71 kam zum ersten Mal die neue Telegrafie zum Einsatz, mit deren Hilfe auch Fotos übermittelt werden konnten. Im 20. Jahrhundert bekommt die Kriegsberichterstattung ungeahnte Ausmaße. Der Erste Weltkrieg wird zu einer

wahren Propagandaschlacht, in der alle verfügbaren Medien – jetzt auch der Film – eingesetzt werden. Es ist Propaganda nach innen und außen mit An-



Katja Wildermuth transportierte die Völkerschlacht von 1813 in die moderne Medienwelt

weisungen, Zensur und Publikationsverboten. Im Zweiten Weltkrieg wird Kriegsberichterstattung von den Nazis systematisch perfektioniert. Ganze Propagandakompagnien werden aus ehemaligen Journalisten rekrutiert. Zensur ist nicht mehr nötig, denn die Medien sind von Propagandaminister Goebbels bereits gleichgeschaltet.

Die Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 war die Entscheidungsschlacht der Befreiungskriege. Dabei kämpften die Truppen der Verbündeten Russland, Preußen, Österreich und Schweden gegen die Truppen Napo-

leons. 200 Jahre später wurde dieses historische Kriegsereignis vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) mit den modernen Mitteln der Medientechnik ins Fernsehen transportiert. Katja Wildermuth leitet die Redaktion „Geschichte und Gesellschaft“ beim MDR und ist verantwortlich für dieses crossmediale Experiment.

Völkerschlacht crossmedial

Aus einer Mischung von alten Spielfilmen, neu gedrehten Schlachtszenen, einem „Brennpunkt“-Moderator im Studio, Schaltungen zu Korrespondenten am Ort des Geschehens und in den europäischen Hauptstädten sowie an der Frankfurter Börse entsteht eine sehr lebendige und anschauliche Geschichtsstunde. Ausgestrahlt wurde das Ganze in vier Folgen vom 14. bis zum 17. Oktober – fast genau auf den Tag 200 Jahre nach den Ereignissen – jeweils zur besten Sendezeit zwischen 19.50 und 20.15 Uhr. Das zunächst Irritierende: Es sind die bekannten Gesichter aus der ARD, die das Geschehen von damals kommentieren: Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni, Udo Lielischkies in Moskau, Rolf Seelmann-Eggebert in Paris und Anja Kohl von der Börse in Frankfurt.

Die Resonanz des Publikums war eindeutig: Mit einem Marktanteil von 10 bis 14 Prozent lag die Sehbeteiligung höher als der MDR-Durchschnitt an normalen Tagen zu dieser Zeit (acht Prozent). Das heißt, dass zwischen 400 000 und 530 000 Zuschauer täglich die Sendungen einschalteten. Die zum crossmedialen Projekt gehörende Internetseite verzeichnete 750 000 Besucher. Katja Wildermuth sieht die Grenzen solcher Experimente: „Je näher wir mit Ereignissen an die Gegenwart herankommen, umso schwieriger wird die Umsetzung. Ereignisse aus einer Zeit ohne Fotos und Filme sind sicher besser geeignet als neuere, von denen wir schon Bildmaterial haben und kennen.“ So ist derzeit noch offen, ob es eine veränderte Neuauflage des „Völkerschlacht“-Experiments geben wird. ■

Michael Schröder



Durch Luftangriffe zerstörtes Ölvorratslager nahe der kuwaitischen Grenze im ersten Irak-Krieg 1991
Foto: wikimedia commons

(siehe Presseschau, S. 51)

Fotos vom vergessenen Leid nach dem Krieg

Elf Portraits vom Leben und Überleben mit Behinderung

Till Mayer versteht sich ganz ausdrücklich nicht als klassischer Kriegsphotoreporter. Seine Bilder sind keine Schlachtengemälde. Er geht an die Orte des Geschehens, wenn die Meute der Weltpresse schon weitergezogen ist. Er schildert mit seinen Fotos die vergessene Not und das Leid nach den Kriegen, das die Überlebenden oft ein Leben lang begleitet. „Er hat die Gabe, mit seiner Kamera die Tragik des Augenblicks zu erspüren und einzufangen – und zugleich auch das letzte bisschen Hoffnung, das in ihm wohnt“, sagte Michael Schröder bei der Vernissage der Ausstellung* mit Fotos von Till Mayer „Barriere:Zonen“.

Mayer arbeitet seit vielen Jahren als Journalist und Fotograf eng mit Hilfsorganisationen in Kriegs- und Krisengebieten zusammen. Oft richtet er dabei den Fokus seiner Arbeit auf den Überlebenskampf von Menschen mit Behinderung. Bei der Tageszeitung „Obermain-Tagblatt“ in Lichtenfels ist er als Redakteur angestellt. Als freier Fotograf und Journalist fotografiert und schreibt er für zahlreiche Zeitungen, Magazine und für Spiegel-Online.

Dem allgegenwärtigen Voyeurismus in der Kriegsberichterstattung setzt Mayer zurückhaltende, schlichte und umso eindringlichere Portraits entgegen.

Zonen voller Barrieren

Die Ausstellung zeigt elf Menschen, deren Schicksal ein Konflikt prägt oder bestimmt hat. Die Portraitierten kämpfen als Menschen mit Behinderung um ein würdiges Leben. Ihre Le-

bensbereiche sind Zonen voller Barrieren. So manche konnten sie schon überwinden. Andere werden noch viel Kraft fordern. Die Portraits geben Mut, andere stimmen traurig.

Mayer ist bei seiner Arbeit nie reißerisch, nie spektakulär. Er lenkt den Blick weg von den Schlachtfeldern mit den anonymen Toten hin auf individuelles Leid. Er hebt die elf Opfer aus der Anonymität. Mayer zeigt uns, was der Krieg hinterlässt, wenn die Waffen schweigen: Menschen ohne Perspektive, geschundenes Land, Hunger und Leid.

Die Fotos gehen unter die Haut. Es sind keine Bilder, die man schnell wieder vergisst. Sie schockieren dabei aber nicht. Die Aufnahmen rühren an, gerade weil sie so zurückhaltend und wenig aufdringlich sind.

Eva-Maria Fischer erläuterte die Arbeit des Kooperationspartners, der Hilfsorganisation Handicap International. Sie wurde 1982 von zwei französischen Ärzten gegründet. Ihr Ziel: 6000 kambodschanischen Flüchtlingen mit Amputationen in Camps in Thailand durch die Versorgung mit Prothesen und durch Rehabilitation eine langfristige Perspektive zu ermöglichen. Heute ist die internationale Hilfsorganisation in rund 60 Ländern mit etwa 300 Projekten der Prävention, Rehabilitation und Inklusion sowie in der Kampfmittelräumung und Risikoaufklärung im Einsatz. Außerdem setzt sich Handicap International für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. ■

Michael Schröder



Till Mayer richtet den Fokus seiner Arbeit auf den Überlebenskampf von Menschen mit Behinderung
Fotos: Freymüller

* Die Ausstellung wurde bis Ende Oktober in der Akademie gezeigt und fand statt in Zusammenarbeit und mit Unterstützung von Handicap International und der finanziellen Förderung durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie kann über Handicap International in München kostenlos (gegen Erstattung der Transportkosten) ausgeliehen werden.

Linktipps:

www.tillmayer.de
www.barriere-zonen.org
www.handicap-international.de

Bilder einer Gesellschaft

Formeln der Selbstbeschreibung in der Mediendemokratie

Wo liegen die Schwierigkeiten der gesellschaftlichen (Selbst-)Verortung zu Beginn des 21. Jahrhunderts und welche Herausforderungen ergeben sich daraus für das soziale, politische und kulturelle Zusammenleben? Dieser Frage hat sich die Akademie bei der interdisziplinären Fachtagung „Bilder einer Gesellschaft“ gestellt. Gesellschaften brauchen griffige Formeln der Selbstbeschreibung – um der Selbstvergewisserung, der Identitätsfindung, also um der Integration willen.

Gerhard Vowe (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) kategorisierte die verschiedenen Gesellschaftskonzepte, die in der Wissenschaft, in den Feuilletons, aber auch in der öffentlichen Debatte kursieren. So liest man vermehrt u.a. von Wissens-, Informations-, Leistungs-, Risiko- oder auch von Event- und Spaßgesellschaften. Diese konzeptionelle Vielfalt sei Ausdruck eines pluralen Selbstbildes der Gesellschaft. Sie sei zugleich Angebot der Wissenschaft an die Gesellschaft, sich selbst zu reflektieren. Die Dominanz der unterschiedlichen Gesellschaftsbilder wechsele je nach der Perspektive, aus der man auf die Gesellschaft blicke. Ihr gemeinsamer Nenner, ihr verbindendes Glied, sei die zunehmende Mediatisierung.

Was das gegenwärtig vorherrschende soziale Selbstbildnis anbelangt, liege sowohl in der Fachliteratur als auch in der breiten Öffentlichkeit das Attribut der Informationsgesellschaft vorne.

Verklärtes Bild

Hendrik Hansen (Andrássy Universität Budapest) verglich das Bild des Bürgers in der Antike und heute. Sein

Angelpunkt war die bewusst plakative und polarisierende These, dass das Bild der Antike falsch ist. Denn auch in diesem Bezug müsse unbedingt zwischen Ideal- und Realtypen unterschieden werden. Das antike Bild, das gemeinhin ausschließlich tugend- und damit auch vorbildhafte Demokraten



Hendrik Hansen: Aktuelle Probleme ähnlich schon in der Antike Fotos: Prume

darstelle, sei heute allzu oft überzeichnet und verklärt. Ein negativeres, differenzierteres Bild wäre zutreffender. Vieles, was heute als Entartung und Verfall diagnostiziert werde, habe man ebenso in der Antike beobachten können. Hierzu bemühte Hansen die Schöpfungsgeschichte des antiken Griechenlands und vor allem die Lehren Perikles'. Die Befassung mit der antiken Demokratie könne bei der Frage hel-

fen, wohin unsere heutige Demokratie tendiert. So führten nach Hansen die neuen Medien im politischen Prozess durchaus zu negativen Erscheinungen, wie es sie bereits in der Antike gab: Trotz der unterschiedlichen technologischen Rahmenbedingungen seien die Grundprobleme doch sehr ähnlich.

Der Soziologe Joost van Loon (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt) argumentierte in seinem sozialkritischen Vortrag, dass der Begriff „Gesellschaft“ heute als Container für alle Begriffe diene, die man nicht näher definieren möchte. Er hätte keinen analytischen Wert. Die Herabsetzung des Terminus verdeutlichte van Loon



Joost van Loon: „Gesellschaft und Vergesellschaftung vollends obsolet geworden“

mit der Aussage: „Man braucht keine Gesellschaft mehr, man braucht nur noch Suchmaschinen.“ Er arbeitete die Facetten der Begriffe Soziales und Mediatisierung heraus – und verdeutlichte die Bedeutung des „sich Verbindens“ als des zentralen sozialen Kriteriums in der heutigen, medial durchsetzten Welt. Die allgegenwärtige Mediatisierung könne sowohl zur Erneuerung wie zur Zerstörung des Sozialen führen. Das Kritische

an der aktuellen Entwicklung sei die erstaunliche Erhöhung der Zahl der Mediatoren, zumal mit ihr Manipulierbarkeit omnipräsent ist. Zugleich müsse man sich in der mediatisiert-atomisierten Welt nicht mehr rechtfertigen. Gesellschaft und Vergesellschaftung seien vollends obsolet geworden.

Cordula Nitsch (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) sprach über Politikvermittlung in Zeiten von Politainment. Sie unterschied Fernsehformate gemäß ihrer unterschiedlichen Abstufungssphären der Politikvermitt-

[Im Rahmen dieser Tagung fand auch das Filmgespräch am See statt \(siehe dazu den nachfolgenden Bericht\)](#)



lung – von der Widerspiegelung tatsächlicher politischer Prozesse und Akteure bis hin zu fiktionalen Darstellungen.

Entpolitisierung durch Politainment

Grundsätzlich wies Politainment zwei gegenläufige Potenziale auf: Zum einen ist von einer Demokratisierung der Re-

Auf Basis empirischer Studien zeigte Pickel, dass wir in den Grundfesten unserer Demokratie ein gutes Fundament haben. Sie forderte dazu auf, Kritiker der demokratischen Ordnung in den Fokus zu nehmen, sie über die Demokratie aufzuklären und in den demokratischen Prozess einzubinden. Nicht zuletzt hänge politisches Interesse stark mit der Mediennutzung und den medialen Darstellungen zusam-

gesellschaft böte Charisma einen besonderen Nährboden. Zugleich machte er deutlich, dass es schon immer den Darstellungspolitiker, der seine Legitimation durch die mediale Öffentlichkeit erhält, gegeben habe – als Gegenpol zum Entscheidungspolitiker, der vorrangig nach den sachorientierten Kriterien der Verhandlungsdemokratie handle. An Beispielen der bundesrepublikanischen Geschichte illustrierte Sarcinelli, wie Politiker mit unterschiedlichem Erfolg als Markenprodukte eingeführt werden. Er zeigte, dass letztendlich die Ämter auf die Amtsträger wirken, obgleich die Amtsinhaber wiederum dem Amt bis zu einem gewissen Grad ihren Stempel aufdrücken.

Sein Fazit: Charisma und Charismatiker sind durchaus eine Chance, da sie die Wahrnehmbarkeit von Politik und Politikern fördern. Damit sie aber nicht zugleich

zu einer demokratiegefährdenden Herausforderung werden, müsse die politische Ordnung insgesamt auf mündigen Bürgern und verantwortlichen Führungseliten fußen. Insofern sei politische Bildung gerade in der heutigen mediatisierten Gesellschaft vorrangige Aufgabe. ■

Dan Prume / Andreas Kalina



Cordula Nitsch: „Durch gutes Politainment politische Bildung ergänzen“



Susanne Pickel: Mediennutzung beeinflusst politisches Interesse



Ulrich Sarcinelli: Politisches Charisma als Chance und Herausforderung

zipienten auszugehen, da Politik in unterhaltenden Formaten die Basis politisch Interessierter verbreitere. Andererseits führe Politainment zu einer Entpolitisierung, weil es in der öffentlichen Wahrnehmung politische Inhalte und Prozesse verflache und trivialisiere. Insgesamt überwögen nach Nitsch die Chancen des Politainment – wenn entsprechende Formate durch weitere, qualitative Informationsangebote ergänzt werden: Dann nämlich könne Politik als Unterhaltung eine gute Ergänzung zur politischen Bildung und Demokratisierung darstellen.

men: Für den Erhalt demokratischer politischer Einstellungen sei eine intensive und korrekte Vermittlung politischen Wissens unabdingbar.

Charisma in der Mediendemokratie

Ulrich Sarcinelli stellte sich der Frage, wieviel Charisma die Demokratie vertrage. Denn gerade unsere Medienge-

Kritiker einbinden

Die Politikwissenschaftlerin Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen) referierte über politische Kultur, politisches Wissen und politische Partizipation. Sie stellte die These auf, dass wir als Zoon politikon geboren werden, jedoch nicht als Demokraten. Die vorherrschende politische Kultur, also die in der Gesellschaft verankerten politischen Einstellungen und Wertvorstellungen der Bürger, bedinge Art und Intensität der politischen Partizipation.



Silvio Berlusconi: problematisches Charisma in der Demokratie
Foto: alessio85 / wikimedia commons

Internet essen Kino auf?

Keine Angst vor der Zukunft des Films beim Akademiegespräch am See

Im vergangenen Jahr hatte die Akademie das Starnberger Fünf-Seen-Film-Festival (fsff) „nur“ mit der finanziellen Förderung der Wolfgang-Kohlhaase-Retrospektive unterstützt (siehe Akademie-Report 3-2013). In diesem Sommer waren das Festival und sein Leiter Matthias Helwig Kooperationspartner beim „Akademiegespräch am See“ zum Thema: „Der Autorenfilm und die Kraft der Illusion – Das Kino im gesellschaftlichen Wandel“.

Es diskutierten die Fernsehredirektorin des Bayerischen Rundfunks (BR), Bettina Reitz, der Filmemacher Edgar Reitz („Heimat“) und der Regisseur Tom Tykwer („Lola rennt“). Moderiert wurde das Filmgespräch vom Münchner Filmpublizisten Robert Fischer.

Heute zu tun haben, ist das Kino seiner Meinung nach nicht totzukriegen. Im Übrigen sei die Frage nach dem Ende des Kinos „eine olle Kamelle“. Sie werde seit der Erfindung des Tonfilms immer wieder gestellt. Weder Fernsehen, noch Video und DVD hätten das

sumieren heute Serien am Stück auf kleinen Smartphone-Bildschirmen. Sie hätten eine neue Bildkultur und -sprache. Wohin das führe, wisse man noch nicht. Aber es gebe eine große Vielfalt des Erzählens. Und: „Wir dürfen nicht nachlassen beim Bemühen um die Komplexität des Erzählens“, sagte die Filmfachfrau Reitz.

„Widerstand gegen Dekonzentration“

Ihr Namensvetter Edgar Reitz („nicht verwandt und nicht verschwägert“) hat Erfahrungen mit komplexen und komplizierten Erzählungen und Filmen. Der 82-Jährige Regisseur und Autor, der 1962 das Oberhausener Manifest mit unterschrieben hatte („Der alte Film ist tot. Wir glauben an den neuen“), hat die 11-teilige Serie „Heimat“ (fast 16 Stunden) geschaffen. Sein neuester Film „Die andere Heimat“ dauert fast vier Stunden und stellt höchste Ansprüche an den Zuschauer. Deswegen braucht Reitz für seine Filme auch „ein Kino, einen besonderen Saal mit einer besonderen Atmosphäre, ein Gemeinschaftserlebnis im Dunkeln mit höchster Konzentration auf die Leinwand.“ Und da ist er mit der gegenwärtigen Situation nicht zufrieden: „Was wir heute Kino nennen, ist ein Saustall!“ Er will sich mit Filmen im Handy-Format nicht abfinden. Die „Dekonzentration“ der jüngeren Leute dürfe man nicht hinnehmen: „Man muss diesen Entwicklungen gegenüber Widerstand leisten“, findet der große alte Mann des deutschen Autorenfilms.

Trotzdem war den drei Filmleuten nicht bange um die Zukunft des Kinos. Wenn es genügend „Event-Charakter“ habe – wie auf Festivals – dann habe Kino auch weiterhin Erfolg. Und Tykwer meinte, wenn immer mehr Leute gute Beamer daheim haben, könnten sie sich Kinofilme auch zuhause per Blue-Ray-Player oder online-Stream in bester Kinoqualität auf der Wohnzimmerwand anschauen. ■

Michael Schröder

(siehe Presseschau, S. 48)



Keine Angst vor der Zukunft des anspruchsvollen Kinofilms: Tom Tykwer, Robert Fischer, Bettina Reitz und Edgar Reitz beim Filmgespräch am See im Rahmen des Fünf-Seen-Film-Festivals
Foto: Prume

Selbst unter den Profis gab es keine einhellige Meinung über den Begriff „Autorenfilm“. So wurde er denn auch gleich in Frage gestellt. Der alte Autorenfilm, bei dem der Autor Buch, Regie, Kamera und Schnitt übernimmt und prägend beeinflusst, kann laut Tykwer heute nicht mehr funktionieren: „Ich arbeite mit einem Team von Kreativen und Spezialisten. Ich selbst kann gar nichts. Ich sage nur, was ich gerne hätte.“ Für ihn ist wichtig, dass sich Kino nicht aus gesellschaftlichen Fragen heraushält. Wenn Filme etwas mit dem

Kino kaputtgekriegt. Tykwer ist überzeugt: „Und das werden auch das Internet und die neueren Medien und Technologien nicht schaffen.“

Bettina Reitz hat früher als Leiterin des BR-Programmbereichs Spiel-Film-Serie preisgekrönte Produktionen verantwortet („Marias letzte Reise“, „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ und „Das weiße Band“). Heute ist sie der Meinung, dass die Veränderung von Filmformaten und Konsumgewohnheiten unaufhaltsam sei. Junge Leute kon-

Die Diskussion wurde von ARD alpha aufgezeichnet und am 2. August ausgestrahlt

Was Macht mit uns macht

Macht – wer will sie nicht? Was Macht ist, wer sie woher und wozu hat, was alles Macht über uns gewinnen kann, war Thema einer Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie.

Der Tübinger Philosoph Otfried Höffe thematisierte die „Macht des Verborgenen – das Geheimnis in der Demokratie“. Geheimhaltung widerspricht seiner Meinung nach der offen konstituierten Demokratie. In Bezug auf die aktive Politik seien Kategorien wie Vertraulichkeit und Ehr-



Otfried Höffe über das Geheimnis in der Demokratie

lichkeit zentral. Sobald ein Politiker – aufgrund privater oder beruflicher Unehrlichkeit – seine Glaubwürdigkeit verloren hat, erleide er einen Vertrauensverlust und die Wiederwahl steht auf dem Spiel.

Macht-Theoretiker

Eine weitere Kernfrage Höffes lautete: Wie viel Transparenz verlangt und wie viel Diskretion benötigt die Demokratie? Einerseits setzt Demokratie ein gewisses Maß an Offenheit und Wahrheit voraus, andererseits sei Transparenz kein Selbstzweck, sondern müsse dem Gemeinwohl dienlich sein. Macht in der Politik liege demnach in strategischem Handeln und auch in der Geheimhaltung.

Politische Denker haben sich seit Jahrhunderten mit den Formen der Macht im Staat auseinandergesetzt. Dirk Lüddecke, Professor an der Universität der Bundeswehr München, erklärte deren Sicht auf die staatliche Gewalt. So ist vom geradezu allmächtigen Staat der frühen Neuzeit, dem Leviathan, der Militär, Recht, Wirtschaft und öffentliche Meinung bestimmte, nicht mehr viel geblieben. Heute bestimmen die Verwicklungen der internationalen Politik und die globalisierte Weltwirtschaft, wo die Grenzen staatlichen Handelns liegen.

Andere Perspektiven auf den Machtbegriff bieten Niklas Luhmann und Michel Foucault, frei nach dem Motto: „Wenn Macht immer nur unterdrückend wäre, würde ihr dann gehorcht werden?“. Macht ist demnach eine soziale Konstruktion, auf die wir uns selbst einlassen und die nicht ausgeübt werden muss – wie Karsten Fischer vom Geschwister-Scholl-Institut der Universität München erklärte.

Macht des Sports

Auf die meisten Menschen übt Sport eine große Faszination aus – und damit auch Macht. Denn die Massenmedien haben in diesem Bereich ihre Wächterfunktion freiwillig aufgegeben. Der kommerzialisierte Sport ist abgekoppelt von der kritischen Betrachtung. Es dominieren Heroen, Hymnen und Fankultur. „In diese perfekte Medienwelt passt nur eines nicht hinein: die Realität“, meinte Thomas Kistner, bei der Süddeutschen Zeitung zuständig für Sportpolitik. Er erinnerte an Doping und Dopingverdacht bekannter Sportler und Trainer, an Wettbetrug, Spielmanipulationen und verdeckte Absprachen.

Rainer Karlitschek, Dramaturg an der Bayerischen Staatsoper, erläuterte die Macht der Gefühle in der Oper.

Musik besitze eine charismatische Macht, eine affektive Kraft, die den Worten Elemente des Gefühls hinzufüge – bereits Orpheus betörte mit der Musik die Götter der Unterwelt. Häufig greife die Oper das Thema Macht oder Machtmissbrauch (La Traviata) selbst auf, bei Verdi beispielsweise werden auch die Rezipienten zu einem bestimmten Handeln verführt. „Die Emotion ist ein Killerinstrument“, resümierte Karlitschek.

Macht der Wirtschaft

„Die Wirtschaft diskutiert gerne zur Ethik, mit Reflexionen zur Macht tut sie sich dagegen schwer“, so Meinhard Miegel vom „Denkwerk Zukunft



Meinhard Miegel warnte vor dem Zerstörungspotenzial von Wirtschaftsmacht Fotos: Haas

– Stiftung kulturelle Erneuerung“. Selbst entfalte sie ihre Macht eher auf subtile Weise, etwa in der zunehmenden Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Miegel warnte vor dem Zerstörungspotenzial für unsere Lebensgrundlagen, welches in der auf Wachstum und Wohlstandsmehrung gerichteten Art des Wirtschaftens liegt.



Die Beraterinnen Dorothea Assig und Dorothee Echter beschäftigen sich seit Jahren mit Codes, Ritualen und Mechanismen im internationalen Topmanagement. Dort sei Macht von außen undurchschaubar, weil die Strukturen und Regeln undurchschaubar sind. Ein Aufstieg sei immer begründet in der inneren Ambition, nicht in übertriebenem Ehrgeiz. Nicht unbedingt die beste Leistung entscheide über das Ansehen, sondern die Art und Weise, wie darüber gesprochen wird – und wie man sich selbst darstellt und präsentiert.

Die Kulturwissenschaftlerin Christina von Braun von der Berliner Humboldt-Universität beschrieb, dass die Entwicklung des Alphabets und des Geldes dafür sorgte, den sexuell potenten Mann zu zähmen und ihm über Jahrtausende die Rolle des geistig Mächtigen zuzuweisen. Heute sei die männliche Dominanz eigentlich nur noch in der Weltwirtschaft ungebrochen.

Die Macht des schönen Scheins

Glamour, Luxus und Schönheit ziehen uns an – darüber referierte die Lifestyle-Beraterin Katrin Riebartsch. Menschen sind fasziniert von Schön-



Katrin Riebartsch: „Schöner Schein verführt“

heit und Vollkommenheit (bei Platon: das Wahre und Gute). In der westlichen Gesellschaft besitzen sowohl Schönheit (Ebenmäßigkeit, Schlankheit, Jugendlichkeit, Vitalität), Mode und Stil einen hohen Stellenwert, äußere Merkmale sind ein Symbol für soziale Zugehörigkeit und dienen zu-



Der Kampf um das Frauenwahlrecht war auch ein Kampf um politische Macht

gleich der Ausgrenzung. Kleidung, Schmuck und Frisur gelten als Mittel zur Selbstdarstellung sowie non-verbalen Kommunikation. Medien navigieren uns durch den „Lifestyle-Dschungel“ und Luxusprodukte stellen dabei die Speerspitze des schönen Scheins dar. Nach Ansicht von Riebartsch besitzt der schöne Schein jedoch keine Macht, er verführt lediglich.

Die Macht des Unbewussten

Der Psychoanalytiker Wolfgang Schmidbauer verwies auf Sigmund Freud, der sich mit dem Konflikt zwi-

schen Rationalem und Irrationalen beschäftigte. Das Ich gewinne mehr Macht und Kontrolle über das Unbewusste. Es herrsche ein Zusammenspiel zwischen Bewusstem und Unbewusstem, bei dem die Fähigkeit, sich zu disziplinieren, immer wichtiger wird und die schnellen Affekte im Unterschied zur kritischen Prüfung der Affekte gezügelt werden sollen. Die größte politische Gefahr bestehe in der Möglichkeit der Medien, an schnelle Affekte zu appellieren sowie in der Steuerungsmacht des Unbewussten, die von der politischen Führung zum Machterhalt genutzt werden könne, sagte Schmidbauer. ■

Barbara Freymüller /
Sebastian Haas

Chancen und Probleme des demografischen Wandels

Die Bevölkerungsentwicklung hat erheblichen Einfluss auf die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in unserem Land. Deshalb hat die Akademie in einer Kooperationstagung mit der Studienstiftung des deutschen Volkes die vielfältigen Wirkungszusammenhänge sowie Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels unter die Lupe genommen. Im Fokus standen dabei die Handlungsspielräume und -notwendigkeiten für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Zum Auftakt zeigte Stephan Sievert vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung Tendenzen und Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Europa auf. Die Lebenserwartung werde weiterhin stetig ansteigen, die Bevölkerung in Deutschland bis 2050 auf rund 75 Millionen schrumpfen und die Migration zunehmen. Zur Mitte unseres Jahrhunderts ist zu erwarten, dass jeder Dritte älter als 65 Jahre sein wird. Diese Überalterung der Gesellschaft ist aus ökonomischer Sicht die größte Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme. Ungleichheiten zwischen Regionen und Kommunen verschärfen sich: Einerseits profitieren vor allem Metropolen wie Berlin, München oder Hamburg, andererseits kann der ländliche Raum die Abwanderung nicht mehr durch höhere Geburtenraten ausgleichen.

Große Unterschiede

In seinem Überblick zur Bevölkerungsentwicklung im internationalen Vergleich zeigte Sievert die großen Unterschiede zwischen den Ländern auf. Frankreich und Spanien verzeichnen auch weiterhin Bevölkerungswachstum. Deutschland hingegen gelte gemeinsam mit Japan als das „älteste“ Land. Der Handlungsdruck sei ungleich höher.

Stefan Bauernschuster (ifo-Institut, München und Universität Passau) wertete die zentralen Ergebnisse der ehe- und familienpolitischen Leistungen in den letzten Legislaturperioden aus. Mit Blick auf die im internationalen Vergleich stark unterdurchschnittliche Geburtenrate träfe durchaus die



Stefan Bauernschuster: „Familienpolitische Leistungen erzielen nicht den gewünschten Effekt“



*Stephan Sievert: „2050 jeder Dritte älter als 65 Jahre“
Fotos: Freymüller*

Aussage zu „Deutschland – ein Land ohne Kinder“. Dies sei bemerkenswert, da die Bundesrepublik überdurchschnittlich viel – insgesamt rund 200 Milliarden Euro jährlich – für ehe- und familienpolitische Leistungen ausgibt.

Begrenzte Wirkungen

Diese Leistungen zielen auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wirtschaftliche Stabilität von Familien, die Realisierung von Kinderwünschen sowie das Wohlergehen von Kindern. Den erhofften Effekt lieferten sie aber nicht. Mit aktuellen Forschungsergebnissen beleuchtete

Bauernschuster die Wirkungszusammenhänge zwischen einzelnen politischen Maßnahmen und der angestrebten Steigerung der Geburtenrate.

Im Falle der auszubauenden Kinderbetreuung seien durchaus positive Effekte vernehmbar, das Betreuungsgeld sowie eine Erhöhung des Kindergeldes verhielten sich bestenfalls neutral. Bauernschusters Fazit: Vor allem Maßnahmen, die sich unmittelbar auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf richteten, zeigten positive Effekte auf die Erfüllung von Kinderwünschen. Finanzielle Anreize kommen in der Bevölkerung zwar gut an, ihre Wirkung sei aber begrenzt.

Zuwanderungsmagneten

Carola Burkert vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) widmete sich dem Thema Arbeitsmigration in Europa. Der demografische Wandel führe zu einem Fachkräftemangel und somit einer gesteigerten Nachfrage am Arbeitsmarkt. Zuwanderung leiste deshalb einen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Die Mobilität innerhalb der EU nimmt zu, da es ein deutliches Arbeitslosen-, Lohn- und Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt. Gerade Deutschland profitiere in den letzten Jahren von der Arbeitsmigration, wobei sich insbesondere Großstädte als Zuwanderungsmagnet herausstellten.

Die EU-Zuwanderer werden in der Regel schnell vom deutschen Arbeitsmarkt absorbiert und auch die Beschäftigungsquoten stiegen, allerdings sei künftig auch mit einem erhöhten Leistungsbezug zu rechnen. Die Herausforderungen seien regions-



spezifisch unterschiedlich: So konzentrierten sich etwa Migranten aus Bulgarien und Rumänien auf wenige, teilweise strukturschwache Kommunen. Zudem seien sie oft unter dem Qualifikations- und Lohnniveau angestellt, sodass der Staat mit Sozialleistungen aushelfen müsse. Trotz der vielen Herausforderungen und Probleme, die es in nächster Zeit zu lösen gilt, brächte die EU-Zuwanderung unter dem Strich positive Effekte – auch in monetärer Hinsicht. Die Wanderschaft in Europa sei daher eher Chance denn Bedrohung. Nur dürfe Migration nie ohne Integration stattfinden – und diese fange bei einer bislang vernachlässigten Willkommensstruktur und -kultur an.

Wirkungen der Binnenwanderung

Unter der Leitung der Bamberger Professorin Cornelia Kristen wurden die selektive Migration und ihre Folgen für die Integration von Zuwanderern und ihren Nachkommen untersucht. Als relevante Einflussfaktoren, die Unterschiede zwischen einzelnen Migranten(gruppen) ausmachen, wurden die Bildung der Eltern sowie generell Erwartungshaltungen innerhalb der Familien identifiziert. Ein weiterer As-



Karikatur: Tomaschoff

pekt war die Binnenwanderung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die regionale Sozialstruktur, Alterung und Wirtschaftskraft.

Klaus Friedrich von der Universität Halle-Wittenberg debattierte in seiner Arbeitsgruppe die Frage: Wer wandert,

weshalb und wohin? Es wurde deutlich, dass das Wanderungsverhalten sowohl nach Alter als auch nach Geschlecht selektiv ist, sich eher auf



Arbeitsgruppen vertieften Schwerpunkte der Tagung

kurze Distanzen beschränkt und hauptsächlich auf prosperierende Regionen gerichtet ist. Eindeutige Verlierer sind periphere ländliche Regionen. Das bislang kennzeichnende Ost-West-Gefälle werde immer mehr von einer Nord-Süd-Migration überlagert.

Reform statt Neubau

Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim behandelte mit seiner Arbeitsgruppe die Fol-

gen der Alterung der Gesellschaft für die sozialen Sicherungssysteme und analysierte den entsprechenden Reformbedarf. Er plädierte dafür, die bestehenden Instrumente zu optimieren und zu reformieren statt das System komplett umzubauen. Der demografische Wandel sei ein langfristiger Prozess, auf den man sich ein-

stellen und ihn aktiv gestalten könne: Er erfordere keinen Aktionismus, sondern vielmehr bedachtes Handeln.

Der zweite Teil der Tagung wendete sich den durch den demografischen Wandel veränderten Handlungsspielräumen, -strategien und -optionen zu.

Unter der Mitarbeit eines Teams der Boston Consulting Group wurden Herausforderungen für wirtschaftliche Subjekte und entsprechende unter-

nehmerische Antworten untersucht. So sei etwa die Personalplanung von Unternehmen angehalten, Strategien und Reaktionen auf die neuen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen zu finden – der demografische Wandel müsse mehr denn je bei der Personalentwicklung berücksichtigt werden. Was den Absatzmarkt anbelange, eröffne sich ein neues Potenzial: die sogenannten Golden Agers mit ihren spezifischen Bedürfnissen.

Die Stadtplanerin Ruth Rohr-Zänker rückte mit ihrer Arbeitsgruppe die Rolle der Kommunen und Regionen in den Mittelpunkt. Sie stünden neuen Herausforderungen in Bezug auf die räumliche Ungleichheit, die Ortsplanung sowie die Erhaltung der Infrastruktur in den schrumpfenden ländlichen Regionen gegenüber.

Deutschland ist wieder Einwanderungsland. Das stellte die Arbeitsgruppe um Dietrich Thränhardt von der Universität Münster fest. Trotz aller berechtigten Debatten um die Chancen und Probleme dürfe hier die notwendige soziale Integration nicht zu kurz kommen. Hier sei Deutschland in Bringschuld – so bei der Schaffung einer ausgeprägten Willkommenskultur. ■

Barbara Freymüller
Andreas Kalina

Gute Bildung – gute Arbeit

Innovationen für ein gelungenes Leben

Wie gute Bildung die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze begünstigt und so als Voraussetzung für ein gelungenes Leben anzusehen ist, war die Kernfrage einer Tagung, zu der sich Meinungsbildner und Multiplikatoren aus Betrieben, Gewerkschaften, Politik und Publizistik trafen.*

International vergleichende Studien zeigen, dass Deutschland bezüglich des Bildungssystems nur mittelmäßig abschneidet, obwohl das duale Ausbildungssystem vielfach als Vorbild dient.

Ob wir unseren Wohlstand auch künftig halten können, hänge auch von verstärkten Bildungsanstrengungen ab, so Sabine Pfeiffer, Soziologieprofessorin an der Universität Hohenheim. Die duale Ausbildung betrachte die Wissenschaftlerin als wesentliches Element des Geschäftsmodells Deutschland, denn es Sorge für qualifizierte Arbeitskräfte und fördere die Innovationskraft der Unternehmen.

Eine qualifizierte Berufsausbildung sei aber auch wichtig für die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen. Umso bedauerlicher sei es, dass sie vielfach im Vergleich zur akademischen Ausbildung nicht die entsprechende Wertschätzung genieße.

Die Berufsausbildung müsse aber künftig auch ein attraktives Angebot für junge Menschen bereitstellen, so Pfeiffer. Nur so könnten junge Menschen neben den anderen Ausbildungswegen die entsprechenden Kompetenzen entwickeln, um sich in der sich wandelnden Arbeitswelt zu behaupten.



Weitgehende Automatisierung prägt die Fertigungsstraßen moderner Autofabriken
Foto: Taneli Rajala / wikimedia commons

Peter Mosch, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der AUDI AG, stellte in seinem Vortrag eindrucksvoll dar, dass aufgrund der zunehmenden Automatisierung der Produktionsprozesse und der vielfältigen Angebotspalette die Anforderungen an die Mitarbeiter des Unternehmens deutlich gestiegen seien.

Gestiegene Anforderungen

Aus diesem Grunde unternehme die Audi AG große Anstrengungen, um entsprechendes Personal frühzeitig zu rekrutieren und dann auch betriebsintern aus- und weiterzubilden.



Peter Mosch: „Große Anstrengungen bei Aus- und Weiterbildung“
Fotos: Endres

Joachim Möller, Professor an der Universität Regensburg und Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, bezeichnete die Expansion des Dienstleistungssektors auf Kosten der Industrie insbesondere bei den Beschäftigten weltweit als einen „Megatrend“. Während einige Ökonomen Deutschland zunächst vorgehalten hätten, den Weg zur post-industriellen Wirtschaft verpasst zu

*In Kooperation mit der IG Metall und dem Bildungswerk der Katholischen Arbeitnehmerbewegung



haben, bewerte man die Lage nach der Finanzkrise 2008 deutlich anders. Deutschland könne sich nunmehr glücklich schätzen, einen erfolgreichen Industriesektor zu haben und werde vielfach als Vorbild für andere Länder angesehen.

So habe beispielsweise in den USA eine Re-Industrialisierungs-Debatte begonnen. Sie beruhe auf der Erkenntnis, dass der Beschäftigungsanteil des verarbeitenden Gewerbes dessen volkswirtschaftliche Bedeutung erheblich unterschätze, denn die Industrie habe große Bedeutung für Exporte, Hochlohnjobs sowie vor- und nachgelagerte Dienstleistungen. Sie spiele auch eine Schlüsselrolle bei Innovationen und habe positive externe Effekte in der Region. Deutschland habe nunmehr nicht zuletzt aufgrund des dualen Ausbildungssystems und der entwickelten Infrastruktur im weltweiten Wettbewerb Vorteile. Diese müssten auch künftig gepflegt werden.

Fachkräftemangel

Möller machte auch deutlich, dass zwar ein Trend zur „Akademisierung“ der Arbeitswelt zu beobachten sei, aber gleichzeitig eine Knappheit an Fach-

kräften im mittleren Qualifikationsbereich prognostiziert würde. Gleichzeitig veränderten sich auch die Bildungsanforderungen vor dem Hintergrund des Wandels der industriellen Produktion (Stichwort Industrie 4.0) in Richtung höher qualifizierter Fähigkeiten.

Obwohl eine hohe Unsicherheit über die Entwicklung der zukünftigen Qualifikationsanforderungen bestehe, sei doch klar, dass man beides benötige: akademische Qualifikationen und Fachkräfte mit anspruchsvoller dualer Ausbildung. Deshalb müsse das Potenzial von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für die duale Ausbildung noch besser erschlossen und die Durchlässigkeit der Systeme der beruflichen und akademischen Ausbildung gefördert werden.

Wolfgang Schröder, Bereichsleiter für Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik bei der IG Metall, setzte sich mit den großen Linien der Gewerkschaftsarbeit auseinander. Kernthese war, dass sich die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Politik seit Beginn der Großen Koalition deutlich verbessert hätten. Hierzu hätte vor allem der gesetzliche Min-

destlohn beigetragen. Dies sei eine Forderung gewesen, für die die Gewerkschaften seit vielen Jahren eingetreten seien.



Wolfgang Schröder: „Annäherung der Großen Koalition an gewerkschaftliche Positionen“

Aber auch in der Rentenpolitik sei eine Annäherung an gewerkschaftliche Positionen erkennbar. Wollten aber die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall ihren politischen Einfluss behalten bzw. ausbauen, so müsste der negative Trend bei den Mitgliederzahlen gestoppt werden. ■

Wolfgang Quaisser



Zeichnung: Tomaschoff

Wiederbelebung eines alten Ideals

Der Ehrbare Kaufmann zwischen Bescheidenheit und Risiko

Das Ideal des Ehrbaren Kaufmanns hat eine lange Tradition. Bei einer Fachtagung der Akademie* diskutierten Wissenschaftler verschiedener Disziplinen Geschichte und Konzept dieses Typs.

In Europa wurden die Tugenden Ehrlichkeit und Verlässlichkeit nachweislich seit dem Mittelalter in Handbüchern für Kaufleute gelehrt. Dieses Leitbild, das das Vertrauen in die Integrität des Handelspartners ins Zentrum rückte, entstand zu einer Zeit, in der Kaufleute Reisende waren, denen man überwiegend mit Skepsis begegnete. Im 15. Jahrhundert gelangten die Kaufleute zu mehr Einfluss und es bildeten sich Handelsmonopole. Die Kaufleute hatten nicht nur bei ihren Geschäftsabschlüssen klare Prinzipien, sondern übernahmen auch Verantwortung für ihre Heimat. Im Zuge der Aufklärung trat die Religion als Grundlage kaufmännischen Ehrverständnisses zugunsten von Vernunft und Moral in den Hintergrund. Mit dem Einsetzen der Industrialisierung wurden jedoch die Tugenden des ehrbaren Kaufmannes relativiert.

Diese langen historischen Linien gilt es zu verstehen, um in einer von Finanz- und Wirtschaftskrise geprägten Zeit sich auf das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns wieder intensiver zu besinnen. Schwerpunkte der interdisziplinär und international angelegten Tagung waren Kulturvergleiche unterschiedlicher Konzeptionen des Ehrbaren Kaufmanns zunächst in Literatur und Theater. So porträtierte Christian von Tschilschke (Universität Siegen) den Kaufmann in Gogols Roman „Die toten Seelen“ von 1842 als dubiosen Geschäftsmann mit ausgeprägtem Geschäftssinn und amoralischen, unheimlichen Eigenschaften. Dabei zog er eine Parallele zwischen dem Roman

des 19. Jahrhunderts und den Finanzkrisen der Gegenwart, da sich beides sowohl durch die Klage über unersättliche Gier als auch durch kaum mehr kontrollierbare Mechanismen auszeichne.

Bei einem historischen Streifzug wurde das Bild des Kaufmanns vom 15. Jahrhundert bis zur aktuellen Globalisierung skizziert. Detlef Aufder-

Einklang zu bringen. Deirdre McCloskey, eine der international bekanntesten Wirtschaftshistorikerinnen aus den USA, machte deutlich, dass es die veränderte Wirtschaftsethik des aufkommenden Bürgertums in Nordwesteuropa des 16. und 17. Jahrhundert gewesen sei, die dem Kapitalismus in Europa zum Durchbruch verhalf.

Einen Kontrast bildete der Referent Shan Chun aus Peking, der „Business Ethics in Honesty as Social Assets in Confucianism“ beleuchtete. Die westliche Sicht übernahm Jacob Dahl Rendtorff aus Kopenhagen, indem er skandinavische Perspektiven des Ehr-



*Inbegriff hanseatischer Kaufmannstradition: die Hamburger Speicherstadt
Foto: Thomas Wolf, www.foto-tw.de*

heide (Hamburg School of Business Administration) sprach über die hanseatische Tradition, und die Historikerin Mechthild Isenmann (Universität Leipzig) griff beispielhaft die oberdeutschen Städte Nürnberg und Augsburg heraus. Im 15. und 16. Jahrhundert versuchten Kaufleute, das Streben nach ökonomischem Erfolg und Idealvorstellungen wie Ehre, Freundschaft und Frieden mit der Realität in

baren Kaufmanns vorstellte; der „businessman“ steht demzufolge eng mit dem Konzept der Integrität in Verbindung. In Skandinavien spielen dabei Transparenz, Solidarität, Nachhaltigkeit sowie die protestantische Ethik eine wichtige Rolle. Verhandlungen, Selbstregulierung und Zurückhaltung bei der Verkündung von Erfolgen seien wichtige Schlagworte dieser Auffassung. Rendtorff betonte, dass sich ein ehrbarer „businessman“ heutzutage durch eine „unternehmerische Gesellschaftsverantwortung“ definiere. ■

*Barbara Freymüller
Wolfgang Quaisser*

* In Kooperation mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der TU München (Christoph Lütge) und dem Romanischen Seminar der Universität Münster (Christoph Strosetzki)

Fundamente sozialer Marktwirtschaft in der Globalisierung

Die Soziale Marktwirtschaft gilt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Garant für Demokratie und Wohlstand in Deutschland. Ein in Stein gemeißeltes ordnungspolitisches Modell ist sie jedoch nicht. Immer wieder waren Anpassungen – zuletzt durch die Agenda 2010 – nötig, damit möglichst jeder seines Glückes Schmied bleiben kann. Diese Reformfähigkeit ist ein wichtiger Grund dafür, warum Deutschland auch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise beinahe unbeschadet überstanden hat und sich als Stabilitätsanker in Europa erweist. Beim „9. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung: Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft“ debattierten die Gäste einer Tagung der Akademie in Würzburg ethische und geschichtliche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.

Nils Goldschmidt (Universität Siegen) und der Wirtschaftsethiker Christoph Lütge (Inhaber des Peter-Löschner-Stiftungslehrstuhls an der TU München) beschäftigten sich mit der Ethik der



Nils Goldschmidt: „Es geht nicht nur um die Milderung sozialer Ungleichheit, sondern auch um soziale Beteiligung“
Fotos: Haas

Sozialen Marktwirtschaft – die letztlich dafür sorgen soll, möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft am Wirtschaftsleben zu beteiligen und sozial abzusichern. Es gehe allerdings – so Goldschmidt – nicht nur um die Milderung sozialer Ungleichheit und materieller Armut, sondern auch um soziale Beteiligung oder Inklusion. Politische Konzepte ließen sich daraus insofern

ableiten, als möglichst eine frühe Förderung der individuellen Fähigkeiten erfolgen solle. Zudem sollte vermittelt werden, dass breite Bildungschancen vom sozialen Umfeld als realistisch und erstrebenswert angesehen werden. Segregation einzelner sozialer Gruppen (u.a. von Einwanderern) sollten in der Stadtentwicklungspolitik vermieden werden. Zudem gelte es in Deutschland eine Kultur des Scheiterns mit der Chance eines Neubeginns zu entwickeln.

Veraltete Kategorien

Lütge stellte das Modell des ehrbaren, nach wirtschaftsethischen Prinzipien handelnden Kaufmanns vor. Unsere ethischen Kategorien, mit der wir diesen Kaufmann aber beurteilen, hinken der modernen Wirtschaftswelt hinterher und müssen grundlegend anders konzipiert werden. Eine Individualethik, die auf das moralische Verhalten des Einzelnen ziele, reiche angesichts unserer dynamischen arbeitsteiligen Welt nicht mehr aus. Gefragt ist vielmehr eine Ordnungsethik, die Rahmenbedingungen und Regeln so setzt, dass die einzelnen Akteure ein gesellschaftlich akzeptiertes faires Verhalten an den Tag legen. In der modernen Welt, ist der Wettbewerb um Geld, Arbeitskräfte und Marktführerschaft nun einmal

unumgänglich. Der „Homo oeconomicus“ diene bei den entsprechenden Rahmenbedingungen nicht nur seinem Eigeninteresse, sondern diene



Christoph Lütge: „Eine Individualethik reicht angesichts unserer dynamischen arbeitsteiligen Welt nicht mehr aus“

auch dem Gemeinwohl. Der Wettbewerb führe auch zu Kreativität, Disziplin, Selbstverwirklichung und der Zerstörung von Machtzentren. Was aber ist mit der Moral? „Sie wird in die Regeln der Wirtschaft eingebaut. Der Wettbewerb findet in Spielzügen statt“, meinte Lütge: „Der ehrbare Kaufmann hat nicht ausgedient. Aber er wird in der globalisierten Wirtschaft vor allem durch strukturelle Maßnahmen und weniger durch persönliche Tugenden umgesetzt.“

„Produktive Ordnungspolitik“

Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser von der Universität Bielefeld erläuterte, dass das erste Modell der Sozialen Marktwirtschaft bereits um 1930 entstanden sei, damals noch mit dem Etikett „Reformliberalismus“ und immer unter dem Verdacht, sich dem nationalsozialistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystem anzu-



biedern. Was dann nach dem Zweiten Weltkrieg unter Ludwig Erhard geschah, bezeichnet Abelshauser als „produktive Ordnungspolitik“: Der Staat schaffte es, gleichzeitig einen Rahmen für ein soziales System der Produktion zu entwickeln und die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig zu machen.

Dass infolge des Korea-Kriegs Verbände und Gewerkschaften mehr Macht entwickelten und ein aufgeblähter Sozialstaat nach Adenauers Willen entstand, hatte aber zur Folge, dass sich auch die Vorstellungen von einer Sozialen Marktwirtschaft weiter entwickeln mussten.

Abschied von Erhard

Doch welche Bedeutung hat das Denken Erhards heute tatsächlich noch? Dies thematisierte Horst Friedrich Wünsche, der selbst fünf Jahre lang



Horst Friedrich Wünsche: „Die heutige Politik agiert nicht marktwirtschaftlich“

für Erhard gearbeitet hat und zwischenzeitlich die Ludwig-Erhard-Stiftung leitete. „Die Wirtschaftspolitik seit Erhards Rücktritt als Bundeskanzler zielt nicht mehr auf Wohlstand für alle, sondern auf Wirtschaftswachstum“, meinte Wünsche. Um die versprochenen „blühenden Landschaften“ zu realisieren, war zunehmend eine staatliche Interventionspolitik nötig, die aber in der weltweit vernetzten Wirtschaft wenig Wirkung zeigte und bei der immer weniger Beitragszahler mit ihren Abgaben immer mehr Personen absichern mussten. Kurz: „Die heutige Politik

agiert nicht marktwirtschaftlich.“ Im Sinne Ludwig Erhards, der nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem die Eigeninitiative der Menschen im Blick hatte, sei das nicht. Abelshauser ergänzte dies mit Überlegungen, eine solche „produktive Ordnungspolitik“ im europäischen Rahmen zu verwirklichen.

Die Vorstellung, die anderen EU-Mitgliedsstaaten müssten dem deutschen Modell folgen, um erfolgreich zu sein, sei abwegig und würde auch abgelehnt werden. Da unterschiedliche Wirtschaftskulturen (nicht mit Mentalitätsunterschieden zu verwechseln) in Europa vorzufinden seien, müsse sich die Ordnungspolitik darauf einstellen, jene komparativen Vorteile zu unterstützen, mit denen die einzelnen Länder weltweit erfolgreich den Wettbewerb bestehen könnten. Wer eine solche Politik umsetzen könne, also EU-Kommission oder die Nationalstaaten, blieb ungeklärt.



*Ludwig Erhard entwickelte seine soziale Marktwirtschaft vor der Globalisierung
Foto: Nationaal Archief (NL)*

Eine intensive Diskussion darüber, ob die Soziale Marktwirtschaft ausreichend sozial ist, entwickelte sich nach dem Vortrag des früheren Akademiedozenten Peter Hampe.

Hohe Ansprüche

Er meinte, dass gerade die Deutschen besonders hohe Ansprüche stellen – und daher soziale Faktoren der eigenen Wirtschaftsordnung gerne unterschätzen. So sind in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands die Sozialausgaben ständig gestiegen und sie betragen nunmehr über 30 Prozent des Sozialprodukts. Zwar habe sich

auch die Einkommensungleichverteilung vergrößert, aber Deutschland bewege sich im europäischen Vergleich eher im mittleren Bereich. Die teilweise negative Perzeption des deutschen Modells als unzureichend sozial basiere vor allem auf der steigenden Arbeitslosigkeit. Seit den 70er Jahren habe die strukturelle Arbeitslosigkeit zu- und das Wirtschaftswachstum abgenommen. Es sei – auch wegen dramatischer demographischer Tendenzen – ein erheblicher Reformbedarf, insbesondere am Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen, entstanden. Nur langsam seien Reformmaßnahmen in Gang gekommen, doch hätten sie die deutsche Wirtschaftsordnung erneut verändert. Dies gelte vor allem für die Rentenreformen und Hartz-Gesetze. Während kurz nach Einführung der Reformen das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft zurückging, sei es mit deren Erfolgen und der relativ guten Wirtschaftsentwicklung nach der Finanzkrise 2008 wieder gestiegen.

Radikale Reformer

Ob und wie die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft in Osteuropa vor und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs rezipiert wurden, erklärte Piotr Pysz (Hochschule für Finanzen und Management Bialystok). Deutlich wurde, dass insbesondere für die radikalen Reformer in Polen und Ungarn mehr das angelsächsische Modell der freien Marktwirtschaft „ohne Adjektiv“ (Vaclav Klaus) als Orientierung diene. Erst langsam entwickelt sich das Interesse an dem deutschen Modell. Pysz stellte Ergebnisse einer aktuellen Studie vor; demnach sei der Transformationsprozess hin zur freien Wirtschaft in Polen trotz unruhigerer politischer Bedingungen (deutlich mehr Wechsel von Regierungen, Regierungschefs und Finanzminister als in Deutschland) besser verlaufen als in der ehemaligen DDR. Kritisch angemerkt wurde, ob nicht die Rahmenbedingungen für solche Vergleiche zu unterschiedlich seien und es sich hier um einen Äpfel-und-Birnen-Vergleich handle. ■

Sebastian Haas / Wolfgang Quaisser

„Die Krise ist noch nicht vorbei“

Alois Müller, Präsident der Hauptverwaltung der Bundesbank in Bayern, sieht aber keine Gefahr der Deflation

Akademie-Report: *Um die Europäische Staatsschuldenkrise ist es merklich ruhiger geworden. Ist sie bereits überwunden, und welche Rolle spielt hierbei die europäische Geldpolitik?*

Müller: Auf den ersten Blick könnte man tatsächlich den Eindruck gewinnen, die Krise sei bereits vorüber. So sind die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der Problemländer gegenüber deutschen Bundesanleihen beträchtlich zurückgegangen, mittlerweile sind Zinsaufschläge erreicht, die zum Teil sogar niedriger sind als vor Ausbruch der Staatsschuldenkrise. Wir sollten uns aber nichts vormachen: Die Krise ist noch nicht vorbei. Es liegt noch eine beträchtliche Wegstrecke vor uns, damit der Euroraum dauerhaft stabiler wird.

Dass sich die Situation vordergründig beruhigt hat, liegt sicher nicht unwesentlich daran, dass die Geldpolitik „geliefert“ hat. So hat das Eurosystem in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Maßnahmen, etwa Leitzinssenkungen und großzügiger Liquiditätsversorgung des Bankensystems, seinen Teil zur Beruhigung beigetragen. Dass in Krisenphasen auch die Zentralbanken gefordert sind, ist unbestritten, daher waren und sind diese „unkonventionellen“ Maßnahmen gerechtfertigt. Wir sehen es aber kritisch, wenn die Geldpolitik bei ihrem Stabilisierungsbemühen ins Schleptau der Finanzpolitik gerät und mit ihrem Tun die Anreize zu solidem Wirtschaften untergräbt.

Letztlich – ich denke, das ist allen Beteiligten klar – liegt der Schlüssel zur nachhaltigen Überwindung der Krise nicht beim Eurosystem, sondern bei der Politik. Lassen Sie es mich mit einem Vergleich ausdrücken: Mit der Geldpolitik ist es ein bisschen wie mit einem Schmerzmittel – es nimmt die Symptome, ist aber keine Ursachentherapie.

Zur Person: 1953 geboren in Legau. 1974 Abitur. 1974 – 1976 Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Memmingen mit Abschluss Bankkaufmann. 1976 – 1981 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz mit Abschluss Diplom-Volkswirt. 1981 – 1983 Referendariat bei der Deutschen Bundesbank mit Prüfung für den höheren Bankdienst. 1984 – 1985 Gruppenleiter „Kooperation von Zentralbanken der Europäischen Gemeinschaft“ des Zentralbereichs „Internationale Beziehungen“ bei der Deutschen Bundesbank. 1985 Stellvertretender Direktor bei der Landeszentralbank in Hessen. 1986 – 1999 Verschiedene Funktionen als Hauptgruppenleiter bzw. Referent im Zentralbereich „Internationale Beziehungen“ bei der Deutschen Bundesbank. 1999 – 2009 Leiter des Europa-Sekretariats bei der Deutschen Bundesbank. Seit 2009 Präsident der Hauptverwaltung in Bayern.



Alois Müller: „Eine flexiblere Auslegung der gerade erst gehärteten fiskalpolitischen Regeln ist sicher keine Lösung“ Foto: Bundesbank

Wie schätzen Sie die Konjunkturlage in Europa ein und hat die Geldpolitik angemessen hierauf reagiert?

Sie spielen vermutlich auf die jüngsten Beschlüsse des EZB-Rats vom Juni und September an, bei denen der Leitzins erneut gesenkt wurde und weitere unkonventionelle Maßnahmen beschlossen wurden, etwa gezielte lang-

fristige Refinanzierungsgeschäfte oder ein Ankaufsprogramm für Kreditverbriefungen. Diese sind als Reaktion auf die derzeit zweifellos sehr schwierige Lage zu verstehen. Die Wirtschaftsaktivität im Euroraum ist infolge der Finanz- und Staatsschuldenkrise stark eingebrochen und erholt sich nur schleppend. Die schwache Wirtschaftsentwicklung ist außerdem mit einem sehr geringen Preisdruck verbunden. Allerdings – und das möchte ich betonen – besteht derzeit keine signifikante Deflationsgefahr. Vor diesem Hintergrund hätte der EZB-Rat auch zu der Einschätzung gelangen können, dass der geldpolitische Handlungsdruck nicht so stark ist, nach den Juni-Beschlüssen schon im September eine neue Runde weitgehender Lockerungsmaßnahmen einleiten zu müssen.

Schließlich darf bei geldpolitischen Überlegungen nicht ausgeblendet werden, dass von einer lang anhaltenden, sehr expansiven Geldpolitik auch Gefahren ausgehen. Dazu zählen die Gefahr, dass die Politik in ihren Reformanstrengungen nachlässt, und die Gefahr, dass die Anleger auf der Suche nach Rendite übermäßige Risiken eingehen. Beide könnten die Finanzstabilität erneut gefährden.



Würde eine Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Konjunktur in Südeuropa helfen?

Eine flexiblere Auslegung der gerade erst gehärteten fiskalpolitischen Regeln, wie mancherorts vorgeschlagen, ist sicher keine Lösung. Die Krise hat doch gerade gezeigt was passiert, wenn Regeln zu locker interpretiert bzw. sogar missachtet werden. Wünsche nach einer Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts oder – wenn ich das hinzufügen darf – nach einem schwächeren Euro-Wechselkurs sind Scheinlösungen, die nicht tragen. Um die Wachstumskräfte in den Problemländern nachhaltig zu stärken, führt kein Weg an Strukturreformen und der Konsolidierung der Staatshaushalte vorbei.

Wie schätzen Sie die bisherigen Reformserfolge in den europäischen Problemländern ein?

In den Ländern, die stark im Fokus der Krise gestanden haben, ist bereits sehr viel passiert. Dort zeigen sich zum Teil deutliche Erfolge, zum Beispiel in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit oder in der Rückführung der Haushaltsdefizite. Es darf aber nicht vergessen werden, dass hinter der Krise sehr tiefgreifende, strukturelle Ungleichgewichte stehen, die sich über

lange Zeit aufgebaut haben. Diese Ungleichgewichte abzubauen, wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Wenn Sie das mit einem Marathon vergleichen wollen, dann befinden wir uns irgendwo in der Halbzeit. Die Ziellinie ist noch nicht überschritten. Nach wie vor ist in vielen Ländern die Staatsverschuldung und mitunter auch die private Verschuldung zu hoch, und einige Staaten leiden noch immer unter hoher Arbeits-

„Die derzeitige Phase der ultralockeren Geldpolitik darf nicht länger dauern als unbedingt nötig.“

losigkeit. Und: Es gibt Länder wie Frankreich und Italien, die in der Krise nicht so stark im Fokus standen und die daher den Reformbedarf eher später erkannt haben. Hier zeichnen sich erst seit kurzem Schritte in die richtige Richtung ab. Es ist wichtig, dass die dortigen Regierungen diesen Weg weitergehen.

Die deutschen Sparer sind mit den niedrigen Zinsen unzufrieden. Werden in absehbarer Zukunft die Zinsen wieder steigen?

Ich kann den Ärger der Sparer durchaus verstehen. Es ist nicht schön, wenn die Verzinsung auf die Geldanlage niedrig ist und mitunter sogar die – gegenwärtig allerdings sehr geringe – Inflation nicht mehr ausgleicht. Man darf aber nicht vergessen, dass die Geldpolitik derzeit auf eine außergewöhnliche Situation reagiert und insofern in ihrer expansiven Ausrichtung angemessen ist. Im Übrigen ist es ja auch so, dass wir Bürger nicht nur Sparer sind. Wir sind auch Häuslebauer und als solche profitieren wir derzeit von den sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. Und wir sind auch Arbeitnehmer und profitieren davon, dass Unternehmen sich momentan sehr günstig finanzieren können.

Man muss also mehrere Aspekte im Blick haben. Entscheidend ist aber natürlich, dass eine Phase sehr expansiver Geldpolitik, wie wir sie im Moment erleben, nicht länger andauert als unbedingt notwendig, um Geldwertstabilität zu sichern.

Aktien- und Immobilienpreise sind dagegen stark gestiegen. Handelt es sich um Blasen oder eine nachhaltige Entwicklung?

Die Aktien- und Immobilienpreise haben in der jüngeren Vergangenheit in der Tat merklich zugelegt. Ich sehe aber noch keine ungesunde Entwicklung im Sinne einer „Blase“, die zu platzen droht. Wenn wir beispielsweise den Immobilienmarkt in Deutschland betrachten, so zeigen unsere Analysen zwar in einigen Großstädten durchaus Überbewertungen um 20 bis 25 Prozent. Aber wir haben eben keine flächendeckenden Preissteigerungen, und – was ebenfalls Kennzeichen einer Blase wäre – wir sehen keine ungesunde Entwicklung der Immobilienkredit-Vergabe der Banken. Aber natürlich gilt es, die Situation weiter aufmerksam zu verfolgen.

Wie uns die Vergangenheit gelehrt hat, kann eine über längere Zeit sehr expansive Geldpolitik – also niedrige Zinsen und reichlich Liquidität – zu gefährlichen Übertreibungen an den Finanz- und Assetmärkten führen.



Die Europäische Zentralbank wacht über die Stabilität der europäischen Gemeinschaftswährung
Foto: wikimedia commons



Daher kann ich nur wiederholen: Die derzeitige Phase der ultralockeren Geldpolitik darf nicht länger dauern als unbedingt nötig.

Ist das deutsche und europäische Finanzsystem stabilisiert und welche Rolle spielt dabei die gerade beschlossene europäische Bankenunion?

Wir sind heute deutlich weiter als noch vor fünf, sechs Jahren. Die Banken in Europa sind besser kapitalisiert und auch in regulatorischer Hinsicht hat sich seit der Finanzkrise vieles getan, global wie auch in Europa. Ich verrate aber sicher kein Geheimnis, wenn ich feststelle, dass es in einigen Bankbilanzen immer noch Risiken gibt, die den Aufsehern Sorgen machen. Deshalb glaube ich, dass wir in Europa dringend einheitliche hohe Standards in der Bankenaufsicht benötigen.

Und genau das ist ja das Ziel der Bankenunion. Die gemeinsame Bankenaufsicht als erste Säule der Bankenunion wird Anfang November auf die EZB übergehen. Ab dann wird die EZB für 120 große, systemrelevante Banken in Europa direkt die Beaufsichtigung übernehmen, für die übrigen rund 3.500 europäischen Institute wird sie einheitliche Standards vorgeben, die die nationalen Aufsichtsbehörden zu beachten haben.

Die Bankenunion sieht aber nicht nur eine einheitliche Bankenaufsicht vor, sondern auch einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus, der gewährleisten soll, dass künftig nicht mehr die Steuerzahler in Europa für Bankschief-lagen haften. Die Strukturen hierzu sind im Grundsatz beschlossen, die Entscheidungsmechanismen sollen ab 2016 einsatzfähig sein. Die Bankenunion kann also ein wichtiges Instrument sein, den Bankenmarkt in Europa sicherer und stabiler zu machen. Allerdings mache ich keinen Hehl daraus, dass die Ansiedelung der europäischen Aufsicht bei der EZB nicht optimal ist. Wenn geldpolitische Entscheidungen von aufsichtlichen Erwägungen beeinflusst würden, wäre das sicher eine erhebliche Belastung für die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik.



Die Zentrale der europäischen Währungshüter: der Euro-Tower in Frankfurt am Main
Foto: Dirk Schneider / wikimedia commons

Wird der Einfluss der Bundesbank auf die Entscheidungen der EZB zurückgehen, wenn der Bundesbankpräsident Jens Weidmann wegen des Eurobeitritts Litauens künftig nicht mehr bei jeder Sitzung des EZB-Rats stimmberechtigt ist?

Sie zielen auf das sog. Rotationsverfahren ab, das mit dem Beitritt Litauens im nächsten Jahr in Kraft tritt und das vorsieht, dass nicht mehr jeder Notenbankpräsident zu jeder Zeit im EZB-Rat stimmberechtigt sein wird. So wird beispielsweise der Präsident der Deutschen Bundesbank nur mehr bei vier von fünf Sitzungen sein formales Stimmrecht ausüben dürfen. Den von Ihnen befürchteten Einflussverlust der Bundesbank sehe ich aber nicht.

Auch wenn ein bestimmter nationaler Notenbankgouverneur gerade kein Stimmrecht ausübt, kann er sich an der Aussprache im EZB-Rat beteiligen. Dadurch können weiterhin Sachargumente in die Diskussion eingebracht werden.

Die allermeisten Entscheidungen im EZB-Rat werden ohnehin nach dem Konsensprinzip getroffen, d.h. man tauscht sich aus und einigt sich, ohne dass es zu einer formalen Abstimmung kommt. Die Diskussion ist also entscheidender als die formale Abstimmung. Die Stimme des Bundesbankpräsidenten wird weiterhin ein großes Gewicht haben. ■

*Die Fragen stellte
Wolfgang Quaisser*

China – die gebremste Supermacht?

Die Volksrepublik China steht vor gewaltigen außen- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen: Territorialdispute mit Nachbarstaaten, Abhängigkeit von Rohstoffimporten, innere Unruhen, Arbeitslosigkeit, Inflation und Umweltzerstörung. Kann der „chinesische Traum“ die Bevölkerung überzeugen? Bleibt China regionale Großmacht oder ist es auf dem Weg zur neuen Supermacht?

Hans van Ess, Sinologe an der Universität München, erläuterte Kontinuitäten in der chinesischen Machtkultur. Die Tradition chinesischer Kaiser, Regierungsdevisen auszurufen, wurde von Staats- und Regierungschefs der Volksrepublik fortgeführt



Hans van Ess: Mittelschicht im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit

und findet sich auch im heutigen China. Nach Deng Xiaopings „Vier Modernisierungen“ (der Landwirtschaft, der Industrie, der Wissenschaft und des Militärs) in den 1980er Jahren entwickelte Präsident Jiang Zemin (1993 bis 2003) die „Drei Repräsentativen“: Die Kommunistische Partei Chinas vertritt die fortschrittlichen Produktivkräfte (einschl. Unternehmer), die fortschrittliche Kultur und die Interessen der Mehrheit der chinesischen Bevölkerung.

Unter Präsident Hu Jintao (2003 bis 2013) lautete das Regierungsmotto „Harmonische Gesellschaft“. Im Hintergrund stand die Notwendigkeit wachsende gesellschaftliche Risse

und soziale Ungleichgewichte abzufangen. Van Ess betonte, dass diese Identitätskonstruktion an Konfuzianische Tradition anknüpft.

Im Gegensatz zu früheren Regierungsdevisen, die den erfolgreichen sozialistischen Vielvölkerstaat propagierten, schließen Rückgriffe auf Konfuzius allerdings chinesische Minderheiten (Mongolen, Mandschus, Tibeter) aus. „Der chinesische Traum“ des neuen chinesischen Präsidenten Xi Jinping erlaubt ebenfalls den Rückblick auf historische Vorbilder und lässt bemerkenswert großen Interpretationsspielraum. Im Zentrum der Aufmerksamkeit der politischen Führung steht im China des 21. Jahrhunderts eine „neue“ Klasse: Chinas Mittelschicht.

Reformen zur Systemstabilisierung

Nele Noesselt vom Institut für Asienkunde des Global Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg erläuterte gesellschaftspolitische Debatten in China.

Die chinesische Gesellschaft ist fragmentiert, gilt als hybride Gesellschaft mit vielen und neuen Akteursgruppen. Die Beobachtung der Internetaktivität ist eine Methode, um die Vielschichtigkeit der Gesellschaft abzubilden. Die Gestaltung der Politik wird durch Diskussionen in der politischen Führung geprägt. Hier, so Noesselt, ist der Umgang mit Freiheits- und Revolutionstheorien entscheidend, wonach mehrere aufeinander folgende Revolutio-

nen eine geordnete Freiheit unmöglich machen. Die Parteikongresse vor einem Regierungswechsel bestimmen die Politik der folgenden beiden Regierungsperioden maßgeblich. Die



Nele Noesselt: relativ freie Diskussion über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen

unausgewogene Entwicklung, die sozialen Ungleichgewichte und die Entfremdung zwischen Partei und Bevölkerung zwingen die Führung der Kommunistischen Partei in China, sich Kritik zu stellen.

Die neue Führungsgeneration in China nimmt Reformen als notwendiges Element der Systemstabilisierung ernst und erlaubt eine relativ freie Diskussion über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen. Zentralregierung und Parteiführung sind in (Internet-)Debatten über die Korruptionsbekämpfung allerdings tabu: Korruption darf nur auf lokaler und Provinzebene diskutiert werden. Das Politbüro der KP bleibt über und außerhalb des Rechtssystems.

Chinas Zukunftsfähigkeit, so Noesselt, würde durch Maßnahmen wie eine Reform der Bodennutzungsrechte, die Korruptionsbekämpfung und eine Stärkung des Rechtssystems gestärkt. Kosten und Aufgaben dürften allerdings nicht an Kommunen und Städte abgewälzt werden.



Nicht-Intervention und Multipolarität

Die Entwicklung konkurrierender Ordnungsvorstellungen hat in der Volksrepublik China Tradition. Auf die Übernahme sowjetischer Modelle folgte die „Sinisierung“ verschiedener sozialistischer Theorien durch Mao. Nach 1978 stellte sich die Notwendigkeit, „China in der Welt zu verorten“ so Noesselt. Die Beschäftigung mit westlichen Konzepten der internationalen Politik führte zu Identitätsfragen und der Notwendigkeit, ein eigenes chinesisches Theoriesystem zu entwickeln. Beispiele sind der „Friedliche Aufstieg“ eines sozialistischen Staats in einer globalen Welt und die konfuzianisch inspirierten Handlungskonzepte der „Harmonischen Gesellschaft“. Verschiedene Rollen und Identitätsebenen werden nach außen und innen unterschied-

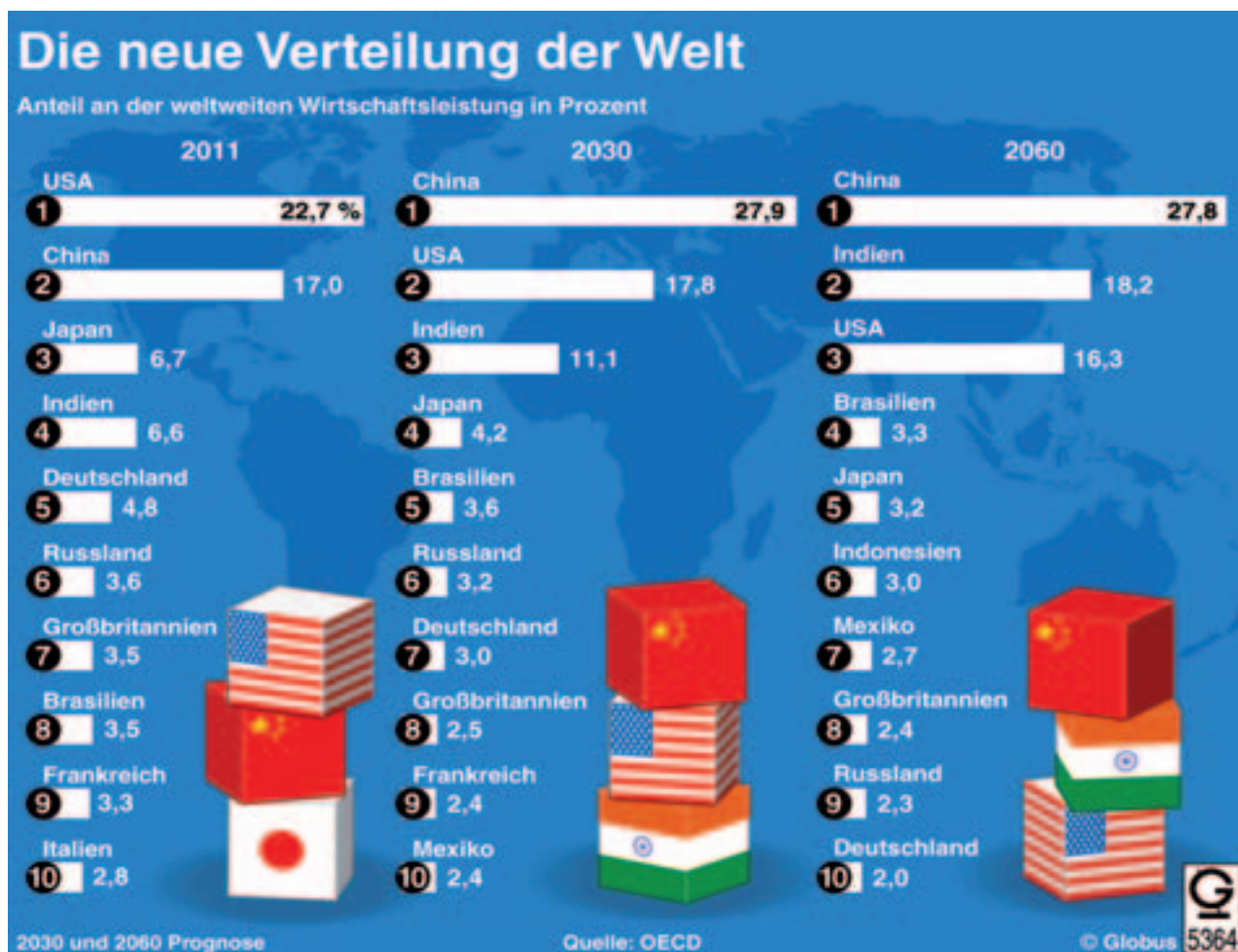
lich verwendet. Außenpolitisch spielt der Sozialismus keine Rolle, es werden konfuzianische Elemente kommuniziert. China sieht sich als neuer Typ von Großstaats-Akteur, der auf Nicht-Intervention und Multipolarität besteht.

Markus Taube (Universität Duisburg-Essen) betrachtet die Wachstumschwelle in China kritisch: „Die Welt geht nicht unter, wenn Chinas Wirtschaftswachstum unter sieben oder sechs Prozent sinkt, auch nicht, wenn die USA nicht mehr die größte Volkswirtschaft sind.“ Ein Grund sei die Bevölkerungsentwicklung: Bald brauche China kein zusätzliches Wachstum, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Nach der internationalen Wirtschaftskrise brachte die Erholung 2010 eine reduzierte Wachstumsdynamik. Braucht China aber dieses hohe

Wachstum? Ist eine Umstrukturierung nicht notwendiger, fragte Taube. Chinas demographische Dividende wird zur Bürde: Die erwerbsfähige Bevölkerung sinkt, die Arbeitskosten steigen. China sei nicht mehr die „Werkbank der Welt“, das Wirtschaftsmodell müsse geändert werden. Der Abbau von Überkapazitäten und von fehlgeleiteten Neuinvestitionen ist eine notwendige Maßnahme. Allerdings funktioniert es nicht, Druck auf lokale Verwaltungen und Provinzregierungen auszuüben. Die Angst um Arbeitsplätze sei zu groß. Die Zentralregierung müsste Milliardensummen in die Provinzen pumpen.

Es sei nicht zu verhindern, dass China langsamer wächst, so Taube. Die Entwicklung neuer und eigener Modelle und Institutionen sei notwendig, aber mit hohen ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten verbunden. ■

Saskia Hieber



Die Gewichte in der Weltwirtschaft werden sich in den kommenden fünfzig Jahren drastisch verschieben. China und Indien werden den Rest der Welt abhängen, die derzeitigen Wirtschaftsriesen wie die USA und Deutschland werden auf hintere Plätze verwiesen

Neue Konjunktur alter Werte

Michael Spieker war auf dem Konfuzius-Kongress in Peking

Konfuzius ist im Kommen. Stand er im kommunistischen China zunächst als Chiffre für feudale Traditionen und verknöcherte Verhältnisse, die überwunden werden sollten, so wird der „Konfuzianismus“ seit nun schon 30 Jahren zunehmend als Topos für die kulturelle Eigenart und Größe Chinas propagiert. Ein Zeugnis dessen sind die in der ganzen Welt durch die chinesische Regierung geförderten Konfuzius-Institute. In Deutschland als sogenannte „An-Institute“ an Universitäten angegliedert dienen sie dem Erlernen der chinesischen Sprache und der Vermittlung chinesischer Kultur. Sie erfüllen aber auch ein eindeutiges machtpolitisches Interesse der chinesischen Regierung, denn sie sollen China zum Wachstum seiner „soft power“ verhelfen. Als „soft power“ beschrieb der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye die Fähigkeit, den eigenen Willen statt durch Zwang oder Bezahlung durch Attraktivität durchzusetzen.

Auch auf wissenschaftlichem Niveau wird die Auseinandersetzung mit der konfuzianischen Tradition wieder gefördert. Die Kulturrevolution hatte nahezu die gesamte Gelehrsamkeit ausgelöscht, offizielle Staats- und Parteiveröffentlichungen nennen dies inzwischen einen Fehler. Im Zuge der wirtschaftlichen Erstarkung und der offensichtlich werdenden sozialen Probleme Chinas gibt es nun eine neue Aufmerksamkeit auf vergessene oder lange Zeit bekämpfte Traditionen – beziehungsweise auf aktualisierungsfähige Ausschnitte daraus.

Präsidiale Aufmerksamkeit

Ende September fand in Peking die 5. internationale Tagung zum Gedenken an den Geburtstag Konfuzius' statt, die zugleich der 5. Kongress der International Confucian Association war. Seit drei Jahren findet in Tutzing ein regelmäßiger Austausch über die deutsche und chinesische Philo-

sophie statt. In diesem Zusammenhang reiste Michael Spieker nach Peking und Qufu, den Geburtsort des Konfuzius.



Der chinesische Traum extraterrestrisch: Jang Zemin beim Gruß in Richtung Weltraum

Die herausragende Bedeutung der konfuzianischen Tradition für die offizielle Identität Chinas wurde bereits am Anfang des Kongresses deutlich. Erstmals

sprach mit Xi Jinping ein Staatspräsident zu solch einem Ereignis. Aufmerksame Beobachter registrierten sogleich, dass er seine Rede streckenweise sogar frei hielt, woraus sie auf die Ernsthaftigkeit des Bezugs auf Konfuzius schlossen.

„Wegweisende Worte“

Sämtliche chinesischen Medien berichteten ausführlich über die „wegweisenden Worte des Führers“ und in den Abendnachrichten war die Rede die erste Nachricht. Auch in den Beiträgen der chinesischen Teilnehmer des Kongresses waren in den kommenden Tagen die Bezugnahmen auf die „wahren und tiefen Worte“ des „klugen Führers“ zahlreich. Ein seit vielen Jahren überall in China propagiertes Leitwort spielte darin eine tragende Rolle: die Harmonie, welche freilich in der Realität oft eher erzwungen als gefördert wird.

In Xi Jinpings Rede wurde sie in der Form der universellen Verwandtschaft aller Menschen und als Recht eines jeden Volkes auf eine selbstbestimmte kulturelle Entwicklung angesprochen. Zugleich stellte er klar, dass „die Werte des chinesischen Volkes, die tief im fruchtbaren Boden der traditionellen Kultur Chinas wurzeln“, nun ihren Ausdruck in der Chinesischen Kommunistischen Partei fänden. So konstruierte er einerseits eine ungebrochene Traditionskette und zugleich den Alleinvertretungsanspruch der Kommunistischen Partei.

Das erscheint nötig, da die konfuzianische Tradition sich durchaus auch als Reservoir für Kritik am gegenwärtigen Zustand des chinesischen Staates eignet. Zudem wird die



konfuzianische Moralphilosophie als Mittel gegen eine weithin wahrgenommene moralische Leere empfohlen. Im rasanten Wandel der chinesischen Gesellschaft haben sich auch die Werte deutlich verändert.

Wo man noch vor 30 Jahren in nachbarschaftlich eng eingebundenen familiären Zusammenhängen lebte, da sind die jungen Menschen nun fortgezogen und besuchen ihre Eltern nur noch einmal im Jahr. In Peking ist dieser Wandel schon an der veränderten Siedlungsform augenfällig. Statt kleinteilig strukturierter Hutongs prägen Hochhäuser das Stadtbild. Auf dem Land bleiben in den Dörfern oft nur noch die Alten zurück.

Wertewandel – Werteverfall?

Auch das wirtschaftliche Wachstum und die Anziehungskraft westlicher Konsum- und Lebensmuster tragen ihren Teil zum Wandel bei. Innerhalb des politischen Systems ist schließlich die weitverbreitete und teils extreme Korruption ein Ausdruck der prekären Situation. Gegen all das sollen nun „konfuzianische Werte“ helfen.

Jenseits der Sonntagsreden gibt es aber auch eine kleine, doch nicht wenig einflussreiche Bewegung der praktischen Rückbesinnung auf Werte und Praktiken des Konfuzianismus. Ein Beispiel dafür ist die Sihai Confucius Academy im Nordosten Pekings. Sie war im Juli auch der Kooperationspartner der Tutzinger Tagung über „Methoden in der deutschen und chinesischen Philosophie“.

Diese Akademie bietet eine sehr traditionelle konfuzianische Erziehung für 3- bis 14-jährige Kinder an und fördert die Erforschung des Konfuzianismus. Im Mittelpunkt der schulischen Erziehung steht das Erlernen des klassischen Kanons. Schon die Kleinsten lernen Stück für Stück auswendig, was vom Meister Konfuzius überliefert ist. Daneben werden Kalligraphie und auch praktische Tätigkeiten wie der (ökologische) Landbau erlernt. Man hofft dadurch Charaktere zu bilden, die sich im späteren Leben an das zu-

nächst unverstanden Erlernende erinnern. Als private Institutionen firmierend, sind derartige Einrichtungen gleichsam Experimentierfelder der staatlichen Erziehungspolitik, in denen erkundet wird, was sich auch für die breite Masse eignet. So sind mittlerweile auch wieder Texte aus den Klassikern in die chinesischen Schulbücher eingezogen. Während man noch vor 30 Jahren das Lesen anhand von Sätzen wie „Ich liebe den Tiananmen-Platz“ erlernte.

Östlicher Reduktionismus

Die Fachkonferenz in Peking, zu der auch eine Reise zur Verehrung des Konfuzius in dessen Heimatort Qufu gehörte, zeigte freilich auch die an-

Seiten respektierter Wissenschaftler, die offenbar allesamt ohne eigene Kenntnis der Vielfältigkeit der abendländischen Tradition sprachen. Denn so sehr es solche Reduktionismen im Westen immer gab, so war auch immer die Kritik daran lebendig. Wie auch der Konfuzianismus keineswegs monolithisch verfasst ist und beispielsweise die Rede von der Harmonie nur ein Ausschnitt einer Lehre ist, die ebenso den Streit und die Notwendigkeit kannte, an Prinzipien der Gerechtigkeit auch gegen alle Widerstände festzuhalten.

Das macht umso deutlicher, wie wichtig der Austausch zwischen chinesischen Philosophen und solchen, die im Reichtum der westlichen Tradition verwurzelt sind, ist. So konnte einige Monate zuvor auf der Tutzinger Ta-



Im Konfuzius-Tempel von Qufu wurde der 2665. Geburtstag mit einer großen Zeremonie begangen
Fotos: Spieker

dere Seite der Suche nach einer neuartigen kulturellen Identität Chinas: nämlich den Versuch der deutlichen Abgrenzung. So war in vielen Vorträgen von dem Unterschied der harmonischen chinesischen zu einer zerstrittenen westlichen Kultur die Rede.

Östliche Ganzheitlichkeit wurde dem westlichen Reduktionismus und der dortigen Trennung von Geist und Materie entgegengestellt und die konfuzianischen Klassiker wurden als Heilmittel empfohlen. Dies alles von

gung in wesentlich differenzierterer Weise über die Verwandtschaft westlichen und östlichen Denkens gesprochen werden. Als besonders fruchtbar erwies sich dazu die Tradition einer dialektisch verstandenen Vernunft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie auch im Unterschied die Einheitlichkeit zu erkennen vermag. ■

Michael Spieker

Umdenken bei der transatlantischen Sicherheitspolitik

Anja Opitz bei einem internationalen Besuchsprogramm in den USA

Etwa 4500 internationale Führungskräfte aus dem Bereich Sicherheit und Verteidigung werden jährlich von den Diplomatischen Vertretungen der USA zu einer mehrwöchigen Reise über die zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart eingeladen. Mehr als 320 aktuelle und ehemalige Staats- und Regierungschefs sowie Spitzenpersonal des öffentlichen und privaten Sektors nahmen bereits an diesem Programm (International Visitor Leadership Program (IVLP)) teil. Im Juni 2014 war unsere wissenschaftliche Mitarbeiterin Anja Opitz, die in der Akademie das Themenfeld Internationale Politik betreut, dabei.

Das Programm wurde 1940 gegründet und zielt auf ein wechselseitiges Verständnis zwischen den USA und ihren Partnern über gemeinsame Themen wie Energiesicherheit, Terrorismusbekämpfung, Konflikte und Demokratisierungswellen im Nahen und Mittleren Osten, die Beziehungen zu Russland und China oder die transatlantische Sicherheitsarchitektur.

In diesem Juni führte das IVLP-Programm mit dem Schwerpunkt „U.S.-European Security Issues. A Regional Project for Europe“ die zwölf europä-

ischen Teilnehmer durch insgesamt sechs Städte: Washington D.C. (District of Columbia), New York (New York), Norfolk (Virginia), San Diego (California), Atlanta (Georgia) und Tampa Bay (Florida). Die Gruppe repräsentierte die Europäische Union in ihrer Vielfalt, denn die Teilnehmer kamen aus den Ländern Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Finnland, Malta, Norwegen, Polen, Slowenien, Spanien, Schweden, Großbritannien sowie aus Deutschland und deckten ein breites Expertenspektrum ab: Politik, Diplomatie und – durch un-

sere Akademie – die Wissenschaft. Dadurch entstanden nicht nur lebhaft und tiefgründige Gespräche und Diskussionen, sondern auch ein Netzwerk für künftige internationale Projekte.

Weckruf für Europa

Die wohl spannendste Frage während der beiden ersten Etappen der Reise in Washington D.C. und New York war jene nach der Beschaffenheit des transatlantischen Verhältnisses und den Konsequenzen der Neuausrichtung U.S.-amerikanischer Außenpolitik für die Europäische Union.

In Gesprächen mit Vertretern des Außen- und des Verteidigungsministeriums wurde schnell deutlich, dass es sich bei dem von Obama verkündeten „pivot to Asia“ um eine gemeinsame, von den USA und Europa getragene Verlagerung außenpolitischer Schwerpunkte in den asiatisch-pazifischen Raum handeln sollte. Die Obama-Administration sieht in der transatlantischen Gemeinschaft das Zentrum im Umgang mit den heutigen globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Einen wichtigen Grund dafür stellen die massiven Kürzungen im U.S.-Verteidigungshaushalt dar, die Obama durch den Senat auferlegt bekam. Sie erfordern ein Umdenken hin zu gemeinsam getragenen und finanzierten Projekten in der Sicherheitspolitik.

Aus dieser Perspektive heraus wird nicht nur der NATO wieder mehr Gewicht zugesprochen, sondern auch der Europäischen Union und hier im Besonderen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Denn diese zeichnet sich gegenüber dem Militärbündnis NATO durch eine weltweit einzigartige Besonderheit aus: Die Europäische Union



Die Teilnehmer des IVLP Programms bei ihrer Home Hospitality

Foto: privat

verfügt sowohl über ein militärisches, als auch über ein zivil-polizeiliches Instrumentarium gemeinsam unter einem Dach. Die USA zeigen großes Interesse an den Missionen und Operationen der EU, denn ihre spezifische zivil-militärische Schnittstelle gibt es in dieser Form in den USA nicht.

Auf Stärken besinnen

Ein derartiger umfassender Ansatz für die Konfliktbearbeitung könnte aber zu einem neuen außenpolitischen Profil der USA heranwachsen. Hier können sich für die Zukunft nachhaltige Synergien ergeben, und zwar genau dann, wenn beide Institutionen, NATO und GSVP, zu einem gemeinsamen Planungsprozess gelangen. Vor allem die verschiedenen Instrumentarien der EU-Außenbeziehungen werden in den USA als starke Fähigkeit betrachtet. So entdeckte Washington im Zuge der Ukraine-Krise in der Sanktionspolitik ein neues Instrument für die eigenen externen Beziehungen. Die EU nahm hier eine Vorbildfunktion ein, die zu einem verstärkten Interesse der USA an der europäischen Außenpolitik führte.

Einem zentralen Wunsch an den Partner Europa wurde in Washington und New York daher mehr als deutlich Nachdruck verliehen: Die Europäer sollten aufhören, allzu oft das Negative an Europa und der EU hervorzuheben. Vielmehr sei es an der Zeit, sich auf seine Stärken zu konzentrieren und diese auszubauen. Das gestärkte außenpolitische Profil der EU, welches sie sich global vor allem durch ihr Handeln in der Ukraine-Krise erarbeitete, wird sehr wohl wahrgenommen und respektiert.

Damit wird die EU immer mehr auch zu einem strategischen Partner für die NATO. Ein Besuch im NATO-Allied Command Transformation (ATC) in

Norfolk, einem der beiden strategischen Hauptquartiere der NATO, bestätigte dieses Bild und zeigte Gemeinsamkeiten im Planungsprozess zwischen EU und NATO sowie Raum für funktionale Kooperationen auf.

Synergien schaffen

So wie die Europäische Union in ihrer Sicherheitsstrategie ein Handeln in einem multilateralen Rahmen fordert, unterstützt auch die NATO den Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten zwischen der NATO, der EU und den Vereinten Nationen. Im Vorfeld des

satzkräfte mit besonderen Fähigkeiten aufzubauen, die in jeder Phase eines Konfliktes einsatzbar wären und damit ein ziviles und militärisches Spektrum abdecken könnten.

Ein Vorbild wolle man sich hier an der EU nehmen und zugleich eng mit den europäischen Staaten zusammenarbeiten. Das Ziel müsse es sein, ineffiziente Strukturen und Duplikationen zugunsten notwendiger Elemente – wie zum Beispiel Programme zum Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen in einem Krisenland – abzubauen. Da die internationale Sicher-



Das Pentagon: Sitz des US-Verteidigungsministeriums

Foto: David B. Gleason / wikimedia commons

NATO-Gipfels 2014 in Wales wurde daher ein Lessons-Learned-Prozess auf den Weg gebracht, der die letzten zwanzig Jahre evaluieren und aus diesen Ergebnissen gemeinsame strategische Handlungsfelder ableiten sollte, für die man entsprechende Synergien aufbauen und nutzen könnte.

Globales Netzwerk

Welche Kooperationsfelder sind denkbar? Diese Frage konnte bei einem Besuch des United States Special Operations Command in Tampa Bay diskutiert werden. Ebenso wie die Europäische Union im Rahmen ihrer GSVP arbeiten auch die USA daran, ein Netzwerk für kombinierte Ein-

heitslage jedoch immer diffuser und dynamischer wird, könne sich die EU nicht länger ausschließlich auf die USA oder die NATO verlassen. Sie ist einmal mehr gefordert, das Konzept des Multilateralismus effektiv umzusetzen und gleichwohl die Unterstützung von internationalen Partnern zuzulassen. Insofern kann der U.S.-amerikanische „pivot to Asia“ von den Europäern auch als Aufforderung verstanden werden: als Ruf nach einem „pivot to reality“ für die Europäische Union. ■

Anja Opitz

Polarisierung im Kongress führt zur Funktionsunfähigkeit

Können die USA noch ein Vorbild sein?

Auch wenn das Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik schon einmal besser war als unter den gegenwärtigen Bedingungen der verschiedenen Ausspähaffären: Die Vereinigten Staaten von Amerika faszinieren Politikwissenschaftler wegen ihrer politischen Stabilität, des ökonomischen Erfolgs und der kulturellen Anziehungskraft. Auch wenn sich das Land gegenwärtig verstärkt mit innenpolitischen Problemen konfrontiert sieht, gelten die USA als modernstes Land der Welt, das enorme Selbstheilungskräfte besitzt. Der Weg der USA aus der Finanzkrise von 2008 und die mittlerweile einsetzende Erholung der Konjunktur zeigen das eindrucksvoll.

verkommen sei. Obama bedauerte, dass Demokraten und Republikaner keine gemeinsamen Entscheidungen mehr bei der Lösung zentraler Probleme finden. Bei allen wichtigen Themen – Haushalt, Verschuldung, Einwanderung und Sozialpolitik – werden gegensätzliche Positionen eingenommen. Keine Seite ist zu Zugeständnissen bereit. Politikwissenschaftler sprechen inzwischen von einem „political gridlock“ (Stillstand, Kollaps).

Deswegen trug das Symposium zu Ehren des scheidenden Direktors der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz e.V., Wolfgang Tönnemann, den Titel „Lessons from America. Was wir politikwissenschaftlich von den USA lernen können“. Es ging um die Frage, inwieweit die USA aus politikwissenschaftlicher Perspektive noch eine Vorbildfunktion für Deutschland einnehmen. Nicht nur im Hinblick auf die aktuellen Spionageskandale durch US-amerikanische Geheimdienste erscheint diese Frage interessant. Auch im Kontext der internationalen Beziehungen erscheint es zunehmend fraglich, ob der globale Führungsanspruch der USA noch gerechtfertigt ist und welche Folgen die innenpolitischen Entwicklungen in den USA für die transatlantische Partnerschaft mit der Bundesrepublik haben.

rungsreform und das Verhältnis zwischen den USA als Supermacht und dem Aufsteigerland China.

Die Anzahl der verabschiedeten Gesetze durch den Kongress ist so gering wie nie zuvor in der US-amerika-



*Präsident Obamas Vermittlungskompetenz wird eher schlecht beurteilt
Foto: White House/Wikimedia commons*

Kompromiss ein „dirty word“

USA-Experten aus ganz Deutschland versammelten sich an der Akademie, um über Einzelaspekte des Themas zu sprechen. So ging es um die zunehmende Polarisierung der Republikaner und Demokraten im Kongress, den Kampf der USA gegen den internationalen Terrorismus, die US-amerikanische Wohlfahrtspolitik, die Einwande-

Schwerpunkt der Analyse war die Suche nach den Ursachen der steigenden Polarisierung der US-amerikanischen Parteien und deren Auswirkung auf die Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Bezeichnend ist eine Rede des US-Präsidenten Obama aus dem Jahr 2011. Darin beklagte er, dass der Kompromiss unter Politikern in Washington zu einem „dirty word“

nischen Geschichte. Der zweiwöchige „government-shutdown“ im Oktober 2013 veranschaulichte das Problem eindrucksvoll. Da sich die beiden Parteien nicht auf die Verabschiedung eines neuen Haushaltsplanes und die Erhöhung der Schuldenobergrenze einigen konnten, mussten die meisten Bundesbehörden für über zwei Wochen ihre Arbeit einstellen. Ein Grund



für solche Blockaden des politischen Systems ist in der strikten Gewaltenteilung („checks and balances“) zu sehen. Dies trifft besonders auf die aktuelle parteipolitische Konstellation zu („divided government“): Obamas Demokraten stellen nicht die Mehrheit im Repräsentantenhaus.

Kollaps und Blockade

Normalerweise lässt sich diese parteipolitische Teilung der Exekutive und Legislative durch parteiübergreifende Zusammenarbeit überwinden. Die Parteien in den USA sind – anders als in Deutschland – mehr lose Wahlvereine als straffe Zusammenschlüsse. Es gibt keine Fraktionsdisziplin. Jüngere politikwissenschaftliche Untersuchungen zeigen allerdings, dass die Geschlossenheit innerhalb der Partei-

en steigt. Das Abstimmungsverhalten der Kongressmitglieder orientiert sich neuerdings viel stärker entlang der Parteilinien als in der Vergangenheit. Eine Mehrheitsfindung durch den Präsidenten wird durch die fehlende Bereitschaft von einzelnen Abgeordneten der Republikaner, über Parteigrenzen hinweg Gesetzesvorhaben zu unterstützen, massiv erschwert.

Unter Politikwissenschaftlern ist dieses Konzept der Polarisierung umstritten. Der empirische Nachweis der beschriebenen Entwicklung fehlt noch. In der Bevölkerung lassen sich kaum Polarisierungstendenzen feststellen, die nicht bereits vor dem „gridlock“ bestanden. Studien lassen zudem vermuten, dass die Polarisierung innerhalb von Parteien zurückgeht. Dem steht die ideologische Polarisierung

zwischen den Parteien gegenüber, die durch die Überrepräsentation einzelner politischer Aktivisten oder Gruppierungen innerhalb der Parteien bedingt ist.

Daneben gibt es weitere Gründe für die Erklärung der aktuellen Situation. So die als schlecht beurteilte Vermittlungskompetenz des Präsidenten. Er kann die streitenden Parteien nicht an den Verhandlungstisch bringen und vom beiderseitigen Gewinn der Zusammenarbeit überzeugen. Oder die Blockadehaltung einzelner Senatoren, die ein Scheitern des Präsidenten ohne Rücksichtnahme auf die Folgen in Kauf nehmen. Auch der Einfluss der Wahlkampfkomitees (Super-PACs), die durch finanzstarke Sponsoren unterstützt werden, darf nicht vernachlässigt werden. ■

Anja Opitz/Christoph Scholl

Holocaust und DDR-Geschichte als Schwerpunkte

Volker Benkert kommt für ein halbes Jahr an die Akademie

Unser Zeithistoriker Michael Mayer wird das erste Halbjahr 2015 auf Einladung der Arizona State University als Visiting Fellow in Phoenix (USA) verbringen. Dort wird er an seinem Forschungsprojekt „Democratization and Emotionalization of Democracy in West-Germany and the USA from 1949 until 1990“ arbeiten. Daneben wird er ein Seminar mit dem Titel „Total War and the Crisis of Modernity“ halten. Von Januar bis Juli 2015 wird Mayer von Volker Benkert (43) vertreten, der in Frankfurt am Main geboren wurde und zuletzt acht Jahre an der Arizona State University als Lecturer gearbeitet hat. Wir stellen den neuen Kollegen im Interview vor.

Akademie-Report: Wo haben Sie Ihre Ausbildung begonnen?

Benkert: Ich bin in Darmstadt zur Schule gegangen. Danach habe ich in Marburg und Bonn Zeitgeschichte und Englisch studiert. Zwischendurch war ich immer wieder zum Studium im Ausland – in Russland, in Schottland und in der Schweiz. Insgesamt zwei Jahre. Nach dem Examen habe ich am

Haus der Geschichte in Bonn und im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig gearbeitet.

Wie ging es dann weiter?

Ich hatte eine Stelle an der Universität Bonn, um an der Promotion zu arbeiten. Mein Doktorvater Uwe Arnold ging dann aber früher in Pension als erwartet. Über die Humboldt-Stiftung

habe ich meine Frau kennengelernt. Sie ist Amerikanerin und Chemikerin und wir sind beide in die USA gegangen. Dort konnte ich Prof. Konrad Jarausch als Doktorvater gewinnen. Er arbeitet an der Universität von Chapel Hill (North Carolina) und an der Universität Potsdam. An der Arizona State University sind meine Frau und ich seit sieben Jahren.

Gab es im Studium schon Schwerpunkte?

Auf jeden Fall die DDR-Geschichte. Darüber habe ich auch meine Examensarbeit geschrieben. Über das Haus der Geschichte hatte ich die Möglichkeit, am Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig zu arbeiten. Von dort konnte ich immer rüber zur „Runden Ecke“ gehen. Das war das ehemalige Stasi-Hauptquartier und ist heute eine Gedenkstätte. Während dieser Zeit entstand auch mein Dissertations-



thema: Wie haben Leute, die um 1970 in der DDR geboren wurden, die Jahre nach 1989 und den Transformationsprozess erlebt? Ich finde die besonders interessant, weil sie ihre Sozialisation noch in der DDR bekommen haben und dann mit dem Sprung ins neue System konfrontiert wurden.

Wie sieht Ihre jetzige Tätigkeit aus?

Als Lecturer muss ich viel unterrichten. Daneben habe ich die Möglichkeit ein neues Holocaust-Museum, das gerade gebaut wird, zu beraten. Und ich arbeite an der Schlussphase meiner Dissertation an der Universität Potsdam. Sie wird wohl zum 25. Jahr der Deutschen Einheit erscheinen.



Volker Benkert ersetzt im ersten Halbjahr 2015 unseren Zeithistoriker Michael Mayer, der für ein halbes Jahr in die USA geht

Foto: Prume

Was unterscheidet den Wissenschaftsbetrieb in den USA vom deutschen?

Der Markt ist viel größer. Das ist ein Riesenunterschied. Es ist viel leichter, eine Stelle zu bekommen.

Unbegrenzte Möglichkeiten?

Manchmal. An guten Tagen.

Was fasziniert Sie dort noch?

Die Flexibilität der Lehrenden hat mich beeindruckt. Manche sind sehr breit aufgestellt. Das wäre in Deutschland so nicht möglich. Hier ist alles spezialisierter und enger.

Sind die US-Professoren mehr Generalisten?

Genau. Sie müssen sehr breit unterrichten und sie publizieren auch so. Ich finde das Review-System sehr gut. Das ist oft hilfreiche Kritik an geplanten Publikationen.

Ihre jetzige Tätigkeit passt ja auch gut zur Arbeit, die Sie hier in der Akademie erwartet.

Ja, ich mache gerne Holocaust-Forschung, bin aber auch in der DDR-Geschichte zuhause.

Gibt es noch ein anderes Lieblingsthema?

In den USA nennen wir das Memory Studies. Das ist die Beschäftigung mit Gedenkkultur; nicht nur, aber auch in den Medien.

Wie kam es zu der Bekanntschaft mit unserem Kollegen Michael Mayer?

Er hatte mich im letzten Jahr zu einer Tagung nach Tutzing als Referenten eingeladen. Vorher kannten wir uns nicht. Er war danach zu einem Vortrag auf der German Studies Conference in Denver. Damals entstand die Idee des Jobtauschs.

Ist Bayern Neuland für Sie?

Ich muss gestehen: Bayern ist Neuland. Ich war vorher noch nie hier.

Was reizt Sie an der Arbeit in Tutzing?

Die Tagungen und Konferenzen sind toll. Für mich ist es eine Riesenvorteil, wieder mit deutschen Kollegen in Kontakt zu kommen.

Geht die Familie mit nach Deutschland?

Meine Frau kommt zusammen mit unseren zwei Kindern – zwei Jungs, 8 und 6 Jahre alt. Die gehen dann hier in die Grundschule in Starnberg. Derzeit ist meine Frau noch in Marseille.

Gibt es für die Kinder ein Sprachproblem?

Nein, die sind zweisprachig aufgewachsen. Mein Ältester war schon ein halbes Jahr in Hessen auf der Schule.

Kennen Sie sich schon ein bisschen aus in Tutzing und Umgebung?

Wir waren schon in Andechs und haben die Romantische Straße und Neuschwanstein besichtigt. ■

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*

Fundierte Beiträge und Berichte

Immer wieder lese ich mit großem Interesse Ihren Akademie-Report. Nicht nur die spannenden und inhaltlich fundierten Beiträge bzw. Tagungsberichte sind es, die ich würdigen möchte, sondern auch die eine und andere Karikatur: Beispielsweise finde ich die gelungene satirische Kommentierung des öffentlichen Diskurses zur sog. Informationsgesellschaft (Tomaschoff-Zeichnung, Report 3-14, S. 3).

Mit besonderem Interesse habe ich zudem den Hinweis von Herrn Curren in dem von Herrn Spieker verfassten Tagungsbericht „Welche Bildung wollen wir?“ (S. 25 f.) zur Kenntnis genommen, dass die Universität Rochester, NY beabsichtige, künftig verstärkt „das Erlernen der für weltweite Verantwortungsübernahme notwendigen Kompetenzen auf dem Wege des ‚Experiential Learning‘ zu ermöglichen“. Diese Intention erscheint mir nicht

nur begrüßenswert, sondern auch durchaus plausibel, denn immerhin können sich die Uni-Kollegen dort an einschlägigen US-amerikanischen Diskurs- und Praxisvorbildern orientieren, nämlich an den civic-education-Diskursen und -Praxen, die experiential learning seit den 1980er Jahren insbesondere mit Bezugnahme auf die „Urväter“ dieser Lernstrategie, John Dewey und David A. Kolb etc., thematisiert bzw. praktiziert haben.

Bleibt zu hoffen, dass, nachdem auch hierzulande die Strategie des erfahrungsorientierten Politik- bzw. Partizipationslernens – wenn auch sehr zögerlich und kleinschrittig – immerhin Eingang in die schulbezogenen Politikdidaktik-Diskurse findet, irgendwann einmal auch die Universitäten, zumindest deren Lehrerausbildungsgänge, erreicht. ■

*Dr. F. Klaus Koopmann
Universität Bremen*

Intensivierung der Politischen Bildung im Vordergrund

Seit September 2014 arbeitet die Studienrätin Barbara Weishaupt (33) als **abgeordnete Lehrkraft** zunächst befristet für ein Jahr an der Akademie. Sie betreut schulbezogene Projekte und kümmert sich um das Themenfeld Bildungspolitik. Wir sprachen mit der neuen Kollegin, die in Regensburg Englisch und Sozialkunde studiert hat.

Akademie-Report: *Wo sind sie aufgewachsen und zur Schule gegangen?*

Weishaupt: Aufgewachsen bin ich auf einem Pferdehof in Jettingen, zwischen Augsburg und Ulm. Und Abitur habe ich an einer kleinen Klosterschule gemacht. Danach habe ich erstmal gearbeitet, um mir das nötige Geld für eine Weltreise zu verdienen. Ich war ein Jahr mit dem Rucksack unterwegs.



Barbara Weishaupt möchte Jugendliche für Politik begeistern

Foto: Schröder

Wo waren Sie überall?

Hauptsächlich in Australien und Neuseeland. Dort habe ich Äpfel gepflückt oder in Hostels mitgeholfen, um kostenlos wohnen zu können. Sechs Wochen war ich auf einer Pferdefarm und habe für Touristen Ausritte in einem Naturschutzgebiet organisiert. Das war traumhaft.

Hatten Sie Lust in Australien zu bleiben, statt zum Studium nach Deutschland zurückzukehren?

Ich wollte unbedingt dableiben. Aber meine Mutter war so schockiert, dass ich es ihr zuliebe gelassen habe.

Was waren in der Schule Ihre Lieblingsfächer?

Deutsch und Englisch. Wir hatten gar keine Sozialkunde. Nur Geschichte, weil es keine Lehrer gab. Ich stamme aus einem sehr politischen Elternhaus, daheim wurde viel diskutiert. Für Politik habe ich mich immer sehr interessiert. Ich wollte auf jeden Fall etwas mit Politik studieren.

An welchen Schulen waren Sie nach dem Studium?

Mein Referendariat habe ich am Giesela-Gymnasium und am Pestalozzi-Gymnasium in München gemacht. Im Einsatzjahr war ich am Annette-Kolb-Gymnasium, einem Sozialwissenschaftlichen Gymnasium in Traunstein, wo es ja viel mehr Sozialkundestunden gibt als bei anderen Ausbildungsrichtungen. Es ist mir sehr schwer gefallen, da wieder weg zu müssen.

Für Sozialkundelehrer ein Traumjob.

Ja, aber leider gibt es davon viel zu wenige. Am Max-Born-Gymnasium in Germering habe ich dann meine erste Anstellung bekommen.

Was hat Sie motiviert, sich an unserer Akademie zu bewerben?

Politische Bildung in der Schule findet in einem sehr begrenzten Rahmen statt. Ich suche hier für mich neue intellektuelle Anregungen und möchte von Politik noch mehr mitbekommen, als es an der Schule möglich ist. Und ich möchte andere Lehrer unterstützen, um die politische Bildung an Schulen zu intensivieren. Die Kombination aus Schule und Akademie ist sehr reizvoll.

Ich unterrichte ja nach wie vor auch noch an der Schule.

Vermissen Sie die Schule?

Ich vermisse den Kontakt mit meinen Schülern über den Unterricht hinaus. Ich bin jetzt leider nicht mehr Verbindungslehrerin und habe mein Begabtenförderprogramm abgegeben.

Was ist an der Arbeit hier besonders reizvoll?

Die Freiheit an der Akademie finde ich super. Ich bekomme keine fertigen Projekte vorgesetzt, ich kann meine Ideen einbringen.

Was muss sich bei der Politischen Bildung am Gymnasium in Bayern ändern?

Wir brauchen mehr Stunden und müssen früher damit anfangen. Um Interesse für Politik zu wecken, ist die 10. Klasse viel zu spät. Der Lehrplan ist ja grundsätzlich in Ordnung. Aber es fehlt die Zeit, sich mit aktuellen Themen zu beschäftigen.

Gibt es ein Lieblingsprojekt für die nächsten Monate?

Ich möchte ein Seminar anbieten, bei dem die Ausweitung der Politischen Bildung unter den gegebenen Rahmenbedingungen im Vordergrund steht. Die Politische Bildung muss über den eigentlichen Unterricht hinaus an der Schule institutionalisiert werden. Am liebsten wäre es mir, wenn wir dafür auch die Direktoren und die Schulentwicklungsteams ins Boot holen könnten. Wir müssen weg vom Engagement Einzelner. Die Verbesserung der Politischen Bildung muss eine Aufgabe der ganzen Schule, des gesamten Kollegiums werden. Möglichkeiten dafür aufzuzeigen, wäre mein Traum. ■

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*

Ende der Dienstfahrten

Fahrer Konrad Lutzke nach vielen tausend Kilometern verabschiedet

Nachdem ich Ende Juni 2014 erst Renate Heinz, die mir in den letzten Jahren als Sekretärin zur Seite gestanden hatte, in den Ruhestand verabschieden musste, stand wenige Wochen später leider schon wieder die Verabschiedung aus einer Vertrauensstellung an: Konrad Lutzke ging nach mehr als 16 Jahren Zugehörigkeit zur Akademie Ende August 2014 in den Ruhestand.

Wie viele zigtausend Kilometer Herr Lutzke in seiner Funktion als Fahrer der Akademie und vor allem als Fahrer zunächst von Direktor Heinrich Oberreuter und seit November 2011 als mein Fahrer zurückgelegt hat, ließe sich nur durch das Studium der zahlreichen von ihm immer sorgfältig geführten Fahrtenbücher nachvollziehen. Fest steht aber: Es waren viele.

Und fest steht auch: Herr Lutzke fand immer den Weg, kannte bei Staus die entscheidenden Schleichwege und wusste bei manchem offiziellen Anlass schon bei der Einfahrt in den

Parkplatz, wer außer dem oder der Akademiedirektor/-in noch anwesend sein würde. Die Akademie verliert mit



Die Nachfolge von Konrad Lutzke (links) trat am 1. September 2014 Steffen Lehmann an

Herrn Lutzke ihren nicht nur in Tutzing bestens vernetzten „Außenposten“. Aber viel wichtiger als dies war für die Akademie und für mich seine große Verlässlichkeit und seine Umsicht – nicht nur beim Fahren.

Ich bedanke mich bei Herrn Lutzke für viele gemeinsame Fahrten und vor allem dafür, dass man sich bei ihm im Auto immer ausgesprochen sicher fühlen konnte. ■

Ursula Münch



Tag der Offenen Türen

Bei strahlendem Sonnenschein und spätsommerlichen Temperaturen fanden sich mehr als 250 Gäste ein zum Tag der Offenen Türen in unserer Akademie.

Zum zweiten Mal nach der Premiere im eiskalten Februar 2012 (mit Schäfflertanz) stellten alle Abteilungen des Hauses ihre Arbeit vor. Zum Tag der Deutschen Einheit spielte im Garten die Unterbiberger Hofmusik (Foto) auf. Virtuos servierten die Musiker einen gekonnten und temperamentvollen Mix aus bayerischer und türkischer Musik.

Die Tagungsleiter führten durch die Akademie und unser Gärtner durch den Park am See; an verschiedenen Themenstationen haben die Mit-



arbeiter der Akademie ihre Arbeit genauer vorgestellt, von der Bibliothek über den Förderkreis bis hin zum Küchenteam. Bei der Tagesschau für

Kinder konnten sich die jungen Gäste außerdem wie richtige Nachrichtensprecher fühlen. ■

Sebastian Haas

Abschied von der Redaktion

Karin Sittkus geht nach 33 Jahren in der Akademie in den Ruhestand

Öffentliche Auftritte in der Akademie sind nicht ihre Sache. Karin Sittkus arbeitet lieber still und für sich im Büro und am Computer. Aber das tut sie sehr effektiv und präzise seit nunmehr fast 33 Jahren in der Akademie. Seit 1982 war sie als Sekretärin in der Akademie beschäftigt und damit eine der wenigen im Haus, die von sich sagen können, unter drei verschiedenen Direktoren gearbeitet zu haben.

Ihre eher zurückhaltende und ruhige Art steht im Gegensatz zu der sehr öffentlichkeitswirksamen Aufgabe, die sie seit 1997 mit Begeisterung ausfüllte: Seit damals ist sie als Redaktionsassistentin ganz wesentlich mitverantwortlich für das Erscheinungsbild des „Akademie-Reports“.

Sie hatte sich sehr schnell in die neuen Aufgaben und die Handhabung der Layout- und Fotoprogramme eingearbeitet. Sofort entwickelte sie eine Leidenschaft für den kreativen Umgang mit Texten und Fotos. Und bevor die Seite ihr optisch nicht gefiel und der letzte Zeilenabstand korrigiert war, gab es für sie keinen Feierabend. Eifrig wurden Fo-

tos, die nicht immer im druckreifen Zustand in die Redaktion gelangten, „aufgehübscht“ und für die Druckerei optimiert. Mit großer Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt wurden alle Texte von ihr Korrektur gelesen. So blieb mancher Fehler, den der Redakteur noch übersehen hatte, der Öffentlichkeit

verborgen. Mit viel Kreativität und großem Engagement hat Karin Sittkus in den vergangenen 17 Jahren dem „Akademie-Report“ ihren ganz persönlichen Stempel aufgedrückt.

Neben der redaktionellen Arbeit an der Gestaltung des „Akademie-Reports“ war Frau Sittkus auch für Gasttagungen der Akademie zuständig. Ihre Kooperationspartner wussten stets ihre Umsichtigkeit, Sorgfalt und Zuverlässigkeit zu schätzen. Nach nunmehr 33 Dienstjahren folgt der wohlverdiente Ruhestand. Allerdings hat sie vor, nach einer langjährigen Ausbildung zur zertifizierten Tai Chi / Qigong-Lehrerin die neu gewonnene

Zeit zu nutzen, um ihren bereits begonnenen „zweiten Berufsweg“ in Form von Kursen fortzusetzen.

Wir wünschen ihr alles erdenklich Gute und viel Erfolg für den neuen Lebensabschnitt.

Die Nachfolge als Redaktionsassistentin des „Akademie-Reports“ wird ab der Ausgabe 1-2015 unsere Auszubildende Antonia Kreitner antreten. ■

Michael Schröder



Antonia Kreitner (rechts) wird Nachfolgerin von Karin Sittkus, die zum Jahresende in den Ruhestand geht

Fotos: Weber / Haas

Spitzenleistung auch im Sport



Gute Laune vom Startschuss bis zum Zielsprint: Bereits zum fünften Mal in Folge nahm die Akademie mit einem Team am Starnberger Landkreislaf teil. Bei der diesjährigen Veranstaltung in Krailling schaffte die Mannschaft (vier Damen, sechs Herren, im Bild mit Unterstützern und Fans) unter 167 Teams, darunter viele Sportvereine, wieder den Sprung in die obere Hälfte. Der Starnberger Landkreislaf ist das größte Breitensportereignis des Landkreises. ■

Kel/Foto: Lehmann

Weihnachtswunsch der Akademie im Jahr 1982 bleibt unerfüllt

Im Archiv gestöbert: Franz Josef Strauß erteilt Absage

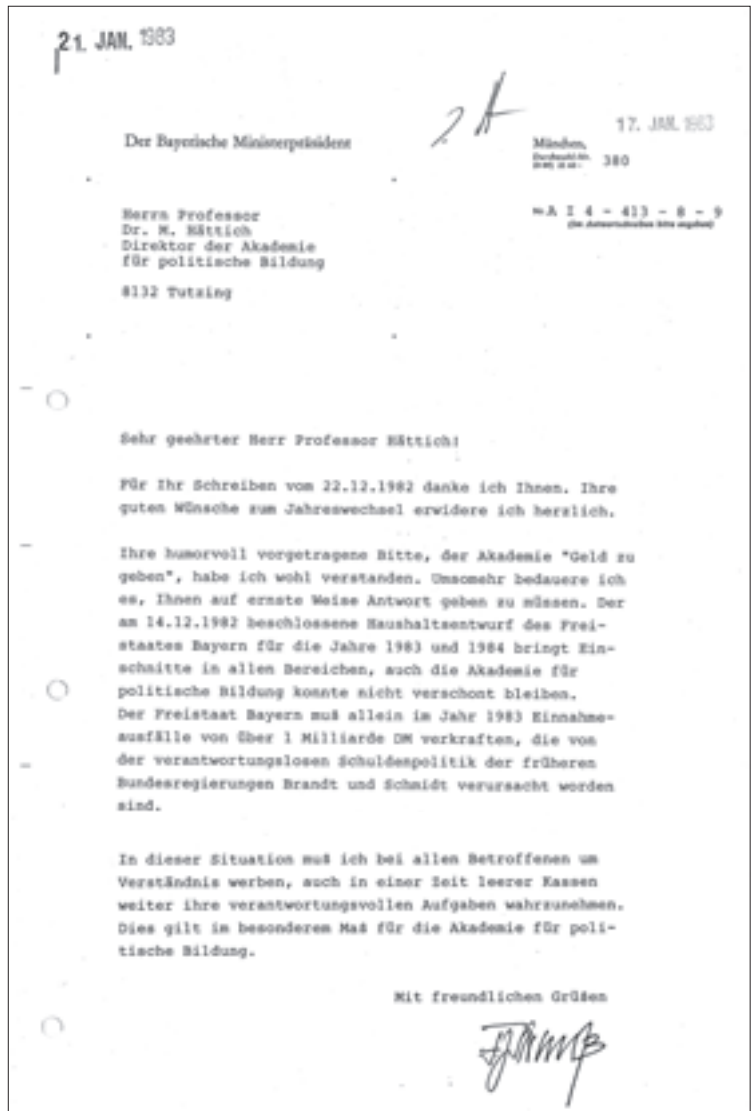
Nicht alle Wünsche gehen in Erfüllung. Dieses Schicksal war auch dem Wunsch nach finanzieller Aufbesserung der Akademiearbeit beschieden, den der frühere Akademiedirektor Manfred Hättich in Gestalt eines launigen Bittbriefes im Dezember 1982 an den damaligen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gerichtet hatte. Erst kurz zuvor war Hättich von diesem für weitere sechs Jahre als Direktor wiederberufen worden. Nicht zuletzt dieser Umstand war von Akademieangehörigen aufgegriffen, in Verse gekleidet und auf der Weihnachtsfeier 1982 vom „Kleinen Akademiechor“ erstmals zum Vortrag gebracht worden. Die beiden letzten Liedstrophen lauten:

*„Männer und Frau'n in der Akademie
heut' können wir wohl fröhlich sein.
Sechs Jahre noch leitet Herr Hättich dies Haus,
so hat's bestätigt Franz Josef Strauß.
Wir haben dabei nur ein Ziel,
dass ihm sein alter Führungsstil
auch in Zukunft richtig scheine:
in fester Hand die lange Leine.“*

*Männer und Frau'n in der Akademie
wir folgen jetzt alter Sitte.
Am Ende des Jahres dem Landesherrn
tun laut wir kund die Neujahrsbitte.
Lieber Franz Josef, hör' uns an,
du bist doch ein gerechter Mann,
ein Bayernhüptling von Geist und Welt:
Gibst du uns Hättich, so gib uns auch Geld!“*

Doch leider ist daraus nichts geworden. Die Absage von FJS ließ jedenfalls nicht lange auf sich warten. Darin werden massive Einnahmeausfälle des Freistaats ins Feld geführt, die auf die „verantwortungslose Schuldenpolitik der früheren Bundesregierungen Brandt und Schmidt“ zurückgingen. In „einer Zeit leerer Kassen“ könne auch die Akademie nicht von negativen Einschnitten verschont bleiben.

Es lag also nicht daran, dass im ursprünglichen Original Franz Josef fälschlicherweise mit „ph“ geschrieben wurde; oder am nicht stringent



durchgehaltenen Versmaß. So jedenfalls blieb der Akademie nichts übrig, als ihrem gesetzlichen Auftrag weiterhin mit recht knapp bemessenem Budget nachzukommen.

Strauß selbst war, den Akademieaufzeichnungen zufolge, zumindest zweimal persönlich in Tutzing: In seiner Zeit als Bundesverteidigungsminister nahm er 1961 einen halben Tag lang „mit aktivem Interesse“ an einem der ersten Akademieseminare für Angehörige der Bundeswehr teil. Im Mai 1976, eröffnete Strauß mit einer Grußadresse die Akademieveranstaltung „200 Jahre geistige Interdependenz. Stimulierende Wechselbeziehungen zwischen USA und Deutschland“. ■

Steffen H. Elsner

Sommer, Sonne und politische Bildung

500 Gäste beim Gartenfest der Akademie

Strahlender Sonnenschein, hochsommerliche Temperaturen bis in den späten Abend hinein und mehr als 500 gut gelaunte Gäste – das alljährliche Gartenfest unserer Akademie war auch im Juli 2014 wieder ein Höhepunkt im Veranstaltungskalender.

Akademiedirektorin Ursula Münch konnte Vertreter aus Hochschulen und Wissenschaft, aus Akademien und Ministerien, aus politischen Bildungseinrichtungen und Schulen, aus Justiz und Verwaltung, von regionalen und überregionalen Medien, aus dem diplomatischen Korps und aus der Gemeinde Tutzing begrüßen.

Mit dabei waren auch die stellvertretende Vorsitzende unseres Kuratoriums Ursula Männle (Vorsitzende der

Ute Eiling-Hütig (CSU, zugleich Kuratoriumsmitglied der Akademie), Michael Piazolo (Freie Wähler, ebenfalls Kuratoriumsmitglied), und Georg Rosenthal (SPD) sowie die beiden ehemaligen FDP-Staatsminister Wolfgang Heubisch und Martin Zeil sowie der Präsident der Thomas-Dehler-Stiftung Thomas Hacker.

Bei ihrem Grußwort erläuterte Ursula Münch die Schwerpunkte der aktuellen Arbeit. So hat die Akademie in

Darüber hinaus wird das „Parlament der Generationen“ – das die Akademie im November 2013 zum Abschluss des Wissenschaftsjahres im ehemaligen Bundestagsgebäude in Bonn veranstaltet hat – in veränderter Form mit dem Bayerischen Landtag weitergeführt werden.

Zudem beschäftigt sich die Akademie vielfach mit den Folgen des demografischen Wandels. Denn mit ihm ändert sich auch das politische Partizipationsverhalten der Bevölkerung. „Die Parteibindung lässt ebenso nach wie die Bereitschaft, sich dauerhaft einer Organisation, einer Partei anzuschließen. Auch die Parteipräferenzen unterscheiden sich zwischen den Generationen – und zwar zum Nachteil der Volksparteien“, sagte Münch. Bei den vergangenen Bundestagswahlen hätte bei den 18- bis 29-Jährigen immerhin jeder Fünfte seine Stimme einer der Kleinstparteien gegeben – im Vergleich zu 11 Prozent der Gesamtwählerschaft.

Was das für Politik, Gesellschaft und politische Bildung bedeutet, erklärte die Akademiedirektorin ebenfalls: „Zur Wahl zu gehen ist schon lange keine als selbstverständlich angesehene Bürgerpflicht mehr. Dass Regierungen mit einer Mehrheit ausgestattet werden, die sie tatsächlich handlungsfähig macht, wird auch in der Bundesrepublik keine Selbstverständlichkeit mehr sein. Politik wird damit anstrengender werden – für Wähler und Politiker. Politisches Orientierungswissen und politische Urteilskraft werden künftig noch wichtiger sein als bislang.“

Dass es dafür kaum einen besseren Ort geben kann als unsere Akademie, ist den Gästen unseres Gartenfestes einmal mehr deutlich geworden. ■

Sebastian Haas



Fototermin für die Presse während unseres Gartenfests mit (v.l.) Georg Rosenthal und Ute Eiling-Hütig, Reinhold Bocklet, Ursula Münch, Alexander Radwan, Ursula Männle, der frühere Direktor Heinrich Oberreuter und Michael Piazolo
Foto: Haas

Hanns-Seidel-Stiftung) und aus der Politik unter anderem: Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet, die örtlichen Bundestagsabgeordneten Alexander Radwan (CSU) und Klaus Barthel (SPD), die Landtagsabgeordneten

Zusammenarbeit mit dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier das „Forum Verfassungspolitik“ begründet. Es wird sich von nun an jährlich mit zentralen rechtspolitischen Fragen befassen.

Rund 200 Fotos von unserem Gartenfest können Sie in einem Flickr-Album betrachten und auch herunterladen:
<https://www.flickr.com/photos/123841618@N06/sets/72157645774430565/>



Michael Mayer, Oxana Nagornaja u.a. (Hrsg.)
Arbeit an der Vergangenheit: Das 20. Jahrhundert in Kommunikation und Gedächtnis von Nachkriegsgenerationen in Deutschland und Russland
 Tscheljabinsk: Kamennyj pojas, 2014, 295 S.

Vergangenheit macht Arbeit, Erinnerung ist Arbeit. Dies zeigt sich vor allem, wenn deutlich wird, dass sich die Vergangenheit nicht einfach bewältigen oder sogar überwinden lässt. Der vorliegende Sammelband untersucht in vergleichender Perspektive, wie die „Arbeit an der Vergangenheit“ in Deutschland und Russland im 20. Jahrhundert verlief. Welche Probleme ergab bspw. das langjährige Verschweigen der unbequemen Aspekte der eigenen Vergangenheit? Wie entwickelte sich die öffentliche Auseinandersetzung mit Vergangenheit in beiden Ländern? Welche Rolle spielte das „geteilte Gedächtnis“ in Deutschland, wobei der Umgang der DDR mit der Geschichte eher dem sowjetischen als dem westdeutschen Modell entsprach? Insgesamt wird die Frage der Erinnerungskultur mit der Generationengeschichte verwoben und nicht nur in methodischer Hinsicht diskutiert. Auch generationelle Erinnerungsorte wie der Zweite Weltkrieg werden untersucht. Weitere Abschnitte befassen sich mit der Generation als privatem Deutungsmuster, mit der generationellen Fiktionalisierung der Vergangenheit oder dem Themenbereich Erinnerungsorte und generationelle Identität. Eine gemeinsame Publikation der Akademie für Politische Bildung Tutzing, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst.



Michael Schröder (Hrsg.)
Politik und politische Bildung in der digitalen Welt Chancen und Herausforderungen
 Reinbek bei Hamburg/München: Lau/Edition Olzog 2014, 214 S., 19,80 Euro
 ISBN 978-3-95768-118-8

Das Digitale führt zu einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Betroffen sind das politische System unserer parlamentarischen Parteiendemokratie, die Medien sowie das Lernen in seinen unterschiedlichen Ausprägungen. Diese revolutionären Umwälzungen bleiben nicht ohne Folgen. Denn: Über soziale Netzwerke und Blogs können große demokratische Potenziale mobilisiert werden. Die neuen Partizipationsmöglichkeiten des Web 2.0 haben aber auch Konsequenzen für Inhalte und Formate der politischen Bildung. Doch was folgt aus der täglichen Beschäftigung mit virtuellen Welten? Droht die „digitale Demenz“, wie ein Hirnforscher behauptet? Klicken wir uns das Hirn weg? Untersuchungen über digitale Spielwelten und medienpädagogische Empfehlungen runden den vorliegenden Band ab.



Ursula Münch, Uwe Kranenpohl, Henrik Gast (Hrsg.)
Parteien und Demokratie
 Innerparteiliche Demokratie im Wandel
 Tutzingener Studien zur Politik Band 6
 Nomos, Baden-Baden 2014, 203 S.
 ISBN 978-3-8487-1202-1

Parteien stehen im 21. Jahrhundert vor erheblichen Herausforderungen: Sinkende Mitgliederzahlen und schwindendes öffentliches Vertrauen verweisen auf die gesellschaftlichen Legitimationsprobleme westlicher Parteien. Dies wirft die Frage auf, mit welchen innerparteilichen Reformen Parteien hierauf reagieren können. Der Tagungsband vereint Beiträge, die unterschiedliche Probleme, Entwicklungen und Lösungsansätze in zumeist vergleichender Perspektive diskutieren. Im Fokus stehen u.a. innerparteiliche Urwahlen, Reformen der Kandidatenrekutierung und „Liquid Democracy“.

Im Grundgesetz sind allgemein geteilte Werte des gesellschaftlichen und politischen Umgangs festgehalten. Sie beziehen sich auf Regelungen zur Legitimität von Herrschaft, zum Schutz vor willkürlichen Staatseingriffen und zur Organisation sowie zur Zuständigkeit von Regierungsaufgaben. Damit geben sie „der politischen Lösungsfindung zumindest eine Richtung vor und bieten gesellschaftlicher Wertbildung und Verhaltensweisen einen Orientierungsrahmen“ (21). Mit seiner Arbeit, die sich vornehmlich an die Didaktik der Politik richtet, stellt Gero Kellermann, Dozent für das Themengebiet „Rechtliche Grundlagen der Politik“ an der Akademie für Politische Bildung Tutzing, diesen Orientierungsrahmen in den Kontext gesellschaftlichen Wandels und technologischen Fortschritts. Mit einigen Hinweisen auf Merkmale und Probleme des Wandels wird im ersten Teil der Arbeit für die Problematik der Verfassungsinterpretation sensibilisiert: Im Kern gehe es darum, einen politischen Raum zu eröffnen, in dem gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der wertgebundenen Ordnung des Grundgesetzes gestaltet werden können. Da die Werte der Verfassung lediglich auf einem Minimalkonsens beruhten, die als solche nicht überdehnt werden sollten, unterstreicht

Gero Kellermann
Verfassungsinterpretation.
Das Grundgesetz als normative
Ressource im gesellschaftlichen Wandel
 Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2011
 (Tutzingener Schriften zur Politischen Bildung);
 109 S., 12,80 Euro, ISBN 978-3-89974695-2

Kellermann im zweiten Teil die Notwendigkeit der Verfassungsinterpretation. In Form von Entscheidungen des Verfassungsgerichts sei die Interpretation maßgeblicher als der Verfassungstext selbst. Hiernach geht der Autor auf staatsrechtliche Prinzipien der Verfassungsinterpretation ein und zeigt anhand ausgewählter Spannungsbereiche (Menschenwürde/wissenschaftlicher Fortschritt, Freiheit/Sicherheit sowie Wandel von Ehe und Feiertagsschutz als kulturprägende Institutionen) Anwendungen der Verfassungsinterpretation. Diese Beispiele bekräftigen Kellermann in der Annahme, „dass es angesichts des Wandels in Technik und Gesellschaft darum geht, den ethisch-sittlichen Gehalt der Rechtsordnung zu konkretisieren und gegebenenfalls zu aktualisieren“ (72). Im dritten Teil weist der Autor auf Vermittlungsaufgabe und Möglichkeiten der Politischen Bildung hin und nennt Tagungsbeispiele. Auch für Politikologen ist das Buch anregend. In dem Kellermann etwa den vagen und interpretationsbedürftigen Charakter des Grundgesetzes regelmäßig hervorhebt, deutet er an, dass dieses eine im politischen Wettbewerb für widerstreitende politische Akteure wichtige normative Ressource ist. ■

Hendrik Claas Meyer M. A., Politikwissenschaftler und Soziologe, Universität Bayreuth,
 in: Portal für Politikwissenschaft, http://pw-portal.de/rezension/36468-verfassungsinterpretation_40430

Katja Sebold berichtet in der STARNBERGER SZ vom 28. Juli 2014:

Erlebnis Film

...Nicht nur das Kino ist im Wandel, auch der Autorenfilm: Selbst unter diesen vier „Eingeweihten“ musste man sich zunächst auf den Begriff verständigen, um ihn dann aber gleich ganz in Frage zu stellen. An die Stelle eines „Autors“, der als Regisseur sämtliche künstlerischen Aspekte des Films wie Drehbuch oder Schnitt wesentlich mitbestimmt, tritt heute in zunehmendem Maß ein Team von Kreativen: „Ich selber kann gar nichts, ich sage nur, was ich gern hätte“, so Tykwer. Für ihn geht es darum, dass Kino gesellschaftliche Fragen verhandeln muss: „Meine Filme sollen etwas mit dem Heute zu tun haben.“

Ob sie im Kinosaal angeschaut werden oder zuhause mit einem Klick gestreamt werden, ist für ihn nebensächlich und die Frage nach dem Ende des Kinos ohnehin eine „olle Kamelle“, die

seit der Erfindung des Tonfilms immer wieder diskutiert worden ist. Aber weder Fernsehen noch Video noch die neuen Medien hätten dem Kino den Garaus gemacht, im Gegenteil: „Alle Menschen sind zu Filmspezialisten geworden.“

Auch Bettina Reitz ist der Meinung, dass die Veränderung von Filmformaten und Konsumgewohnheiten unaufhaltsam sei. Aber: „Die erzählerische Vielfalt ist so groß wie nie zuvor.“ Junge Leute sehen Serien statt Kinofilme, sie schicken sich gegenseitig Filmchen, sie haben eine ganz andere Bildsprache, eine neue Bildkultur und damit auch eine neue Art von Humor entwickelt. Wo auch immer sie sind, schauen sie auf ihre Handys, auch große Kinofilme sehen sie oftmals auf winzigen Bildschirmen. Obwohl es noch keine Antwort auf diese Ent-

wicklung gebe, dürfe man „nicht nachlassen im Bemühen um die Komplexität des Erzählens“.

Für Edgar Reitz, den mit Abstand ältesten in der Runde, kann das alles nur eine „momentane Entwicklungskrise“ sein: „Kino ist da, wo die Menschen zum Film gehen und nicht umgekehrt.“ Das gemeinsame Erleben von Filmen in einer aus dem Alltag herausgehobenen Situation ermögliche „eine Tiefenauslotung der menschlichen Seele statt oberflächlicher Betrachtung“. Kino, so sein leidenschaftliches Plädoyer, sei „das erste weltweite kulturelle Ereignis“. Mehr noch: „Das Kino hat eine eigene Sprache für die ganze Menschheit gefunden.“ Die „Dekonzentration“ der jüngeren Generation sei ein Produkt der Zerstreuung und ein Problem, das man nicht einfach hinnehmen könne: „Man muss den Dingen auch Widerstand leisten, der inneren Wahrheit zuliebe.“...

(siehe Bericht Seite 19)

David Steinitz in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 7. August 2014:

Homo cinematicus

...Ein Thema, das auch unter deutschen Filmemachern heiß diskutiert wird. Ob, und wenn ja, welche Filme Zuschauer künftig noch ins Kino locken werden, darüber debattierten zum Beispiel die Regisseure Edgar Reitz und Tom Tykwer sowie die Fernsehdirktorin des Bayerischen Rundfunks, Bettina Reitz, im Rahmen des soeben zu Ende gegangenen bayerischen Fünf-Seen-Filmfestivals in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Die Debatte, die sich glücklicherweise von der etwas proseminarischen Leitfrage der Veranstaltung löst – „Der Autorenfilm und die Kraft der Illusion. Das Kino im gesellschaftlichen Wandel“ – kam zu einem ähnlichen Ergebnis wie Nolan in seinem Essay: Das Kino ist nicht tot – es muss aber etwas passieren, damit das auch so bleibt. Tom Tykwer, der als Filmemacher sowohl Erfahrung im Arthouse-Bereich

als auch in Hollywood gesammelt hat, plädierte wie Nolan dringend dafür, dass das Kino sich auch inhaltlich mit der digitalen Welt auseinandersetzt. Weil Digitalisierung eben nicht nur bedeute, dass Filme auch auf neuen Endgeräten konsumiert würden, sondern eben jene Endgeräte auch den Konsumenten so veränderten, dass man in Filmen davon erzählen müsse. Wie das aussehen könnte, hat Tykwer bereits in seinem letzten Film „Cloud Atlas“ vorgeführt, den er gemeinsam mit den Wachowski-Geschwistern inszenierte, mit Tom Hanks in der Hauptrolle. Der Episodenfilm, der formal aus wilden Sprüngen zwischen Erzählsträngen und Zeitebenen besteht, hatte zum Ansatz, die immer sprunghaftere Smartphone-Wischtechnik unseres Alltags aufs Geschichtenerzählen im Kino zu übertragen. Edgar Reitz wiederum, der im vorigen Jahr mit „Die an-

dere Heimat“ nach vielen Jahren beim Fernsehen fulminant ins Kino zurückgekehrt ist, betonte im Rahmen der Podiumsdiskussion ein Problem, das mindestens genauso bedeutend für die Zuschauer der Kinos sein wird wie die Filme, die dort gespielt werden – er spricht damit vermutlich vielen Kinobesuchern aus der genervten Seele.

Laut Reitz, durch und durch ein Homo cinematicus, ist die Erfahrung, einen Film im Kino zu sehen, mit jeder anderen Alternative unvergleichbar. Das Kino neu zu erfinden hieße deshalb auch, das Kuratieren von Filmen neu zu erfinden – und vor allem die Spielstätten selbst. Viele Kinobetreiber hätten es verlernt, den Zuschauern jenseits der Popcorntheke einen wirklichen Anreiz zu bieten, das Haus zu verlassen – weder architektonisch noch programmatisch. Das aber sei für die Zukunft unabdingbar: Weil das Kino bis heute der einzige Ort ist, bei dem die Menschen zum Film kommen müssen und nicht umgekehrt.

Dietmar Ostermann in der BADISCHEN ZEITUNG vom 3. Juni 2014:

Kommt die EU-Erweiterung von innen?

Mit welcher Wucht lange schwelende Separationsbestrebungen plötzlich eskalieren können, bekommt Europa gerade in der Ukraine vorgeführt. Zwar gilt ein bewaffneter Aufstand wie der prorussischer Milizen im Donbass in einem Mitgliedsland der Europäischen Union als undenkbar. Doch auch in der EU gibt es Dutzende Regionen, die nach mehr Autonomie streben oder sich ganz aus ihren jeweiligen Staaten lösen möchten. Und der Ruf nach Unabhängigkeit wird vielerorts lauter – von Schottland bis Venetien, von Katalonien bis Flandern.

Auch wenn die Separatisten in der EU heute meist friedlich und freundlich daherkommen, wenn sie keine Masken und Kalaschnikows tragen und lieber Menschenketten bilden statt zu schießen: Ihr Anliegen ist politisch ebenfalls höchst brisant. Käme es in einem Mitgliedsstaat zur Abspaltung, würden erstmals im Inneren der Europäischen Union Grenzen

verschoben. Schon die Frage, ob die Menschen in einem neu entstehenden Staat überhaupt EU-Bürger bleiben würden oder ob ihr junges Land in Brüssel einen neuen Aufnahmeantrag stellen müsste (worauf die EU-Kommission bislang beharrt), ist letztlich ungeklärt. Wie wenig die EU, die noch schwer an der Schuldenkrise laboriert, auf eine solch neue Herausforderung vorbereitet ist, hat jetzt eine Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing gezeigt.

„Die EU hat bisher keine Strategie für den Umgang mit separatistischen Bestrebungen“, erklärte Franz Schausberger, ehemaliger Landeshauptmann von Salzburg, Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU und Gründer des Instituts der Regionen Europas. „Die Haltung, dies sei schlicht eine innere Angelegenheit der Mitgliedsstaaten, muss aufgegeben werden. Die EU braucht ein Konzept für eine innere Erweiterung.“...

...Was tatsächlich passieren würde, wenn Belgiens Wallonen und Flamen eigene Wege gehen, wenn Schottland oder Katalonien unabhängig werden oder in Norditalien ein Zwergstaat entsteht, lässt sich schwer abschätzen. Der EU-Experte Peter Schmidt-Egner von der Universität Siegen hält einen Schneeballeffekt für unwahrscheinlich: Die Regionalkammer des Europarates habe 318 Mitglieder – separatistische Bestrebungen aber gebe es nur „in einem kleinen Teil davon“.

Auch der belgische Politikwissenschaftler Dirk Rohtus rät zur Gelassenheit: „Die USA haben mehr als 50 Mitgliedsstaaten. Es ist alles eine Frage der Organisation.“ Die heutigen EU-Mitglieder Tschechien und Slowakei haben 1993 überdies vorgemacht, dass eine friedliche Scheidung möglich ist. Die EU würde auf diese Erfahrung bei einem Mitgliedsstaat gewiss gern verzichten. Gut möglich aber, dass es irgendwann dazu kommt.

(siehe Akademie-Report 3/14, S. 8)

Reinhold Michels in der RHEINISCHEN POST vom 7. Juli 2014:

Sicherheit gibt es nur mit den USA

...Bei einer Tagung zum Thema Freiheit und Sicherheit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing warnten die ehemaligen Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier und Wolfgang Hoffmann-Riem vor den Machtverschiebungen durch den nicht eingegegten, US-dominierten Cyber-Raum. Der Staat habe die Pflicht, seine Bürger vor dem Zugriff ausländischer Mächte und international operierender Unternehmen wie Google & Co. zu schützen, andernfalls drohe die internationale Überwachungsgesellschaft und ein Super-GAU für den Datenschutz.

Man könnte es einen Klacks nennen, was der angebliche CIA-Zuträger aus dem BND angerichtet hat, wenn man Hoffmann-Riems Szenario folgt: dass nämlich Google & Co. nationales Recht als Hindernis betrachten und den deutschen Datenschutz konterkarieren. Das Machtproblem verschärfe sich zusätzlich, wenn solche Unternehmen mit staatlichen Stellen, etwa der NSA kooperieren. Hoffmann-Riem: „Europa muss aufpassen, dass es nicht digital kolonisiert wird.“ Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen bemühte sich, die gelehrte Diskussion über die rechte Ba-

lance zwischen Freiheit und Sicherheit vom Kopf auf die Füße zu stellen. Sicherheit sei keine Selbstverständlichkeit; und für ausreichende Sicherheit im Kampf gegen brandgefährlichen islamistischen Terrorismus brauche man die Kooperation mit den verbündeten Geheimdiensten der USA. Generalbundesanwalt Georg Range malte den Teufel an die Wand: Wenn morgen bei einem „Public-Viewing“-Massenevent zur WM etwas passieren sollte, man Hinweise von der NSA bekommen habe, denen jedoch nicht nachgegangen sei, weil sie als zu vage erschienen – „dann sind wir dran“...

(siehe Bericht Seite 11)

Werner vom Busch in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 29. Juli 2014:

Die Bürger identifizieren sich mehr mit dem Staat als gedacht

...Die Identifizierung der Bürger mit ihrem Land ist höher, als es gelegentlich den Eindruck macht. Susanne Pickel, Medienwissenschaftlerin mit Lehrstuhl an der Uni Duisburg-Essen, zeigte das anhand statistischen Materials: Zwar trauen die Bürger den Parteien eher nicht über den Weg, die Institutionen unseres Landes aber, allen voran das Verfassungsgericht, wie auch die Regierungen in Land und Bund erfreuen sich einer Zustimmung weit jenseits 50 Prozent.

Die Zustimmung beruht auf einer Übereinstimmung der Bürger, soweit es die Werte und Normen angeht, auf denen diese Gesellschaft gründet, meinte Cordula Nitzsch, Medienwissenschaftlerin an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.

Dass sie vor allem von den Medien vermittelt werden, legte sie in ihrem Referat dar – und gab gleich noch die Glaubhaftigkeitsskala dazu: Immer noch glauben Bürger der Zeitung und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten mit einer Zustimmung von weit über 70 Prozent.

All das spielt sich in unserer mediatisierten Gesellschaft ab, also in einem Gemeinwesen, das zunehmend vom Einfluss der Medien bestimmt wird, konstatierte Nitzsch. Ein Ende dieser Entwicklung lässt sich nicht absehen. Dennoch hat sie schon heute eine enorme Bedeutung für die Einschätzung von der Politik und ihren Persönlichkeiten. Ulrich Sarcinelli von der Uni Koblenz-Landau befasste sich

mit dem Charisma und seiner Bedeutung für die Mediendemokratie. Zwar sind Charismatiker wie der frühere Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg Publikumsliebhaber, doch ihr Ruhm nutzt sich ab, wie eben bei Guttenberg.

Eines aber zeichnet sich laut Sarcinelli seit Jahren ab: Wegen der zunehmenden Kompliziertheit politischer und gesellschaftlicher Fragen geht es mehr und mehr um die Darstellung von „Köpfen“ anstelle komplizierter Sachverhalte. Dies ist ebenfalls Zeichen einer medienbasierten Gesellschaft, die sich immer weniger mit Sach- als mit Personalfragen befasst...

(siehe Bericht Seite 17)

Thomas Mrazek im BJV-REPORT 3/2014:

Islamhasser: Gefahr von Rechts

Tutzing Journalisten-Tagung zum Umgang mit Rechtspopulisten

„Islamhasser und Neo-Nazis: Recherche am rechten Rand“ lautet der Titel einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing und des Netzwerks Recherche. Ein Thema, das großes Interesse bei Journalisten erzeugt, denn die Veranstaltung war mit 30 Teilnehmern ausgebucht...

Berichten oder über extreme Ansichten so weit wie möglich einfach schweigen? „Stürzenberger ist nicht nur der Kopf der Islamfeinde, sondern auch Anführer der Moschee-Gegner“, schildert Peter Fahrenholz, stellvertretender Ressortleiter München, Region und Bayern der *Süddeutschen Zeitung*, die Situation in München. Er sei kein Anhänger davon, rechte Parteien mit „Totschweigen“ zu behandeln. Freilich gebe es kein jour-

nalistisches Patentrezept, stets sei abzuwägen, ob und wie man berichte...

In Arbeitsgruppen diskutierten die Journalisten über den Umgang mit Islamhassern und Rechtsradikalen. Die Strategie, Rechte möglichst totzuschweigen, wurde abgelehnt, sonst werde der Märtyrereffekt verstärkt. Wortlaut-Interviews mit Rechten seien keine geeignete Stilform, weil sie in der Regel unergiebig seien. Man müsse die Irritationen benennen, die Rechtsextreme hervorrufen, das Publikum müsse sich ein Bild machen können. Andererseits müsse aber auch kritisch über Muslime berichtet werden. Man könne auf ein Thema nicht erst aufspringen, wenn die Rechten es bereits für sich besetzt haben, berichtete ein Teilnehmer. Beim Streit um

den Kölner Moscheebau seien die Medien zu spät eingestiegen. Ein Journalist erwähnte eine „ungeschriebene Political Correctness-Richtlinie“ bei einem öffentlich-rechtlichen Sender. Über unangenehme Fakten nicht oder nur zurückhaltend zu berichten, wie etwa beim Thema Scheinehe, hätte der journalistischen Sache dort geschadet. Ebenso selbstkritisch stellten die Teilnehmer fest, dass zu wenig Wissen über den Koran bei Journalisten vorhanden sei...

Diskussionsrunden mit Opfern rechter Gewalt und dem Münchner Nazi-Aussteiger Felix Benneckenstein, der sich in der Aussteigerhilfe Bayern engagiert, rundeten eine gelungene Tagung ab.

(siehe Akademie-Report 2/14, S. 13)

Jessica Deringer im Medienmagazin auf BAYERN5 am 5. Oktober 2014:

Medien im Krieg

Kürzlich veröffentlichte der US-Nachrichtenkanal VICE im Internet einen Film direkt aus dem Innern der Terrorgruppe IS, unter dem Titel „The Islamic State“. Der Film zeigt, was Zuschauer im Westen normalerweise nicht zu sehen bekommen: Alltagsszenen, Interviews mit fanatischen IS-Kämpfern, indoktrinierten Kindern und reumütigen Häftlingen. Ein Thema auf der Tutzingener Tagung „Medien im Krieg“.

fen, die meinem Kollegen den Kopf abschneiden. Hätte ich einfach nicht gemacht. Ich weiß nicht, welchen Erkenntniswert letztlich so ein Film bringt. Ich weiß nicht, warum man sich als Instrument letztendlich benutzen lässt. Denn darauf läuft es hinaus.“ Martin Durm ist für den SWR in Kriegsgebieten unterwegs und kehrte erst vor kurzem aus dem Irak zurück.



Ein polnisches Fernseheteam im Irak-Krieg Foto: wikimedia commons

Drei Wochen hielt sich VICE-Reporter Medyan Dairieh für den Film im Islamischen Staat auf. Als sogenannter „eingebetteter Journalist“ mit der Erlaubnis, aber auch unter der totalen Kontrolle der IS-Führer. Der Männer, die nur kurze Zeit später die Journalisten James Fowley und Steven Sotloff töteten.

Martin Durm: „Ich hätte mich nicht den Spielregeln von Leuten unterwor-

Der Journalist als bloßes Instrument einer Kriegspartei? Egal welcher Seite? Davor warnten die Gegner des „embeddings“ bereits im Irak-Krieg 2003, als Journalisten in US-Panzern mitfahren und berichteten. Auch der VICE-Reporter sitzt mit in den Jeeps des IS, fährt mit auf den Patrouillen der Schariah-Polizei. Einmal zeigt er einen 14-jährigen Jungen, der davon schwärmt, im Heiligen Krieg Ungläubige zu töten. Ein paar Sekunden spä-

ter Szenen von einem Fluss, in dem IS-Anhänger fröhlich mit ihren Kindern herumplantschen. Ganz nah ist er dran an den IS-Leuten. Zu nah?

Stefan Klein: „Ich finde es nicht von Haus aus schlecht, wenn einer versucht, an diese IS-Leute heranzukommen und mit denen ins Gespräch zu kommen. Daran ist nichts auszusetzen. Es ist ja keine Haltung zu sagen: ‚Um Gottes Willen! Das sind Mörder und Verbrecher. Mit denen will ich nichts zu tun haben.‘ Im Gegenteil. Gerade weil die so sind, wie sie sind, würden Sie natürlich mit denen reden wollen und würden ihnen gerne Fragen stellen wollen.“ Stefan Klein ist Chefkorrespondent der Süddeutschen Zeitung. Wichtig ist ihm dabei, den Zuschauer oder Zuhörer immer wieder an den Kontext zu erinnern: Dass man eben „eingebettet“ ist und sich nicht frei bewegen kann. Ob das „Eingebettetsein“ nun ein legitimes Mittel ist, um alle Seiten zu Wort kommen zu lassen? Das wird unter Journalisten kontrovers diskutiert.

Bei unberechenbaren Truppen wie dem IS zählt am Ende auch noch ein anderer Faktor: die eigene Sicherheit, sagt Till Mayer, der die Opfer von Kriegen fotografiert: „Ich will da natürlich lebendig wieder zurück kommen. Ich will aber auch nicht zusehen, wie extra Verbrechen begangen werden, weil ich als Journalist dabei bin. Da würde ich wahnsinnig werden, wenn das der Fall ist. Deswegen würde ich bei der IS nein sagen, weil ich denke, dass das durchaus möglich ist, dass das passiert.“

VICE-Reporter Dairieh ist heil wieder heraus gekommen aus dem Islamischen Staat. Garantieren konnte ihm das vorher niemand.

(siehe Bericht Seite 13)

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch referierte anlässlich der Verabschiedung der bisherigen Landrätin des Landkreises München, Johanna Rumschöttel (SPD), zum Thema „Politik vor Ort – widersprüchliche Befunde und künftige Herausforderungen“, und sie sprach vor der Frauenunion Tutzing über „Politische Repräsentation und Beteiligung von Frauen“. Vor der Management-Konferenz der Arbeitsgemeinschaft betriebliche Altersversorgung hielt sie einen Vortrag zum Thema „Demographischer Wandel und Europäisierung: Diversität als Chance für Unternehmen und Gesellschaft?“. Sie moderierte die Podiumsdiskussion „Die Wiederentdeckung der europäischen Idee“, die aus Anlass der italienischen EU-Ratspräsidentschaft stattfand. Die Direktorin wurde neu als externes Mitglied in den Hochschulrat der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen.

BEIRAT

Katrin Albsteiger MdB (CSU) ist als Mitglied des Beirats der Akademie ausgeschieden. Wir bedanken uns für ihr Engagement. Ihr Nachfolger ist **Dr. Hans Reichhart**. Er gehört dem Beirat als Vertreter des Rings politischer Jugend an. Reichhart ist seit 2013 Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern und Mitglied des Bayerischen Landtags.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber diskutierte am Heidelberg Center for American Studies der Ruprecht-Karls-Universität die chinesische Sicherheitsstrategie im Zuge der Veranstaltung „USA, China und Europa im 21. Jahrhundert“. An der Bayerischen EliteAkademie erläuterte sie die Beziehungen zwischen Vietnam und China. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hielt sie an der Stiftung Genshagen einen Vortrag über „China and the European Union“. Auf einer Tagung des Lehrstuhls Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern und des Pestel-Instituts, Hannover, sprach Saskia Hieber über die Globalisierung in Asien und die Zukunftsfähigkeit chinesischer Regionen.

Dr. Andreas Kalina sprach anlässlich des zehnten Jahrestags der EU-Osterweiterung im Rahmen der Konferenz des Bayerischen Hochschulzentrums für Mittel-, Ost- und Südosteuropa Regensburg über „Reformbedarf und -konzepte für die Europäische Union“. Im Wintersemester 2014/15 gibt er am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Europäisches Regieren: Neue Kommission – alte Herausforderungen?“.

Dr. Gero Kellermann hielt im Rahmen der „Münchener Rechtstheorie-Gespräche – Dynamik und Statik des Rechts“ an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München einen Vortrag zum Thema „Ist die Vermittlung von Ungerechtigkeit leichter als die Vermittlung von Gerechtigkeit?“ und moderierte einen Teil der Veranstaltung.

Dr. Michael Mayer sprach im Rahmen der Konferenz „Neuordnung in Europa. Der Erste Weltkrieg und die lange Nachkriegszeit in Deutschland und Russland“ und im russischen Woronesh zum Thema „Heiliger Krieg im Kampf gegen das Zarenreich? Die deutschen Geheimdienstoperationen im Kaukasus, Persien und Afghanistan während des Ersten Weltkrieges“. Im Wintersemester 2014/15 hält er an der Universität Augsburg ein Seminar mit dem Titel „Spontis, Ökos und neue kalte Krieger. Die siebziger Jahre zwischen Woodstock und NATO-Doppelbeschluss“.

Dr. Anja Opitz referierte an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg zum Thema „Sicherheitssektore reform im Rahmen von UN-Missionen“. Für die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e.V. sprach sie in Kochel am See zum Thema „No, we won't. Konsequenzen der Neuausrichtung der U.S.-Außenpolitik für Akteure in der MENA-Region“. Auf dem EU Security and Defence Policy Orientation Course in Brüssel, der durch die Europäische Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst ausgerichtet wurde, leitete sie einen Workshop über „Future Developments for CSDP – Challenges and Risks“.

Dr. Michael Spieker referierte in Peking zu der Frage „How to educate man in order to become human?“ (siehe Bericht S. 34). Im Wintersemester hält er Lehraufträge an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München zur modernen Sozialstaatsentwicklung und an der Universität Freiburg i.Br. zur Bildungsphilosophie Platons.